

KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90

black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Haben die
Kurbraunschweigischen Unterthanen
U r s a c h e
sich über die,
in Ansehung ihrer, am 27sten Januar 1806
getroffenen
Königlich Preussischen Entschliessungen
zu freuen?
oder
müssen sie, wegen der wahrscheinlichen Folgen, die
daraus entstehen können,
bekümmert seyn?

Si le prince est dans l'obligation de
sacrifier sa personne même au salut de
ses sujets, à plus forte raison doit-il
leur sacrifier des liaisons, dont la
continuation leur deviendrait pré-
judiciable.

*Oeuvres posthumes de Frédéric II.
Tom. I. Avant-propos pag. 11.*

I n h a l t.

	Seite
I. Einleitung	1
II. Historische Zurückerinnerung aus der Vergangenheit	16

Lorenzpfennig, Nürnberg

- 1) Im siebenjährigen Kriege rettet ein Preussischer Feldherr die Kurbraunschweigischen Staaten. Der erste Pariser Friede erklärt sie für eine Dependenz von Großbritannien, und zu einem Compensationsgegenstand für den Verlust Französischer Colonien 15
- 2) Folgen des siebenjährigen Krieges für das Hannöversche 25
- 3) Im Nordamerikanischen Freiheitskriege müssen Kurbraunschweigische Truppen, für Englands Interesse, in Gibraltar und in Ostindien streiten 26
- 4) Kurbraunschweig, als selbstständige Macht, nimmt an dem Französischen Revolutionskriege Theil 30
- 5) Folgen aus diesem Betragen für die Hannoveraner, nach dem Völkerrechte 36
- 6) Der König von Preußen rettet die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen im Baseler Frieden, und in einer spätern Uebereinkunft mit Frankreich zum zweitenmale 45
- 7) Beendigung des ersten Coalitionskrieges gegen Frankreich durch den Frieden von Campo formio. Kurbraunschweig bleibt im Kriegeszustande gegen Frankreich 56
- 8) Ende des zweiten Coalitionskrieges gegen Frankreich durch den Luneviller Frieden. Hannover macht mit Frankreich keinen Frieden 59

UB Braunschweig

84



2300-721-3

Ueber die Preussische
Verwahrung und Verwaltung
der
Kurbraunschweigischen Staaten
während des
dritten Coalitionskrieges
gegen Frankreich
und über
die Folgen dieser Verfügung.

Norddeutschland
im Februar 1806.



FR. DR. VIEWEG & SOHN
BADEN-SCHWAB

I.

E i n l e i t u n g.

Nachdem die Französisch-Hannöversische Armee die Kurbraunschweigischen Staaten, wiewohl, auf den ausdrücklichen Befehl des Französischen Kaisers, dessen Worte stets von einem großen inneren Gehalte sind, mit dem Ausschluß der Festung Hameln, im Anfang des Septembers 1805, zu einer schnellen und daher nachdrücklichen Beendigung des dritten Coalitionskrieges auf dem festen Lande gegen Frankreich, verlassen hatte, und hierauf Russische, Schwedische, Englische und Englisch-Hannöversische Truppen in die Kurbraunschweigischen Staaten nach und nach, jedoch sehr langsam, eingerückt waren, so erließ der Englische General Don eine Proclamation an das, in der bekannten Elb-Convention vom 5ten Jul. 1803 aufge-

löste Kurbraunschweigische Kriegsvolk, nach welcher es ermuntert ward, sich, zur Vertheidigung seines Vaterlandes, zu versammeln. Bald nachher, und da sich das Kriegsglück im südlichen und östlichen Deutschlande bereits zu seinem Liebling auf die entscheidendste Art wieder hingeneigt hatte, erschien den 14ten Nov. 1805 eine, von dem Könige des vereinigten Reichs Großbritannien und Irland, Georg dem Dritten ausgefertigte Proclamation, welche buchstäblich dahin lautet:

Es ist Unsern sehnlichen Wünschen für die Befreiung Unserer geliebten Deutschen Lande endlich gelungen, den Feind, durch die Anstrengungen Unserer hohen Allirten, zur Räumung desselben zu nöthigen. Wir hatten zwar gehofft, solches vorlängst durch Unsere eigenen Truppen bewerkstelligen zu können, es ist aber die Ausführung solcher Absicht durch widrige Winde verzögert, und inzwischen haben des Königs von Preußen Majestät, während der Vorrückung der deshalb von Uns requirirten Russisch-Kaiserlichen Armee, Sich, unter der freundschaftlichsten Versicherung, der Besetzung Unserer, vom Feinde verlassenen Residenzstadt Hannover angenommen.

Wir lassen es bei wieder eingetretener ordentlichen Verfassung Unser erstes Geschäfte

seyn, hierdurch öffentlich dem Lande Unsere Freude über diese glückliche Veränderung zu erkennen zu geben, und Unserer Dienerschaft, so wie Unsern gesammten treuen Unterthanen zu bezeugen, daß die vielen Beweise der unwandelbaren Treue und Anhänglichkeit, die einem langen feindlichen Drucke Trotz geboten haben, von Uns nicht unbemerkt geblieben sind, sondern daß Wir sie vielmehr mit Rührung und gnädigstem Wohlgefallen beobachtet und erkannt haben. Unser nächstes Augenmerk wird jetzt darauf gerichtet sein, die dem Lande geschlagenen Wunden, nach Möglichkeit, wieder zu heilen, und was in Unserer Macht liegt, dazu beizutragen, daß über dem neuen Guten das überstandene Böse vergessen werde. Wir erwarten aber auch zuversichtlich, daß von Unsern getreuen Unterthanen und zwar von Jedem, nach dem Maß seiner Kräfte, dazu werde mitgewirkt und die Rücksicht nie aus den Augen gelassen werden, daß das Land auf die ungerechteste Weise von einem Feinde in einen Krieg verwickelt worden ist, der die größte Anstrengung erfordert, um den guten Erfolg zu sichern, wenn Wir gleich dessen Last nach Möglichkeit von dem Lande abzuwälzen bemüht seyn werden. Wir halten Uns davon überzeugt, daß es dem Lande angenehm

und erwünscht zu vernehmen seyn wird, daß Wir die Absicht haben, Unserm Prinzen, dem Herzoge von Cambridge, sobald Er von hier dorthin wird abgehen können, die Direction alles desjenigen zu übertragen, was zum Militär in Unsern dortigen Landen gehört, und wie Wir hierdurch vorläufig alle dahin einschlagende Behörden an Denselben verweisen; also haben Wir auch, in Ansehung der Civilangelegenheiten, für nöthig gefunden, Unsern Staats- und Cabinetsminister, Grafen von Münster, sofort mit mehreren Aufträgen dorthin eigends abzusenden, welche besonders die genaue Erforschung der Bedürfnisse des Landes und der Mittel, solchen abzuhelpen, zum Gegenstande haben, und verordnen Wir hiemit, daß von allen Behörden im Lande ihm in solcher Absicht alle Folge und mögliche Hülfe geleistet werden soll.

Nach der, am 2ten December 1805 erfolgten entscheidenden Schlacht bei Austerlitz war der Krieg im südlichen und östlichen Deutschland beendigt, und man mußte seine Fortsetzung auf dem festen Lande, vernünftiger Weise, für unmöglich halten. Dennoch schien England ihn im nördlichen Deutschland, durch das Hannoversche, anfachen und fortsetzen zu wollen. Deshalb ward ein neues Französisches Heer un-

ter dem Namen der Nordarmee, an den Grenzen des Oberrheinischen und Westphälischen Kreises versammelt. Es war zum Aufbruch in die Kurbraunschweigischen Staaten bereit, um im westlichen und nördlichen Deutschlande den zweiten Act des Trauerspiels zu liefern, den man im südlichen und östlichen erlebt hatte. Mittlerweile stand aber ein furchtbares Heer Preussischer, Kursächsischer und Hessischer Truppen in Ober- und Niedersachsen, in Hessen, und in Westphalen, zur Behauptung der Neutralität, fertig. Das staatskluge, menschenfreundliche, folgerechte, und starke Berliner Cabinet, über dessen Betragen sehr verschieden geurtheilet worden ist, das aber der goldnen Worte des großen Königs *) eingedenk blieb, eröffnete jedoch zur rechten Zeit eine Unterhandlung mit dem Französischen Kaiser, welche zum offenbaren Nutzen und Segen der Königlich Preussischen, Kursächsischen, und Kurhessischen Staaten und überhaupt des ganzen westlichen, nördlichen und nordöstlichen Deutschlandes gereicht. Eine nothwendige Folge dieser Unterhandlung war es, daß die Kurbraun-

*) C. Frédéric II. Roi de Prusse Oeuvres posthumes Histoire de mon temps Tom. I. Avant propos pag. 14. et 20.

schweigischen Lande von dem König von Preußen in Verwahrung und Administration genommen werden mußten. Es erging daher, in Gemäßheit der, zwischen Frankreich und Preußen errichteten Uebereinkunft, den 27sten Jan. 1806 nachstehendes Königlich Preussisches Patent:

Nach den Begebenheiten, welche den Frieden zwischen Oestreich und Frankreich zur Folge hatten, ist Unser ganzes Bestreben dahin gerichtet gewesen, das Kriegsfeuer und seine unglücklichen Folgen, welche das nördliche Deutschland und insonderheit die Kurbraunschweigischen Lande augenblicklich zu überziehen droheten, von diesen Gegenden abzuhalten. In dieser Absicht und als einzig mögliches Mittel, solche zu erreichen, ist von Uns mit Sr. Majestät, dem Kaiser von Frankreich, ein Uebereinkommen getroffen worden, vermöge dessen die Staaten Sr. Königlich Großbritannischen Majestät in Deutschland von Französischen, oder mit ihnen vereinigten Truppen nicht wieder besetzt, vielmehr von denselben gänzlich geräumt, und bis zur Abschließung des allgemeinen Friedens von Uns allein in Verwahrung und Administration genommen

werden sollen. Dem zufolge lassen Wir die Kurbraunschweigischen Lande mit einem Armee-Korps unter den Befehlen Unsers Generals der Kavallerie, Grafen von der Schulenburg-Rähnert, besetzen, und wollen diesem letztern auch die Administration der gedachten Lande in Unserm Namen bis zum Frieden anvertrauen, dergestalt, daß durch ihn und die von ihm anzuordnende Administrations-Commission alle die Verwaltung des Landes betreffenden Angelegenheiten besorgt, und von ihnen die nöthigen Verfügungen darüber an die innern Landesbehörden und Obrigkeiten erlassen werden sollen. Wir fordern demnach sowohl diese, als die Prälaten, den Adel, die Bürger und alle Unterthanen und Einwohner des erwähnten Landes ohne Ausnahme hiermit auf, sich dieser Unserer auf die Sicherheit und das Beste desselben abzweckenden Anordnung und den Verfügungen Unsers ernannten Administrations-Commissarii und der ihm nachgesetzten Commission, sowohl über Civil- als Militärgegenstände unweigerlich zu unterwerfen, Unsern einrückenden Truppen nicht nur kein Hinderniß in den Weg zu legen, sondern ihnen vielmehr allen Vorschub und alle nur immer von ihnen abhängende Erleichterung zu verschaffen, und sich in allen höhern und allgemeinen Lan-

bezangelegenheiten und darauf Bezug habenden
 Anträgen und Gesuchen lediglich und allein an
 Unsern mehrgedachten Administrations-Commis-
 sarium, als die nunmehrige oberste unter Un-
 sern unmittelbaren Befehlen stehende Behörde
 zu wenden. So wie Wir nun bei dieser
 Maßregel die Ruhe und Sicherheit
 des nördlichen Deutschlands und der
 Kurbraunschweigischen Staaten selbst
 zum Endzweck haben, so werden Wir
 insbesondere den Friedens-Stat Un-
 serer Truppen aus Unsern Kassen be-
 richtigen, und bloß die mehrern Ko-
 sten des Kriegs-Stats für dieselben
 vom Lande tragen lassen; auch über-
 haupt dafür sorgen, daß die Ein-
 künfte desselben, während Unserer
 Administration, nach Abzug der Ver-
 waltungskosten, allein zu dessen
 Nutzen verwendet werden. Wir ver-
 sichern ferner, daß von Unsern Truppen die
 genaueste Ordnung und Mannszucht beobachtet,
 allen gerechten Klagen vorgebeugt, oder unge-
 säumt abgeholfen; überhaupt aber jeder ruhige
 und friedliche Einwohner bei seinem Eigenthum
 und seinen Rechten erhalten und bedürfenden
 Falls kräftig geschützt werden soll, wogegen
 diejenigen, welche den getroffenen Einrichtun-

gen und Maßregeln nachzukommen, sich weigern, oder gar Widerstand zu leisten, sich beizugehen lassen wollten, alle daraus unausbleiblich für sie entstehende strenge und unangenehme Folgen allein sich selbst beizumessen haben würden. *)

Mit der Bekanntwerdung dieses Königlich Preussischen Patents erschien zu Hannover eine öffentliche Bekanntmachung des Kurbraunschweigischen Staats- und Kabinetministers, Grafen von Münster, vom 3ten Febr. 1806, die wegen ihres Inhalts zu merkwürdig ist, als daß sie übergangen werden könnte. Sie lautet dahin:

In Beziehung auf die Königliche Publikation vom 14ten Nov. v. J., wodurch Seine Königliche Majestät Ihren Deutschen Unterthanen den Zweck meiner Sendung hierher bekannt zu machen, geruhet haben, halte ich mich verpflichtet, meinen Mitbürgern die Gründe anzuzeigen, welche mich zwingen, meine Rückkehr nach England zu beschleunigen, und welche leider zugleich den landesväterlichen Absichten unsers Königs neue Hindernisse in den Weg legen.

Nachdem der unglückliche Ausgang des Krieges im südlichen Deutschland den nördli-

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Korrespondenten vom Jahr 1806, No. 20.

den Theil des Reichs mit einem abermaligen feindlichen Einfalle bedrohet, so wandte das Königlich Kurfürstliche Ministerium alle, in seinen Kräften liegende Mittel an, um diesem Uebel vorzubeugen. Es glaubte diesen Zweck zum Theil zu erreichen, indem es dem Antrage des Königlich Preussischen Hofes, in Rücksicht auf die Versorgung der in Hameln zurückgebliebenen Französischen Truppen — so lästig die damit verknüpften Bedingungen auch immer seyn möchten — beitrug, weil mit diesem Antrage das Versprechen der Sicherung der hiesigen Lande gegen einen feindlichen Angriff verbunden war. —

Die angewandten Bemühungen, eine, uns längst drohende Preussische Besetzung des Kurfürstenthums abzuwenden, sind fruchtlos gewesen. Das Ministerium, welches bei dem Abzuge des Feindes vor einigen Monaten Preussischer Seits selbst eingeladen worden, seine Functionen, Namens seines rechtmässigen Herrn, wieder anzutreten, durfte sich der Besorgniß nicht überlassen, daß diese Besetzung etwas mehr, als eine bloß militärische Maßregel seyn würde. — Um so mehr mußte dasselbe, durch ein Schreiben des Königlich Preussischen Ministerii vom 27sten Januar 1806, betroffen

werden, worin ihm angekündigt wurde, daß Seine Preussische Majestät, kraft einer, mit Frankreich geschlossenen Convention, das Kurfürstenthum bis zum künftigen Frieden in Verwahrung und Administration zu nehmen entschlossen seyn.

Mit dieser Anzeige war das Ansinnen verbunden, die Dienerschaft des Landes anzuweisen, daß sie eine ernannte Preussische Administrations-Commission, mit Ausschließung aller fremden Nexus, als oberste Behörde in allen Landesangelegenheiten anerkennen solle.

Die zugleich Preussischer Seits versprochene gute Behandlung des Landes, und der angeführte Grund, daß diese Maßregel zum Schutz des nördlichen Deutschlands erforderlich sey, haben das hiesige Ministerium nicht berechtigen können, in eine Maßregel zu willigen, die den Rechten des Königes zuwider ist, und die Seine Majestät, weit entfernt dazu Ihre Einwilligung zu geben, mißbilligen.

Ich habe, kraft der mir ertheilten allerhöchsten Vollmacht, dagegen protestirt — und es ist zugleich versucht worden, durch diensame Vorstellungen die beabsichtigte Okkupation, wenn sie auch an sich unabwendbar

seyn sollte, auf solche Bedingungen zurück zu führen, welche den Rechten unsers Königs minder entgegen und für das verarmte Land weniger drückend seyn möchten. — Ungewiß über die Wirkung, welche die gethanen Schritte in Berlin hervorbringen werden, halte ich es für Pflicht, mich auf meinen Posten bei der Person Seiner Königlichen Majestät zurück zu begeben, wo ich allein noch hoffen kann, meinem Herrn und meinem Vaterlande nützlich zu werden. Indem ich Hannover mit dem traurigsten Gefühl zu verlassen gezwungen bin, fordere ich alle Staatsdiener, Namens Seiner Königlichen Majestät, auf, auf den ihnen anvertrauten Posten auszuharren und dem Lande und Ihrem Herrn nochmals diejenigen Beweise von Treue und Redlichkeit zu geben, wodurch sich die Hannöversische Dienerschaft während der letzten drückenden Epoche so rühmlich ausgezeichnet hat. —

Schließlich muß ich noch Namens Seiner Majestät alle Landes-Unterthanen von Widersetzlichkeit gegen die uns bevorstehenden Maßregeln abrathen — da solche für sie selbst nachtheilig und für das Land ohne Nutzen seyn würden, indem die Russisch-Kaiserliche Armee, welche jetzt den Befehlen Sr. Preussischen Majestät anvertraut ist, das Land räumen

muß, die Großbrittannischen Truppen dem vor-
 längst erhaltenen Befehl zur Einschiffung Folge
 zu leisten, gendthiget sind — und die Schwe-
 dische Armee, auf solche Art allein gelassen,
 bei den günstigsten Absichten ihres erhabensten
 Anführers, das Land gegen eine von Frank-
 reich und Preußen gemeinschaftlich verabredete
 Maßregel nur theilweise würde vertheidigen
 können. *)

Die Königlich Großbrittannische und Kurz-
 braunschweigische Proclamation vom 14ten Nov.
 1805, das Königlich Preussische Patent vom
 27sten Januar 1806 und die öffentliche Bekannte-
 machung des Kurbraunschweigischen Staats- und
 Kabinetministers Grafen von Münster vom 3ten
 Febr. 1806 haben, wie es nicht anders seyn
 konnte, im Hannöverschen Publiko, nicht nur die
 Veranlassung zu sehr verschiedenen Urtheilen ge-
 geben, sondern auch die Bekümmerniß fast aller
 Klassen der Kurbraunschweigischen Unterthanen
 wegen der Zukunft erregt. Es sind Fragen ent-
 standen, welche den Gegenstand des täglichen Ge-
 sprächs ausmachen. Sie vereinigen sich in der
 Untersuchung und Beantwortung folgender zwei
 Hauptsätze:

*) S. die Beilage zum 11ten Stück der Hannöveris-
 schen Anzeigen vom Jahr 1806.

Haben die Kurbraunschweigischen Unterthanen Ursache, sich über die, in Ansehung ihrer, den 27sten Jan. 1806 getroffenen Königlich Preussischen Entschließungen, entweder zu freuen, oder zu betrüben?

Müssen sie wegen der wahrscheinlichen Folgen, die daher entstehen können, entweder bekümmert seyn, oder sind sie berechtigt, einer glücklichen Zukunft entgegen zu sehen?

Die eine der aufgeworfenen Fragen betrifft also die Gegenwart, und die andere die Zukunft. Beide sehr wichtige Gegenstände lassen sich jedoch nicht richtig beurtheilen, wenn man unterläßt, einen Rückblick auf die Vergangenheit zu werfen. Es ist folglich durchaus nothwendig, der partheilosen Beantwortung der entstandenen zwei Fragen eine zusammengedrückte Zurückerinnerung aus der Vergangenheit vorangehen zu lassen, welche die Schicksale der Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen, nach der stattgefundenen Personalverbindung des Kurfürsten von Braunschweig mit dem Könige von Großbritannien und dem Beherrscher beider Indien, aus den neuesten Zeiten, und vorzüglich seit der Regierung des Königs Georg des Dritten betreffen.

II.

Historische Zurerinnerung

aus

der Vergangenheit.

I.

Im siebenjährigen Kriege rettet ein Preussischer Feldherr die Kurbraunschweigischen Staaten. Der erste Pariser Friede erklärt sie für eine Dependenz von Großbritannien und zu einem Compensations-Gegenstand für den Verlust Französischer Kolonien.

Beim Ausbruche des siebenjährigen Krieges ward der, von dem Könige von Frankreich schon in ältern Zeiten gemachte, und von dem Könige von Preußen, Friedrich dem Einzigen, damals hintertriebene *) Plan, sich der Kurbraunschweigischen Staaten zu bemächtigen, bekanntlich ausgeführt. Diesem gefaßten Entschlusse lag ein

*) G. Frederic II, Roi de Prusse Oeuv. post.
Tom. I. pag. 139.

doppelter Bewegungsgrund unter. Der eine bestand darin: durch die Einnahme des Hanndoverischen einen Compensation= Gegenstand zu erhalten, der, mittelst seiner Zurückgabe, den Schaden vergüten könnte, welchen Frankreich in seinen Kolonien, vermöge des schon damals entschiedenen Uebergewichts der Großbritannischen Seemacht, empfinden möchte. Der andere war auf die leidenschaftliche Vorliebe berechnet, welche der König von Großbritannien für seine Deutschen Erbstaaten bekanntermaßen hegte. Durch die Einnahme derselben hoffte man in Versailles ihn desto eher und desto leichter zur Eingehung eines vortheilhaften Friedens für Frankreich zu bewegen. *) Wenn gleich die Russische Krone schon im Jahr 1750 das Kurfürstenthum Braunschweig= Lüneburg garantiret hatte, **) so sahe man doch zu London sehr richtig ein, daß die Russen eine Französische Invasion in die Hanndoverischen Staaten nicht würden hintertreiben können. Der Kurfürst von Braunschweig schloß sich daher in dem Whitehaller Bündniß vom

*) S. Fischer Geschichte Friedrichs II. Königs von Preußen 1ster Theil S. 352.

**) S. des Grafen zu Lynar Staatschriften 2ter Band, S. 7.

16ten Jan. 1756, an Preußen an. *)
 Ein Preußischer General, der unsterbliche
 Herzog Ferdinand von Braunschweig, mußte,
 nach der aufgehobenen Kloster Sevenschen Con-
 vention, das Hannöverische retten. Dennoch er-
 griffen die Hannöverischen Minister, selbst im
 siebenjährigen Kriege, eine jede Gelegenheit eifrig,
 um ihrem Herrn ein Mißtrauen und einen
 W i d e r w i l l e n gegen eine Verbindung mit
 Preußen einzustoßen, **) weil die Absicht des
 Hannöverischen Hofes dahin gegangen seyn soll,
 sich des Mecklenburgischen, des Paderbornischen,
 des Osnabrückischen und Hildesheimischen zu be-
 meistern. Man sah daher zu London sehr wohl
 ein, daß diese Vergrößerungsabsichten mit einer
 engen Verbindung zwischen Preußen und England
 unvereinbarlich sey. ***)

So nachtheilig der siebenjährige Krieg für
 das Hannöverische war, so sehr gereichte er da-
 gegen zum Vortheil von Großbritannien. William
 Pitt wandte die Größe seines Genies dazu an,

*) C. Remer Handbuch der neuesten Geschichte
 S. 757.

**) C. von Lynar a. a. D. Actenstück 206. S. 643.

***) C. Frederic II. Roi de Prusse Oeuv. posth.
 Tom. 5. pag. 203, 206 und 208.

sein Vaterland zum Beherrscher der Meere und des Handels zu machen. Er war der Schöpfer des zu einer festen Consistenz gebrachten politischen Systems der Großbritannienischen Verbindungen auf dem festen Lande. Dieses erhob England auf den Gipfel seiner auswärtigen Macht. Seine Colonial-Besitzungen auf der westlichen Halbkugel hatten ihre größte Ausdehnung erhalten, indessen der Grund zu neuen Eroberungen im Orient gelegt war, und die Britischen Flotten beherrschten den Ozean. Großbritannien hatte seine Feinde bis zur Verzweiflung bezwungen. Die Deutschen Staaten des Königs von Großbritannien waren, durch die Tapferkeit der alliirten Armee, welche die höchste Staffel ihres militärischen Ruhms erstiegen hatte, von den Franzosen gesäubert, und die Eröffnung des Bischöflichen Stuhls zu Hildesheim und zu Paderborn wirkte, so zu sagen, die glückliche Beendigung alter Ansprüche des Guelfischen Hauses auf jenes Bisthum zu. In diesem Glanze endigte der König Georg der Zweite am 25. Oct. 1760 seine glorreiche Regierung, und der König von Großbritannien, Georg der Dritte, folgte ihm, unter den Auspicien des Sieges, und mit der Möglichkeit, einen vortheilhaften Frieden kategorisch zu gebieten. Allein alle zusammentreffende glück-

lichen Umstände hinderten dennoch nicht, daß der Erzieher und Liebling des Monarchen gewisse Einleitungen zu einem allgemeinen Frieden machte, welche dem gänzlich gefesselten Zutrauen seines drei und zwanzigjährigen Söglings und Königes allein zuzuschreiben sind. Die ersten Schritte, welche der, der richtenden Geschichte bereits anheim gefallene *) Lord Bute, zur Erhaltung des beabsichtigten Friedens, machte, gingen dahin: theils dem Könige von Preußen die Subsidien zu versagen, welche die Englische Nation, zu ihrem eigenen entscheidendsten Vortheile, diesem größten aller Könige bezahlte, theils diejenigen Provinzen der Preussischen Monarchie zu Petersburg und zu Wien anzubieten, welche diesen Höfen etwa anstehen dürften. Der Kaiser Peter der Dritte von Rußland, verwarf die ihm von dem Londoner Hofe gemachten Anträge mit Verachtung, beantwortete sie solchergestalt, wie sie ein Preussischer Minister nur hätte beantworten können, und entdeckte dem Könige von Preußen, durch die Uebersendung der copeilichen Depesche des Russischen Gesandten am Londoner Hofe, die von dem Könige Georg dem Dritten

*) C. Seidel neueste Geschichte des heutigen Europa 14ter Theil, 3. Abth. 2. Cap. S. 79—82.

gegen den Preussischen Staat bezeugte Abneigung. Der staatskluge Kauniz hielt die, zu Wien zu gleicher Zeit gemachten, auf die Zerstückelung der Preussischen Monarchie abzielenden Grossbritannischen Anträge für eine ihm gelegte Falle, um zwischen dem Wiener und dem Französischen Cabinette Mißhelligkeiten zu veranlassen. Er wies sie daher, als verfänglich mit stolzer Verachtung zurück. *) Die Grossbritannischen Einleitungen zu einem allgemeinen Frieden blieben also ohne Wirkung. Sie veranlaßten nur, daß die bekannten alten Ursachen der zwischen Kurbrandenburg und Kurbraunschweig stattgefundenen Spannung, welche in dem Whitehaller Tractat zu Grabe getragen seyn sollten, von neuen aufzuleben anfangen, und daß Preußen zu seinem natürlichen Bundesgenossen — Frankreich — zurückkehrte. Grossbritannien entschloß sich zu einem Separatfrieden mit Frankreich. Der Politik eines Choiseuls glückte es, am 10ten Februar 1763 einen Definitivfrieden mit Grossbritannien zu erlangen. Er machte den schimpflichsten Krieg für Frankreich wieder gut. Mit ihm hebt die neuere Weltgeschichte an, und er ist

*) S. Frederic II. Roi de Prusse Oeuv. posth. Tom. V. pag. 203, 206 und 208.

der Entstehungsgrund aller neuen und der neuesten Weltbegebenheiten. Aus dem XIV. und XXV. Artikel dieses ersten Pariser Friedens ist, rücksichtlich des Hannöverschen, besonders zu bemerken:

- 1) Daß der König von England, in der Eigenschaft eines Kurfürsten von Braunschweig = Lüneburg, einen Frieden für seine Deutschen Länder, nicht etwa durch die Mitwirkung eines Kurhannöverschen Bevollmächtigten, sondern durch den Großbrittannischen Negotiateur mit Frankreich geschlossen habe, und
- 2) daß darin, der That nach, der politische Satz aufgestellt worden sei, daß die Kurbraunschweigischen Staaten einen Austausch- und Compensations-Gegenstand, in Rücksicht der Länder und Inseln ausmachten, welche Großbritannien Frankreich abgenommen hatte. *) Hilbesheim — dieses für das Hannöversche so sehr wichtige Land — und Paderborn fielen so wenig, als Osnabrück, an das Kurhaus Braunschweig. Der, im siebenjährigen Kriege stattgefundene Französische Ueberzug der Hannöverschen

*) G. de Martens Recueil des Principaux Traités etc. Tom I. pag. 47.

Lande hatte die Unterthanen dieser Reichslande verarmet. Die ansehnlichen Forderungen, welche den Kurbraunschweigischen Staaten, und vielen einzelnen Hannöverschen Individuen an die Englische Krone gebührten, blieben unberichtigt, obgleich andere Länder, als z. B. Hessen, von der Großbritannienischen Nation entschädigt worden sind. Dem Zellischen Oberappellationsgerichte ward sogar das Erkennen gegen das Englische Commissariat, wie es noch in Deutschland anzutreffen war, durch einen landesherrlichen Befehl untersagt *) und die Hannöverschen Staaten behielten ansehnliche Landeschulden, welche zum Theil bis jetzt nicht einmahl abbezahlt sind. **)

Der erste Pariser Frieden war also eben so nachtheilig für die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen, als der siebenjährige Krieg ihnen Nachtheile aller Art zugefügt hatte. Es lag klar zu Tage, daß die,

*) S. von Berlepsch Pragmatische Geschichte des landschaftlichen Finanz- und Steuerwesens der Fürstenthümer Calenberg und Göttingen in der Note zu den 197 bis 200 Seiten und S. 239.

**) S. Häberlin Staatsarchiv 19tes Heft S. 233 — 272.

in der Person des Regenten stattfindende Verbindung des Hannöverschen mit Großbritannien, dem Kurbraunschweigischen Staate nichts weniger, als vortheilhaft sei. Eine Wahrheit, welche die Geschichte in den Personal-Verbindungen des Regenten eines kleinen Deutschen Landes mit einem auswärtigen großen Reiche, als z. B. zwischen Sachsen und Polen, und Hessen und Schweden zudem laut prediget.

2.

Folgen des siebenjährigen Krieges für das Hannöversche.

Nach der Beendigung des siebenjährigen Krieges ward das Hannöversche, als eine Englische Dependenz, der That nach, behandelt. Der in vorigen Zeiten existirende Kurbraunschweigische Gesandtschaftsposten in Paris blieb, und ist stets unbesezt geblieben. Der König Georg der Dritte kam nie nach Hannover. Seine Deutschen Staaten und Unterthanen blieben ihm also völlig unbekannt. Ja es ward diesen durch landesherrliche Verordnungen *) ausdrücklich verboten, sich

*) Siehe die Kurbraunschweigischen Verordnungen vom 30sten Sept. 1763 und 7ten Mai 1778.

unmittelbar an ihren Regenten zu wenden. Sie sollten nur durch das Organ derjenigen, die ihnen wehe thaten, eine Abänderung ihrer Beschwerden erwarten. Der stets abwesende Kurfürst von Braunschweig mußte also alles dasjenige, was einen Bezug auf die Regierung der Hannöverschen Lande und Unterthanen hatte, durch die Brille seiner Geheimen Rätthe kennen lernen. In London folgte eine Reihe von Hannöverschen Ministern, die zur Regierung eines Landes unfähig waren. Sie stimmten sämmtlich dahin überein, sich durch Nachgeben, auf jede Art, dem Könige von England gefällig zu bezeigen. Diese Sinnesart ward auch unter den Kurbraunschweigischen Geheimen Rätthen, die in Hannover waren, die herrschende. Eingeborne, und Fremdlinge, welche mit der Verfassung der Kurbraunschweigischen Lande nicht bekannt waren, und sie nicht kennen lernen wollten, arbeiteten daran, die guten Regierungsgrundsätze des Königs Georg des Zweiten in Vergessenheit zu bringen, die Landesverfassung nach und nach zu untergraben, und den Unterthanen ihre wohl erworbenen Rechte zu entziehen. Die aus dem siebenjährigen Kriege entstandenen Landesschulden wurden nach dem ungerechtesten Maßstabe, nämlich durch ein eingeführtes gleiches Kopfgeld theilweise bezahlt. Der Kurfürst von Braunschweig trug dazu von

seinen Domänen und den ansehnlichen Kloster-
Kammergütern nichts bei. Die schreiendsten Un-
gerechtigkeiten in der Verwaltung blieben unerle-
digt. Die Landstände waren in der That nichts
mehr. Die Willkühr der Minister, welche durch
Secretarien geleitet wurden, schlug von Jahr zu
Jahr tiefere Wurzeln. Es entstand daher eine
wahre Subalternregierung, mit allen ihren be-
kannten nachtheiligen Folgen. Ein jeder dachte
bloß auf sich. Keiner auf das Wohl des Gan-
zen d. i. der Unterthanen. Dabei nahm der
Kurbraunschweigische Minister- und der Astermi-
nister- Stolz solchergestalt zu, daß sie das Bild
der Hannoverischen Geheimen Rätthe, wie es Frie-
drich der Einzige gezeichnet hat, *) noch weit
übertrafen. Sie erschwerten dadurch eine jede
freundschaftliche Verbindung mit den Nachbarn
der Kurbraunschweigischen Staaten und die Han-
noverische Anglomanie, d. h. die Sucht den Eng-
ländern nachzuahmen, machte alle Kurbraunschwei-
gische Auctoritäten im Auslande verhaßt. Es
liegen die Beweise des eben Gesagten in so man-
chen, seit den letzten zehn Jahren, dem Publico
vorgelegten Druckschriften und öffentlichen Blät-

*) S. Frederic II. Roi de Prusse Oeuv. posth. Tom.
3. pag. 91.

tern, vor Augen, daß eine Anführung von speciellen Fällen überflüssig wird.

3.

Im Nordamerikanischen Freiheits-Kriege müssen Kur-Braunschweigische Truppen für Englands Interesse in Gibraltar und in Ost-Indien streiten.

Dasjenige, was Pitt, und andere hell und weit sehende Politiker beim Schlusse des ersten Pariser Friedens vorausgesehen hatten, bestätigte sich in kurzer Zeit völlig. Der erste Pariser Friede war die Wiege der Nordamerikanischen Revolution, welche durch manche, hieher nicht gehörende, Umstände vorbereitet, zum Ausbruch kommen mußte, und durch den Eigensinn des Mutterlandes, und durch halbgenommene Maßregeln der Großbritannischen Regierung einen erwünschten Ausgang für die Amerikaner vorbereitete. Die erklärte Unabhängigkeit der Amerikanischen Freistaaten erregte einen Krieg mit England. Nach der Convention von Saratoga, wodurch der glückliche Ausgang des Unternehmens der Amerikaner wahrscheinlich ward, bestimmte sich der Versailler Hof zu einer unmittelbaren Theilnehmung an dem Nordamerikanischen Revolutionekriege. Zuerst schloß Frankreich mit den vereinigten Amerikanischen Kolonien einen Freund-

schafts- und Handlungsvertrag, und demnächst am 6ten Februar 1778 eine eventuelle Alliance. *) Eben erwähntes Bündniß verwickelte Großbritannien mit Frankreich in einen Krieg, woran Spanien, und zuletzt auch die Republik Holland, Theil nahmen. In diesem, zwischen Großbritannien und Frankreich stattgefundenen Kriege, waren vier Regimenter Hannöverscher Truppen in Englischen Sold. Diese retteten die Festung Gibraltar in einem Augenblick, in welchem die vereinigten Kräfte von Frankreich und Spanien dieselbe durch einen Ueberfall hätten erobern können.

Dieser günstige Zeitpunkt war der, in welchem der Admiral Howe eine Menge von Lebensmitteln für die belagerte Besatzung ausgeschiffet hatte. Unter diesen war vieler Rum, und die Englischen Soldaten besoffen sich dermaßen, daß sie zum Dienste ganz untüchtig waren. Die Hannöverschen Truppen, welche an mehrere Disciplin, als die Englische gewöhnt waren, besetzten daher die wichtigsten Posten und das Rum-Magazin, damit ihre Waffenbrüder sich nicht weiter berauschen konnten. Hierdurch ward Gibraltar, nach dem Zeugnisse des Generals Elliot, Groß-

*) G. de Martens a. a. O. Tom. I. pag. 701-705.

Brittannien erhalten, und die Hannöverschen Bataillons bekamen ein, sich darauf beziehendes Ehrenzeichen, nämlich das Wort Gibraltar auf den rechten Rockärmel eingewirkt. In eben diesem Kriege gewannen bekanntlich ferner zwei Bataillons Hannoveraner gegen einige Französische Regimenter die entscheidende Schlacht bei Courdaloube in Ostindien. *) Der große Kampf um Nordamerikas Freiheit und Unabhängigkeit, welcher vorzüglich zur See und außer Europa geführt ward — dem Handel der verbündeten Mächte, Frankreich, Spanien und Holland großen Schaden that — ihre Marine größtentheils vernichtete — die Großbrittannische in ihrem vollen Glanze zeigte, und zur Begründung des ausgebreiteten Handels von Großbrittannien, wie zur ungeheueren Vermehrung seiner Nationalschuld, sehr vieles beitrug, bewog im Jahr 1780 die nordischen Mächte, das System der bewaffneten Neutralität, zum Gegengewicht gegen Englands Anmaßungen zur See aufzustellen, da das Russische Kabinet schon damals sehr richtig einsah, daß die künftigen Kriege, wenigstens in ihren Folgen, Fehden seyn dürften, welche die Europäi-

*) S. Gedanken über die Sicherung von Nord-Deutschland gegen Englischen Einfluß (1799) S. 14 und 15.

schen Mächte, des Handels wegen, führen würden. Die erhabene Kaiserin von Rußland gab, nach ihren gerechten, edlen und menschenfreundlichen Gesinnungen — die Attribute großer Monarchinnen und großer Monarchen — den Ton in einer der wichtigsten Angelegenheiten der Menschen, welche, wenn es unveräußerliche Menschenrechte gibt, dazu schlechterdings gezählt werden muß, durch eine, vom 28sten Febr. 1780 datirte Erklärung an, die sie den kriegsführenden Mächten zustellen ließ. *) Dieser Erklärung, worauf sich die Rechte der Neutralen in jedem Seekriege gründen, weil sie unmittelbar aus dem ursprünglichen Rechte der Natur und der Völker entsteht, deren Folgerungen aber Großbritannien nie hat anerkennen wollen, traten alle nordischen Mächte, Schweden, Dänemark und Preußen bei. Der Amerikanische Revolutionskrieg endigte sich bekanntlich zum Vortheil der Nordamerikaner. Großbritanniens Nationalschuld ward durch diesen übel berechneten Kampf ansehnlich vermehrt; sein Handel nach der andern Hälfte der Weltkugel, litt aber dadurch so wenig, daß er vielmehr sehr vergrößert worden ist. Der, unter der Ver-

*) G. de Martens a. a. O. Tom. II. pag. 74 und 75.

mittelung der beiden Kaiserhöfe, Wien und Petersburg, zwischen Großbritannien und Frankreich, den 3ten Sept. 1783 geschlossene zweite Pariser, oder Versailleser Friede, welcher sich, wie sein Inhalt zeigt *) mehr auf andere Welttheile, als auf Europa, erstreckt, beendigte die Nordamerikanische Revolution. In diesem Kriege stritt Kurbraunschweig, als eine Dependenz von Großbritannien, ohne allen Nutzen für das Hannoversche Staatsinteresse. Es gewann dabei nichts, sondern litt nur Verlust an Menschen und Ausfälle in der Einnahme seiner Staatskasse; da jene mehr auf Personen, als auf Sachen berechnet ist.

4.

Kurbraunschweig, als selbstständige Macht nimmt an dem Französischen Revolutionskriege Antheil.

Der erste Pariser Friede hatte die Nordamerikanische Revolution mit veranlassen. Diese, und andere, theils nothwendigen — der zerütteten Zustand der Französischen Finanzen — theils zufälligen Ursachen, gaben der Französischen Staatsumwälzung ihre Entstehung. Eine Revo-

*) S. de Martens a. a. O. Tom. II. pag. 462.

lution, welche der gekrönte große Weltweise, Menschenkenner und Staatsmann von Sanssouci schon längst vorher gesagt hatte. Ihre Morgenröthe schien sehr vieles für das Wohl der Menschen zu versprechen. Sie ward daher, selbst in Großbritannien von dem größten und besten Theile der Britischen Nation, gebilliget. Sie nahm aber gar bald eine verschiedene Wendung von demjenigen, was sich das gebildete Europäische Publikum von ihr versprochen hatte. Aus der Französischen Revolution entstand ein Krieg, der in seiner Entstehung höchst ungerecht war, weil kein Staat berechtigt ist, sich in die Staatsverfassung eines andern Reichs zu mischen, der die Begründung des Despotismus *) und eine durchaus unpolitische Zerstückelung von Frankreich zur Absicht hatte. Anfänglich nahm Großbritannien an demselben keinen Theil. Wäre es bewaffnet neutral geblieben, und hätte Kurbraunschweig, durch eine allianzmäßige Verbindung mit England, gleiches politisches System ergriffen, so würde jener furchtbare Staat die größte politische Rolle in Europa gespielt, und dieser, nach aller Wahrscheinlichkeit, den Platz eingenommen haben, der demnächst von dem Ad-

*) S. Histoire secrete de Coblençe pag 102.

nige von Preußen behauptet worden ist. Englands Nationalschuld würde alsdann sehr verringert worden seyn, sein Handel hätte außerordentlich zugenommen, der Krieg auf dem festen Lande würde von nicht langer Dauer gewesen seyn; das Land Frankreich hätte folglich keine solche Ausdehnung, keine solche intensive Stärke erhalten, als es jetzt, auf eine sehr beunruhigende Art, für alle Völker des Continents errungen hat; und alle wahre Verehrer einer constitutionellen Freiheit und der Gleichheit vor dem Gesetze, (d. h. der Gleichheit, nicht der Rechte, sondern des Rechts,) hätten den König von Großbritannien, als den Beglückter der civilisirten Welt und den Beförderer der Cultur, wovon die Civilisation lediglich abhängt, verehrt.

So lange Großbritannien sich in die erste große Coalition gegen Frankreich nicht gemischt hatte, war Kurbraunschweig für die Stimme einiger Deutschen Wahlfürsten, welche den Beschluß eines Deutschen Reichskrieges gegen Frankreich auf dem Reichstage zu Regensburg zu bewirken suchten, nicht zu gewinnen. Das Kurbraunschweigische Gesandtschafts Pro Memoria, betreffend die Rechtmäßigkeit der Beschwerden verschiedener Deutschen Reichsstände über die Decrete der Französischen Nationalversammlung, in-

gleichen die gütliche Beilegung dieser Sache, Hannover den 19ten Mai 1791 *) zeigt auf die gründlichste Art, daß keine Veranlassung zur Erklärung eines Reichskrieges gegen Frankreich vorhanden gewesen sey. Der König Georg der Dritte ließ sich in der Folge, aus übel verstandener Monarchenpflicht, zur Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich hinreißen. Sein allmächtiger Minister, der Sohn des großen Chatams, — Pitt — benutzte die Leidenschaft seines Souverains, die damit übereinstimmende Meinung fast aller Europäischen Kabinetten, und das Gold des Orients, **) um seinem Vaterlande durch einen Krieg auf dem festen Lande, wie es noch nie einen ähnlichen gegeben hat, die entscheidendste Gewalt zur See und ein Handlungsmonopol über die ganze Welt, auf eine Art zu versichern, die, wenn sie auch keine beständige Dauer verspricht, dennoch eine geraume Zeit be-

*) S. Häberlin Staats-Archiv 1tes Hest. S. 21. bis S. 30.

*) Schon vor der Entscheidung des Kampfes um Bengalen, hatten die Britten in kurzer Zeit dreißig Millionen Pfund Sterling, oder Einhundert und achtzig Millionen Thaler, aus Ost-Indien nach ihrem Vaterlande in Sicherheit gebracht. S. Seidel a. a. D. Dritter Abschnitt. Erstes Kap. S. 36.

stehen wird. Wenig bekümmert über die ungeheueren Staatsschulden von Großbritannien, verschaffte er den Britten sichere Quellen, woraus sie die, ihnen vom Parlament auferlegten Zahlungen leisten konnten. Sein schöpferisches Finanz-Genie wußte die Bedürfnisse des Augenblicks immer zu stillen. Sobald die Kriegserklärung zwischen England und Frankreich erfolgt war; die Franzosen auch im Winter von 1792. und 1793 unter Dumouriez in Holland einfielen, und Großbritannien desfalls dem Statthalter und den Generalstaaten, nach dem Hager Tractate vom 15ten April 1788, die allianzmäßige Hülfe leisten mußte, da veränderte sich Alles in Hannover. Die Kurbraunschweigische Armee sollte für die Großbritannienische Landmacht eintreten. Der Kurfürst von Braunschweig eilte mit seinem, durch eine Rekrutenausnahme von siebentausend Mann, welche selbst die Anhänger der Hannoverischen Regierung für verfassungswidrig ausgeben *), verstärkten Deutschen Militair der Krone England zu Hülfe. Der Befehl zum Ausmarsch der Hannoverischen Truppen ward den 23ten Febr. 1793 ertheilt, und sogleich in

*) S. das Intelligenzblatt zur Genaischen allgemeinen Litteratur Zeitung. Jahrgang 1798. Nro. 105.

Ausübung gebracht. Die Präliminär-Artikel des, nach dem, zwischen England und Frankreich ausgebrochenen Kriege, geschlossenen Tractates, welchen der König von Großbritannien mit dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, mithin mit sich selbst einging, wurden den 4ten März 1793, folglich nach dem Ausmarsch der Hannöversischen Truppen unterzeichnet. In Gemäßheit dieser Uebereinkunft *) ward der Englischen Nation, zur allianzmäßigen Vertheidigung von Holland, ein Corps Hannöverscher Truppen, sowohl an Infanterie, Cavallerie und Artilleristen, mit allen Feld- und Artillerie-Bedürfnissen, von 16000 Mann verschafft, ohne von ihr Subsidien zu verlangen und zu nehmen. Dieses Corps diente, wie es bekannt genug ist, im Jahr 1793 angriffsweise gegen Frankreich und nahm die belagerte Französische wichtige Festung Valenciennes mit ein. Ein zweites sogenanntes Bündniß folgte dem ersteren am 7ten Jan. 1794, welches der Kurfürst von Braunschweig mit dem Könige von England, mithin abermals mit sich selbst schloß, weil beide Contrahenten eine und dieselbe Person ausmachten, und wodurch 5299 Mann Hannöverscher

*) G. de Martens Recueil des principaux Traités, Tom. V. pag. 99 — 106.

Truppen der Englischen Nation, ohne von ihr Subsidien zu begehren, in der Absicht überlassen wurden, *) um die Französische Nation auf ihrem eigenen Grund und Boden zu bekämpfen — ein Zweck, der auch zum Theil ausgeführt worden ist. Diese, aus mehr als 21,000 Mann bestehende Kurbraunschweigische Armee hat, wie es gar nicht zu leugnen ist, angriffsweise gegen Frankreich agirt.

5.

Folgen aus diesem Betragen für Hannover nach dem Völkerrecht.

Wären die Kurbraunschweigischen Staaten, seit der Regierung des Königs, Georg des Dritten, nicht im ersten Pariser Frieden (1) und in dem Nordamerikanischen Revolutionskriege (3), der That nach, für eine Dependenz von Großbritannien erklärt worden, so würde aus dem eben Angeführten ganz klar erhellen, daß beide, zwischen England und Kurbraunschweig, dem Scheine nach, geschlossenen Verträge Angriffs = Bündnisse gegen Frankreich ausmachen, und daß aus ihnen ein entstandener besonderer

*) S. de Martens a. a. O. pag. 106. 107.

Krieg des Kurfürsten von Braunschweig = Lüneburg gegen die Französische Nation folge, weil jene Bündnisse später eingegangen sind, als der Krieg zwischen Frankreich und England ausgebrochen war, und weil ein Deutscher Reichsfürst, als besondere und selbstständige Macht angesehen, Kriege mit Auswärtigen führen kann.

Die Deutschen Reichsstände werden nämlich, wie es bekannt genug ist, in der Europäischen Staaten = Republik in einer gedoppelten Rücksicht betrachtet. Einmal, als Mitglieder der Deutschen Union — folglich wie ein Theil des Reichsverbandes — und zweitens, als selbstständige Mächte (Puissances), mithin wie ein Staat — als ein Ganzes. Dieser Unterschied darf nicht aus den Augen verloren werden. Die Handlungen der Deutschen Reichsfürsten sind nach demselben zu beurtheilen. Es kann folglich ein Reichsstand, als Mitglied des Deutschen Reichs, sich mit einer nicht Deutschen Macht im Friedens = Zustande befinden, und wie selbstständiger Staat mit eben derselben in einem Zustand des Krieges begriffen seyn. Das Kurbraunschweigische Contingent zur Reichsarmee ward, in Gemäßheit einer, zwischen dem Erzherzoglichen Hause Oestreich und Kurbraunschweig geschlossenen Uebereinkunft, mit Gelde von Hannover rekrutirt,

d. h. bezahlt. *) Es ist mithin gestellet worden. So gewiß es demnach bleibt, daß Kurbraunschweig seine reichsstandschaftliche Obliegenheit erfüllet habe, eben so wenig kann die Richtigkeit der Behauptung in Zweifel gezogen werden, daß dasjenige Truppendcorps, welches die Anzahl der Contingents Truppen übertrifft, wenn es einer kriegsführenden Macht zu Hülfe gegeben wird, den, dasselbe überlassenden Deutschen Reichsfürsten, als besonderen kriegsführenden Theil gegen denjenigen darstellet, mit welchem sich jene im Kriege begriffen befindet, weil er, in Rücksicht desjenigen Theils seiner Truppen, welcher die reichsverbandliche Anzahl übertrifft, wie ein Ganzes, und als eine besondere Macht, und nicht wie ein Theil des Deutschen Reichs, angesehen werden muß. Es ist folglich Kurbraunschweig, als selbstständiger Staat, in jedem zunehmenden Fall, besonderer kriegsführender Theil (*pars belligerans*) gegen Frankreich, durch das, an England, über das Reichscontingent, in Sold gegebene Truppendcorps Hannoveraner von 21,299 Mann geworden. Eben so unbestritten bleibt es auch, um diese Folgerung über jeden Zweifel zu erheben, eines Theils, daß zwi-

*) S. Die Druckschrift: Ueber das Kurfürstenthum Hannover, S. 38. 39. (1803)

schen England und Kurbraunschweig kein älteres Bündniß existiret, welches die letztere Macht verpflichtet haben sollte, der ersteren, und noch weniger den Bundesgenossen von Großbritannien — Holland — eine tractatenmäßige Hülfe zu leisten, und andern Theils, daß die Krone England dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg für die, von diesem jener Macht geleistete Hülfe, von mehr als 21,000 Mann, keinen Pfennig Subsidien versprochen, und bezahlt habe. *) Endlich hat nur die Politik, nicht aber das Europäische Völkerrecht, den Grundsatz eingeführet:

daß die Macht, welche bloß, kraft geschlossener Subsidientractate, einer andern Macht für Geld einen Theil ihrer Kriegsmacht überläßt, dadurch nicht Feindin des Staats werde, wider den die Völker gebraucht werden, vielmehr bloß die Hülfsvölker feindlich behandelt werden können.

Es blieb daher unlengbar wahr, daß dem strengen äußern Völkerrechte zufolge, eine kriegsführende Macht alle diejenigen Staaten feindselig behandeln könne, welche kraft irgend eines Vertrages,

*) G. de Martens a. a. O. Art. VI. S. 100.

oder aus freiem Willen, die Macht des Feindes verstärken. Diesen Grundsatz, der mit der gesunden Vernunft schlechterdings übereinstimmend ist, behaupten alle Lehrer des Völkerrechts. Man muß, in Ansehung der Rechte gegen die Allirte des Feindes (*puissance auxiliaire*), wenn man die Begriffe nicht verwirren will, dasjenige, was Rechtens ist, von demjenigen, was rathlich seyn kann, von der Politik sorgfältig unterscheiden. Der eben vorgelegene Rechts-Satz ist aus dem von Martenschen Handbuche hier wörtlich hergesetzt worden.

Nachdem jener berühmte Lehrer des Völkerrechts ihn vorangeschickt hat, fährt er nachstehendermaßen fort, welche Stelle seines Handbuchs, da sie mit der ersteren genau verbunden ist, besonders beherzigt werden muß, weil sie entscheidend bleibt:

„Wie aber darin ein Grund eines billigen (also nur billigen) Unterschiedes liegt, daß diejenigen, welche kraft allgemeiner, vor Ausbruch des Krieges geschlossener Verträge, *) die tractatenmäßige

*) Die zwischen Kurbraunschweig und Großbritannien geschlossenen Verträge sind nach dem, zwischen Frankreich und England ausgebrochenen Kriege geschlossen worden.

„Hülfe *) leisten, dadurch nicht die Absicht dem Feinde zu schaden, **) sondern nur ihre Vertragsverbindlichkeit zu erfüllen, ***) an den Tag legen, so hat insonderheit die Politik, zur Einführung eines Grundsatzes Veranlassung gegeben, auf welche die Mächte, als auf eine Vorschrift des positiven Völkerrechts sich berufen: daß nämlich nicht nur die Macht, welche bloß, kraft geschlossener Subsidentractate †) einer

*) Diese konnte nicht geleistet werden, weil kein Tractat zwischen Großbritannien und Hannover existirte, welcher diese Macht verpflichtet haben sollte, jener vertragsmäßig beizustehen.

**) Diese Absicht: Frankreich zu schaden, kann bei Kurbraunschweig nicht geleugnet werden.

***) Eine solche Vertragsverbindlichkeit hat für Kurbraunschweig niemals existirt. Es konnte also auf die Erfüllung derselben gar nicht ankommen.

†) Diese sind nicht einmal vorhanden, weil Kurbraunschweig keine Subsidien von Großbritannien genommen hat. Kurbraunschweig hat folglich unter den vielen Verträgen, welche die Englische Krone mit andern Mächten, während des Französischen Revolutionskrieges geschlossen hat, den allerschlechtesten eingegangen. Warum? Weil Hannover und England für ein Ganzes angesehen sind.

„andern Macht für Geld einen Theil ihrer
 „Kriegsmacht überläßt, dadurch nicht Fein-
 „din des Staats werde, wider den die Völ-
 „ker gebraucht werden können, sondern auch
 „daß diejenige Hülfsmacht (*puissance auxi-*
 „*liaire*), welche kraft allgemeiner, vor
 „Ausbruch des Krieges geschlossener Defens-
 „siv-Alliancen, *) die bestimmte tractaten-
 „mäßige Hilfe, zur Vertheidigung ihres
 „Allirten, schickt, ohne übrigens direc-
 „ten Antheil an dem Kriege zu nehmen,
 „nicht, als Feindin desjenigen zu behandeln
 „sey, wider den diese Hilfe geleistet wird,
 „und daß die mit diesem geschlossenen Ver-
 „träge bestehen. **)

Da nun für die Französische Republik kein Grund der Politik existiret hat, um Kurbraunschweig, nicht als Feind anzusehen, vielmehr Frankreich verschiedene Gründe anzugeben im Stande ist, warum es nicht gerathen gefunden hat, sich, in Ansehung Hannover, von dem Eu-

*) Die Allianz zwischen Hannover und England ist eine Offensiv- und keine Defensiv-Allianz, wie es die Erfahrung genugsam gezeigt hat.

**) S. von Martens Einleitung in das positive Europäische Völkerrecht 2c. (1796) 8tes Buch, 6tes Hauptstück, §. 299. S. 338.

ropäischen Völlerrechte zu entfernen, so wird es hieraus klar, daß die Französische Republik Kurbraunschweig, als eine besonders kriegsführende Macht (*pars belligerans*), gegen sich um so mehr habe ansehen müssen, als keine einzige Ursache vorhanden ist, um das Gegentheil anzunehmen, da 1) kein, vor dem im Jahr 1793 zwischen Frankreich und England erfolgten Ausbruche des Krieges geschlossenes Bündniß zwischen Großbritannien und Kurbraunschweig existiret hat, welches letztere Macht zu einer Hülfsleistung an erstere verbunden haben sollte; da 2) Großbritannien und das Deutsche Reich sich, während des ganzen Französischen Revolutionskrieges in keiner Allianz befunden haben, und da 3) die Staatsverträge zwischen Hannover und England vom 4ten März 1793 und vom 7ten Januar nicht einmal Subsidientractate ausmachen, weil von Kurbraunschweig 21,299 Mann, ohne Subsidien zu nehmen, an Großbritannien, zum Angriff der Franzosen auf ihrem eigenen Grund und Boden überlassen worden sind. Hieraus folgt der directe Antheil, welchen Hannover an dem Krieg genommen hat, welchen Großbritannien gegen Frankreich führte. Der Kurfürst von Braunschweig hat sich, nach der eben gelieferten Auseinandersetzung in einen Angriffskrieg gegen die Französische Republik verwickelt.

Er, als eine Deutsche selbstständige Macht, ist folglich, ohne alle Widerrede, besonderer kriegsführender Theil gegen Frankreich geworden.

Der widrige Ausgang der, in den Jahren 1793 und 1794 stattgefundenen Feldzüge für die Coalitions-Armeen ist bekannt. Er schreibt sich von der in London schlecht ausgedachten, und eben so schlecht ausgeführten Expedition gegen Dünkirchen her.

Der Kurbraunschweigische Feldmarschall Graf von Wallmoden-Gimborn erhielt im Jahr 1794 das Commando über die Englisch-Hannöversische Armee, und er nahm, nach ihrer Desorganisation *) im Januar 1795 seinen Rückzug in das nördliche Deutschland. Ein Marsch, der mehr einer Flucht, als einer Retirade glich, und wodurch er dem Französischen Emigranten-Corps einen Zufluchtsort in den Kurbraunschweigischen Staaten verschaffte.

*) S. Sein Bekenntniß in der General-Ordre aus dem Hauptquartiere zu Loen, in Archenholz Minerva, Jahrgang 1803, Sept.-Stück, S. 519 u. f. w.

Der König von Preußen rettet die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen im Baseler Frieden und in einer späteren Uebereinkunft mit Frankreich zum zweitenmal.

Obgleich der König von Preußen der erste und vorzüglichste Theilnehmer an der großen Coalition gegen die Französische Republik gewesen war, so wirkten dennoch in der Folge bei dem erleuchteten Berliner Cabinette überwiegende Gründe, welche das richtig verstandene politische Interesse der Preussischen Monarchie und die militärischen Operationen der Französischen Armee gebietend herbeiführten, um sich von jener Vereinbarung auf eine Art zurückzuziehen, deren Rechtfertigung, selbst in allgemeinen Rücksichten, sehr nahe liegen möchte.

Der, am 5ten April 1795 zwischen Frankreich und Preußen geschlossene Baseler Friede befreiete die Kurbraunschweigischen Staaten und das ganze nördliche Deutschland von der Gefahr einer Französischen Invasion und des darin aufzuschlagenden Kriegsschauplatzes. Dieser Friedensschluß und seine Additional-Convention vom 17ten Mai 1795 sind auf das wohlverstandene Staatsinteresse von Preußen und des nördlichen Deutschlands durchaus gegründet. Die Rechtsbeständigkeit der-

selben könnte, selbst nach der Deutschen Reichsverfassung, leicht dargelegt werden. *) Beide Staatsverträge sind allgemein bekannt. Nicht aber die zwei Separatartikel der Additional-Convention zum Baseler Frieden vom 17ten Mai 1795. Der erste lautet, nach einer getreuen Uebersetzung des Originals, folgendermaßen:

im Fall die Hannöverische Regierung der Neutralität nicht beitreten wollte, so machen Sich Seine Majestät der König von Preußen verbindlich, das Kurfürstenthum Hannover zu besetzen und ad depositum zu nehmen, um die Französische Republik gegen jede feindselige Unternehmung jener Regierung desto kräftiger zu sichern. **)

Die Hannöverische Regierung, welche im Jahr 1795 den eben hergesetzten geheimen Artikel der Additional-Convention zum Baseler Frieden

*) S. die Druckschrift: Ueber das Executions-Mandat in der von Berlepschen Rechtsache S. 11.

**) Dans le cas, où le gouvernement d'Hannovre se refusât à la neutralité, Sa Majesté le Roi de Prusse, s'engage à prendre l'Electorat d'Hannovre en dépôt, afin de garantir d'autant plus efficacement la République Française de toute entreprise hostile de la part de ce gouvernement.

nicht gekannt haben mag, und überhaupt mehr Englisch, als Kurbraunschweigisch denken mußte, wollte der Neutralität des nördlichen Deutschlands nicht beitreten. Sie ward aber, wie es bekannt genug ist, zum Beitritt genöthiget. Kurbraunschweig machte jedoch mit der Französischen Republik keinen besondern Frieden. Eben so wenig trat die Hannöverische Regierung dem Baseler Frieden und seiner Additional-Convention ausdrücklich bei. Sie acquiescirte bloß bei den, zwischen Frankreich und Preußen geschlossenen Staatsverträgen. Das Wort acquiesciren *) war eine ganz neue Phrase der Hannöverischen Diplomatie, in Ansehung welcher ein, auf seine publicistische Einbildungskraft stolzer Pedant der Deutschen Wortfrämerei sich zwar selbst Komplimente machen konnte, die aber im Grunde nur eine stolze Pralerei ohne Wirkung, und keinen bestimmten redlichen Entschluß des Kurfürsten von Braunschweig, mit Frankreich im friedlichen Benehmen zu stehen, sondern nichts anders, als ein Wort von einer sehr gefährlichen

*) Von diesem Ausdruck heist es in der Druckschrift: Historische Berichtigungen des öffentlichen Urtheils u. sehr treffend: der terminus technicus acquiesciren sey zum Gespött der ganzen diplomatischen Welt geworden.

Zweideutigkeit enthielt. Stolz und praxerisch war nämlich der Ausdruck: acquiesciren, bei den Verträgen zweier, von dieser ganz unabhängigen Mächte, in dem Munde des kleinen Hannöverschen Staats. Jenen konnte es sehr gleichgültig seyn: ob Hannover bei ihren Stipulationen acquiescirte, oder es bleiben ließ. Die in dem, von der Hannöverschen Regierung gebrauchten Ausdruck: acquiesciren liegende Wortkrämerei war aber auch eine gefährliche Zweideutigkeit. Denn acquiesciren hieß mit Frankreich nicht Friede machen, sondern nur öffentlich erklären:

man wolle sich Hannöverscher Seits solange ruhig verhalten, als es die Convenienz, in Rücksicht von England mit sich bringen würde.

Anstatt, daß sich Kurbraunschweig seiner gegebenen Versicherung nach, hätte ruhig verhalten sollen, war es, in Gemäßheit der schon in älteren Zeiten gemachten scharfsinnigen Bemerkung: daß die Hannöverschen Geheimen Räte gezwungen würden, dasjenige zu thun, wodurch sie den Engländern gefallen könnten *)

*) S. von Lynar a. a. D. Actenstück 198. S. 628.

auf Englischen Befehl äußerst unacquiescirend. Es acquiescirte also nur auf dem Papiere bei dem Baseler Frieden und seiner Ad-ditional-Convention. Hannover beging im Sommer 1795 durch die verstattete Einschiffung der Französischen Emigranten auf der Elbe im Bre-mischen, aller papiernen Acquiescenz ungeachtet, die größte Feindseligkeit gegen die Französische Republik. Jene Corps würden wohl ewig un-embarquirt geblieben seyn, und ihren Tod zu Quiborn nicht gefunden haben, wenn Hannover die Einschiffungsorter nicht hätte hergeben müssen.

Anderer Staaten an den Strömen des nörd-lichen Deutschlands hätten diese Einschiffung, ja einen jeden Vorschub zu derselben ihren Unter-thanen sehr nachdrücklich verboten. *) Die Fran-zösische Nationalrache sollte im Herbst 1795 die Kurbraunschweigischen Staaten schon treffen. Eine republikanische Armee wollte in dieselben eindringen.

Durch die angelegentliche Negociation des Königlich Preussischen Hofes, welche in Hannover von einer gewissen Seite kräftig unterstützet wor-

*) S. Gedanken über die Sicherung von Nord-Deutschland gegen Englischen Einfluß S. 27—29.

den ist, *) ward damals das Ungewitter abgewandt, welches den Kurbraunschweigischen Staaten drohete. Das Betragen des Kurbraunschweigischen Regenten blieb dennoch immer zweideutig. Preußen sah sich, durch die Geheimen Rätthe zu Hannover, auf die auffallendste Art gegen die Französische Republik compromittirt, und mußte daher vom Directorio derselben die unangenehmsten Vorwürfe hören. Das Kurbraunschweigische Betragen erforderte folglich, daß Preußen sich entschließen mußte, die Hannöversischen Truppen aus aller Wirkung gegen Frankreich und gegen die Batavische Republik zu setzen — sie nach dem Effect, wiewohl auf eine anständige Art, zu entwaffnen. Diese Entwaffnung geschah solchergestalt, daß die Kurbraunschweigischen Truppen nicht nur die Waffen behielten, sondern noch gar deren mehrere anschaffen mußten, sie aber nicht brauchen durften. Um Frankreich und Holland gegen eine Hannöversische Diverſion sicher zu stellen, wollten die Franzosen im Frühjahr 1796 ins Hannöversische dringen. Nun sollte in aller Eile eine Preußische Observations-Armee ausrücken,

*) E. Häberlin: Ueber die Rechtsache des Herrn von Berlepsch S. 86—88. Ferner, wichtige Actenstücke in der Rechtsache des Herrn von Berlepsch S. 40—44.

welche aber nichts anders, als die Bewegung der Hannöverschen Truppen zu bewachen hatte. Sie sollten von den Preußen auf die höflichste Art eingesperrt werden. Die Kurbraunschweigische Regierung, die gezeigtermassen mehr Englisch als Hannöversch denken mußte, sah die Tendenz dieses Französisch-Preussischen Plans sehr wohl ein. Sie behauptete desfalls, und um sich der Concurrenz zu der bewaffneten Neutralität des Norden von Deutschland und dem dazu erforderlichen Kostenaufwande zu entziehen, officiell, daß diese Armaturanstalt gegen den Deutschen Kaiser gerichtet seyn könne. Die nicht officielle Sprache des Ministers von Arenswaldt und des Geheimen Rabinetsraths Rudlof war bei dieser Gelegenheit diese:

„daß es einerlei sey, ob die Preußen oder
 „die Franzosen das Land auffräßen.“

Ihre officielle Aeußerung war daher dahin gerichtet, daß sie alle Einschreitungen in die Königlich Preussischen Anträge bis auf einen zu haltenden Kreistag in Niedersachsen verschoben müßten. Das hieß, die wohlgemeinte Preussische Absicht ganz vereiteln.

Allein das Berliner Kabinett benahm den Geheimen Räthen zu Hannover gar bald den hervorgesuchten reichsconstitutionsmäßigen Einwand, und bezeugte dem Kurbraunschweigischen

Ministerio auf die offenste Art, daß die Personal- oder Individualverbindung des Kurfürsten von Braunschweig = Lüneburg mit dem Könige von Großbritannien einzig und allein die Vorsichtsregeln erforderlich mache, welche, in Rücksicht der Französischen Republik, ergriffen werden müßten. Die Regierung in Hannover ward hierauf gezwungen, Hannöversisch zu denken und zu handeln. *)

Preußen führte den Kurbraunschweigischen Staat, durch einen sanften Zwang — durch eine *douce contrainte* — wie man sich damals zu Berlin ausdrückte, zu seinem wahren Staatsinteresse zurück, und rettete es zum zweitenmal. Kaum war der wichtige bewaffnete Neutralitätsverein im nördlichen Deutschlande zu Stande gebracht und eine Preussisch = Hannöversische Armee in Westphalen zusammen gezogen, so ward, im Sommer 1796, der Großbritannienische Negociateur Hammond nach Berlin gesandt. Er sollte es bewirken, daß der Neutralitäts = Cordon dazu gebraucht wurde, um den Franzosen eine Diversion in Holland und Brabant in dem Augen-

*) S. Häberlin: Ueber die Rechtsache des Herrn von Berlepsch S. 93, und fernere wichtige Actenstücke in dieser Rechtsache S. 44 und 45.

blick zu machen, als die siegreichen Französischen Armeen bis an die Donau vorgeedrungen waren. Allein der Pittsche Plan mißglückte. Das Berliner Kabinetts-Ministerium war von der evidenten Wichtigkeit und der nicht zu verkennenden Solidität des von ihm ergriffenen politischen Systems so sehr überzeugt, daß am 5ten August 1796 eine Convention zu Stande kam, die das Gegentheil der Englischen Absicht bewirkte. In dem, zwischen Preußen und Frankreich geschlossenen Tractate *) ward folgendes stipulirt:

„Seine Majestät, der König von Preußen
 „übernimmt die Garantie, daß überall kei-
 „ne Truppen der Stände, welche in der
 „Neutralität des Norden von Deutschland
 „begriffen sind, aus der, im ersten Artikel
 „bezeichneten Linie herausgehen sollen, um
 „die Französischen Armeen zu bekriegen,
 „oder um irgend eine Feindseligkeit gegen
 „die vereinigten Provinzen von Holland zu
 „begehen.

„Zur Erreichung dieses Zwecks wird
 „Höchst dieselbe ein hinlängliches Observa-
 „tionskorps zusammen ziehen, und sich hiez-

*) S. de Martens Recueil des principaux Trai-
 tés im 6ten Theil S. 650—656.

„über mit den Fürsten und Ständen ver-
 „nehmen, deren Länder in der Demarkations-
 „Linie liegen, damit sie sich mit Höchst-
 „derselben, zur Erreichung jener Absicht,
 „vereinigen mögen. Die einzige Bestim-
 „mung dieser Truppenzusammenziehung wird
 „diese seyn: den Norden von Deutschland
 „vor allen demjenigen zu bewachen,
 „welches seiner Sicherheit Eintrag
 „thun könnte.“

Diese Stelle des Tractats vom 5ten Au-
 gust 1796 liefert, nach einer natürlichen Exegese,
 ungezweifelt folgendes Resultat:

„Preußen bewacht die Hannoveraner, damit
 „sie nicht weiter, durch den Englischen Ein-
 „fluß gezwungen, Schritte thun sollten,
 „welche dem Wohl des nördlichen Deutsch-
 „landes und dem Hannoverschen Staats-
 „interesse offenbar zuwider wären.“

Dieses Resultat ist in einer scharfsinnigen Druck-
 schrift, deren Inhalt unter den gegenwärtigen
 Umständen sehr merkwürdig bleibt, sehr richtig
 auseinander gesetzt und gezeigt worden, daß das
 Englische Hannover der einzige Staat gewesen
 sey, welcher die Französischen Armeen zu bekrie-
 gen, gegen die Batavische Republik Feindselig-
 keiten auszuüben, und der Sicherheit des nörd-
 lichen Deutschlands Eintrag zu thun, das Kön-

nen und das Wollen gehabt habe, und daß der bewaffnete Zustand des nördlichen Deutschlands, selbst nach einem Friedensschluß des Deutschen Reichs mit der Französischen Republik, so lange nothwendig geblieben sey, bis entweder Hannover mit Frankreich einen besondern Frieden geschlossen, oder die große Fehde zwischen Frankreich und England ein Ende genommen haben würde. *) Die bewaffnete Neutralität des nördlichen Deutschlands verursachte für die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen einen noch nie stattgefundenen Wohlstand, der es ihnen allein möglich gemacht hat, diejenigen Drangsale zu überstehen, denen sie demnächst ausgesetzt worden sind.

Es liegt hieraus für jeden vorurtheilsfreien Menschen hell am Tage, daß, sobald die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen sich an den König von Preußen geschlossen haben, sie glücklich gewesen sind, und daß eine jede Entfernung von dieser, sie allein schützen könnenden Macht, sie in ein unabsehbares Elend gestürzt habe. Die Kosten der

*) S. die Druckschrift: Gedanken über die Sicherung von Nord-Deutschland gegen Englischen Einfluß S. 35 — 44.

bewaffneten Neutralität des nördlichen Deutschlands sind den Kurbraunschweigischen Unterthanen, ohne Mitleidenheit ihres Regenten, zur Last gefallen, und es ist desfalls im Jahr 1798 eine sogenannte Landesdefensions-Steuer angeordnet worden, welche noch bis auf den heutigen Tag besteht.

7.

Endigung des ersten Coalitions-Krieges gegen Frankreich durch den Frieden von Campo formio. Kurbraunschweig bleibt im Kriegeszustande gegen Frankreich.

Mitlerweile, daß Nieder-Deutschland und der ganze Norden von Europa der größten Ruhe genoß, und durch dieses, theils freiwillig ergriffene, theils den Kurbraunschweigischen Staaten aufgenöthigte, weise politische System einer bewaffneten Neutralität, die so mannigfaltige Nachtheile eines, alles zerstörenden Krieges vermied, und dagegen die Früchte des Friedens und des Handels in reichem Maße genoß, ward der Französische Revolutionskrieg auf dem festen Lande durch Englisch-Ostindisches Gold, welches auf die liberalste Art ausgegeben ward, eifrigst unterhalten. Er nahm aber aus vielen Ursachen, die in der Geschicklichkeit der Französischen Feld-

herren und in dem Muth der republikanischen Armeen nicht allein zu suchen sind, eine schlechte Wendung für die coalisirten Mächte. Je länger er geführt ward, je mehrere Nachtheile fügte er dem festen Lande zu. Dagegen bekam die See- und Handlungsmacht von Großbritannien die größte Stärke und beinahe eine Alleinherrschaft. Der Zweck des von England unterhaltenen Continent-Kriegs war und ward immer mehr erreicht. Den Europäischen Cabinettern mußte es endlich einleuchtend werden, daß sich das Uebergewicht von Frankreich auf dem festen Lande in demselben Maße begründete, als das von Großbritannien zur See und im Handel am Tage lag. Auch konnte man es sich kaum länger verbergen, daß Großbritannien seine Alliirten, als Mittel zur Erreichung seines Zwecks, ansah und brauchte. Alle diese Rücksichten brachten am 17ten October 1797 den Frieden zu Campo formio zu Stande und mit demselben endigte sich, der That nach, der erste Coalitions-Krieg gegen Frankreich auf dem festen Lande. Jenem Friedensschlusse folgte die Rastätter Friedens-Unterhandlung zwischen der Französischen Republik und dem heiligen Römischen Reiche. An dieser nahm Kurbraunschweig, in der Eigenschaft eines Herzogs von Bremen, folglich, als Reichs-Mitglied, d. i. einen constitutions-

mäßigen Antheil. Diese Theilnahme bezielte jedoch nur seine Qualität als ein Theil des Deutschen Reichsverbandes, oder der Germanischen Union. Die Französische Republik negociirte zu Rastadt mit der Reichs-Friedensdeputation, als Geschäftsträgerin des Deutschen Reichs, wie ein Ganzes — wie einen Staat — betrachtet. Sie unterhandelte aber mit Kurbraunschweig, als besondere, selbstständige und kriegsführende Macht, nie und auf keine Art. Mit Hannover, als Puissance betrachtet, geschah von Seiten Frankreichs nicht einmal eine Annäherung zu einem Separat-Friedensschluß.

Wer übrigens eines politischen Tacts irgend fähig war, konnte es der Friedensunterhandlung zu Rastadt bald ansehen, daß sie keinen glücklichen Ausgang gewinnen würde.

So wenig Großbritannien die ungeheuere Vergrößerung der Französischen Landmacht mit gleichgültigen Augen ansah, und daher alles anwandte, um einen Continent-Krieg in erneuerte Thätigkeit zu bringen, so sehr bemühte sich Frankreich, Großbritannien die Alleinherrschaft zur See und im Handel streitig zu machen. Man nahm daher zu Paris die Ausführung eines kühnen Plans zur Hand, der dahin ging, England in seiner Geldgrube — in Ostindien, in diesem goldnen Grabe des schönen Britischen Charakters —

welches Englands Fall mehr, als eine Französische Landung befördern möchte, anzugreifen. Um diesen großen Entschluß auszuführen, eroberte der kühne und glückliche Bonaparte zu einer Zeit, wo Frankreich Großbritannien und Irland mit einer Landung bedrohte, Malta und Egypten. Der Rastädter Friedens-Congreß endigte sich, zur Schande von Deutschland, mit der Mordscene des Französischen Friedensbothschafters, und der zweite Coalitions-Krieg auf dem festen Lande nahm seinen Anfang.

8.

Ende des zweiten Coalitions-Krieges gegen Frankreich durch den Luneviller Frieden. Hannover macht mit Frankreich keinen Frieden.

Er hatte, obgleich Rußland einen sehr thätigen Antheil an demselben nahm, keinen bessern Fortgang, als der erste. Nach den für Frankreich glücklich ausgefallenen Schlachten bei Marengo und Hohenlinden, mußte der Deutsche Kaiser endlich auf die Erhaltung seiner selbst und der Oestreichischen Monarchie Bedacht nehmen. Der König von Ungarn und Böhmen schied daher aus einem Kampfe, den er nur zu lange für das Interesse von Großbritannien übernommen

hatte. Der Luneviller Friede, welchen der Deutsche Kaiser für sich selbst, als König von Ungarn und Böhmen, und im Namen des heiligen Römischen Reichs mit der Französischen Consular-Republik schloß, kam am 9ten Februar 1801 zu Stande, und ward demnächst respektive am 7ten und 9ten März 1801 zum Reichsfrieden mit Frankreich erhoben. Er war sowohl für das ganze Deutschland, als für alle einzelne Mitglieder der desselben, insoferne sie als Theile der Deutschen Union (Reichsverband) angesehen werden müssen, und nicht, als besondere Europäische Mächte betrachtet werden können, geschlossen. So wenig der Kurfürst von Braunschweig dem Baseler Frieden und seinen daraus gefolgten Stipulationen freiwillig und ausdrücklich beigetreten war, eben so wenig machte Kurhannover, selbst nach dem, vom Kaiser und Reich ratificirten Luneviller Frieden, einen besondern Friedensschluß mit der Französischen Republik, so sehr er doch nöthig und rathlich war, wenn man sein Augenmerk darauf richtete, daß sich Kurbraunschweig, als selbstständiger Staat (Puissance), in einen besondern Angriffskrieg gegen die Französische Nation verwickelt befand (4 u. 5.). Allein wie konnte derselbe Mann, als Regent der Hannöverschen Staaten, mit Frankreich

einen Frieden schließen, der, wie der König von Großbritannien, behauptete, daß es gar nicht möglich sey, mit dem Chef der Französischen Republik einen Friedensvertrag einzugehen?

Der Hannövrerische Staat versuchte nicht einmal einen Friedensschluß mit Frankreich einzugehen, und die Annahme eines Kurbraunschweigischen Gesandten in Paris zu bewirken. Diese Unterlassung ist der erste, in den neuesten Zeiten von der Hannövrerischen Regierung begangene Fehler. Sie beweiset, daß die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen, seit der Regierung Georg des Dritten, und nach den Vorgängen, welche im ersten Pariser Frieden (1) und in dem Nordamerikanischen Revolutionskriege (3) zu Tage liegen, als eine Englische Dependenz, der That nach, angesehen worden sind. Mit dem Lüneviller Friedensschlusse hörte die bewaffnete Neutralität vom nördlichen Deutschlande auf, und der Regent der Kurbraunschweigischen Staaten und sie selbst blieben nunmehr ihrem eigenen Schicksale überlassen.

Coalition des Norden in der Petersburger Convention gegen Großbritannien. Preußen rettet das Hannoversche zum dritten mal. Friede zu Amiens. Hannover beendet seinen Kriegeszustand gegen Frankreich nicht.

Der zweite Coalitions-Krieg gegen Frankreich auf dem festen Lande beendet sich durch den Abschluß des Lüneviller Friedens, der Frankreich ein entscheidendes Uebergewicht auf dem festen Lande und besonders, in Ansehung des südlichen Deutschlands, zugesichert hat. Große Europäische und kleine Deutsche Staaten schloßen besondere Friedenstractate mit der Französischen Republik, *) nur nicht Hannover. Großbritannien hatte unterdessen durch die Vertilgung des Tippu — durch die Eroberung von Mysore, und durch die erfolgte Absetzung des Nabobs von Karnatick, eine beinahe so entscheidende Oberherrschaft auf der Küste zu Malabar und Koromandel, als in Bengalen erhalten, und dadurch einen ungeheuren Reichthum an Ländern im Orient, an Indischem Golde und an Geldezwertth gewonnen.

*) G. de Martens Recueil des principaux Traités etc, Tom. VII. pag. 472 — 483 et pag. 513.

In diesem Zustande blieb es auf dem Kampfplatze gegen Frankreich, in dem vollen Gefühle seiner Stärke, allein stehen. Dadurch ward es aber auch in seinen Anmaßungen zur See und im Handel immer übermüthiger. Großbritannien wollte, wie sich das Berliner Kabinetsministerium ausdrückte, von seinen unleidlichen Forderungen gegen andere befreundete und neutrale Staaten schlechterdings nicht zurücktreten, da die Britische Regierung den kaufmännischen Geist der Engländer zu einem merkantilen Schwindel zu exaltiren verstand. Das Kabinett zu St. James beleidigte folglich alle neutrale See- und Seehandlungstreibende Mächte auf das empfindlichste. Es umwandelte auf diese Art die ehemaligen eifrigsten Feinde Frankreichs in seine thätigsten Freunde. Der Kaiser Paul der Erste von Rußland ward in der, zwischen Dänemark, Schweden, Rußland und Preußen geschlossenen Petersburger Convention vom 16ten December 1800 das Oberhaupt der nordischen Coalition gegen Großbritannien. Ihre Basis war dieselbe, wie sie in der Russischen Declaration vom 28ten Febr. 1780 im Nordamerikanischen Freiheitskriege bereits angegeben worden ist. Die Gründe zu ihrer Eingehung sind in der Note des Preussischen Kabinetts-Ministerii an den Englischen Gesandten

zu Berlin vom 12ten Februar 1801 aufs gründlichste auseinandergesetzt worden. *)

Nach dem Inhalte dieser nordischen Uebereinkunft, sollte den Engländern der Zugang zu dem festen Lande mit ihren Colonialproducten und Manufacturwaaren verschlossen seyn. Man hatte die Absicht, auf diese Art Großbritannien in England selbst zu überwinden, und es solchergestalt zur Mäßigung zurück zu führen. Da auch am Tage lag, daß Kurbraunschweig, als besondere Macht betrachtet, sich noch immer mit Frankreich in einem Kriegszustande befand — da ferner Preußen nicht gleichgültig seyn konnte, ob die Franzosen oder die Russen einen festen Fuß im nördlichen Deutschland fassen — da die Vortheile der bewaffneten Neutralität des nördlichen Deutschlands und die Nachtheile der Entfernung von diesem politischen Systeme in Berlin zu lebhaft gefühlt wurden, da andere an das Hannöversche grenzende Staaten durch Kurbraunschweig nicht leiden konnten, und da endlich bei dem menschenfreundlichen Könige von Preußen ein gerechtes Mitgefühl für

*) S. officielle Korrespondenz zwischen dem Preussischen Ministerium und dem Englischen Gesandten zu Berlin, über die zu St. Petersburg am 16ten December 1800 unterzeichnete Convention. S. 56 u. 57.

das Schicksal der, an Großbritannienischen Fehden unschuldigen benachbarten Kurbraunschweigischen Unterthanen erregt worden war; gleich wie der große König Friedrich der Zweite im siebenjährigen Kriege, nach seinem eignen Zeugnisse, *) das benachbarte Volk der Kursachsen, als unschuldig an den Beleidigungen, welche sein Regent veranlassen hatte, bemitleidete, so bestand der Theil der Verpflichtungen, welchen der König von Preußen in der Petersburger Convention vom 16ten December 1800 übernahm, darin:

nicht allein die Mündungen der Elbe, der Weser und der Ems den Engländern zu verschließen, sondern auch zugleich sämtliche, dem Könige der vereinigten Reiche von Großbritannien und Irland, als Kurfürsten von Braunschweig = Lüneburg zuständige und in Deutschland gelegene Staaten in Besitz zu nehmen.

In Gemäßheit der Hannoverschen Regierungsverwaltungs = Urkunde vom 29. August 1714, **) nach welcher der König von Großbritannien, als

*) G. Frederic II. Roi de Prusse Oeuvres posthumes a. a. O. Tom. I. pag. 193.

**) G. Spittler Geschichte des Fürstenthums Hanno-

Kurfürst von Braunschweig, bei seiner beständigen Abwesenheit von seinen Deutschen Erbstaaten, die Regierung derselben dem geheimen Rathscollegio und dem Generalcommando zu Hannover übergeben hat, sandte der König von Preußen seinen General der Kavallerie und Staats-, Kriegs- und Cabinets-Minister, den Grafen von der Schulenburg Kehnert, eigends nach Hannover ab. Dieser mußte dem Hannöverschen geheimen Rathscollegio und dem Generalcommando der Kurbraunschweigischen Truppen, die bekannte merkwürdige Declaration des Berliner Cabinetsministerii vom 30sten März 1801 einhändigen, beiden die darin enthaltenen Anträge bekannt machen, und von ihnen einen Revers begehren, welcher auch, bekanntermaßen, von den sämtlichen Kurbraunschweigischen Staatsministern und von dem Hannöverschen Feldmarschall, Reichsgrafen von Wallmoden-Gimborn, am 3ten April 1801 ausgestellt worden ist. *) Die Königlich Preussischen Truppen rückten hierauf, 24000 Mann stark, in die Kurbraunschweig

ver, 2ter Theil in den Beilagen Nro. XIII. S. 122, 123, 124, 125, 126 und 132.

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1801. No. 56.

gischen Staaten, ruhig ein, nachdem sich der jüngste Sohn des Königes von England von Hannover entfernt hatte. Der Hannöversische Gesandte zu Berlin verlor seine diplomatische Eigenschaft am Preussischen Hofe, und alles trat im Hannöversischen nach der Vorschrift des Berliner Hofes ein. Das Land kam unter Königlich Preussische Administration. Selbst die Posten und die Besitzungen, welche Kurbraunschweig auswärts hat, sollen für Preussische Rechnung verwaltet worden seyn. *)

Es scheint aus der, von dem Könige von Preußen den Kurbraunschweigischen Geheimen Räten und dem Generalcommando zu Hannover am 30ten März gegebenen Erklärung und aus dem, von beiden höchsten Hannöversischen Landesbehörden, den 3ten April 1801, ausgestellten Reverse zu erhellen, daß die Kurbraunschweigischen Staaten, wenn der Grund desjenigen, was, rücksichtlich ihrer, im Jahr 1801 geschehen ist, nicht darin gefunden werden müsse, daß Kurbraunschweig sich noch im Jahr 1801 mit der Französischen Republik in einem Kriegszustande befunden, und daß es das Nöthige zu thun un-

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1801, No. 55.

terlassen habe, um diesen zu beendigen, durch den, seinem ganzen Inhalte nach, eben vorgetragenen Fall, beinahe von allen Europäischen Mächten, für eine Englische Dependenz anerkannt und durch die That selbst erklärt worden sind.

Der Deutsche Kaiser und das heilige Römische Reich, blieben bei dem, in Ansehung der Kurbraunschweigischen Reichslande eingetretenen Vorgang völlig gleichgültig. Es geschah für sie nichts. Vermuthlich aus dem Grunde, weil Kurbraunschweig, sobald es über seine reichsverbandliche Schuldigkeit gehandelt hatte, und daher als eine Europäische Puissance betrachtet werden müsse, sich vergebens auf die Deutschen Reichsgrundgesetze bezogen haben würde, indem die reichsverbandliche Hülfe, nach ihrer Natur und nach ihrem Wesen, nur alsdann eintreten und von einem Deutschen Reichsfürsten reclamirt werden kann, wenn er sich innerhalb der Grenzen der Deutschen Union verhält und nichts thut, was im Stande ist das Deutsche Reich in eine, dasselbe nichts angehende Streitigkeit zwischen zwei Europäischen Mächten, zumal wenn sie nicht Deutsche sind, zu verwickeln. Die Besetzung der Kurbraunschweigischen Staaten durch die Königlich Preussischen Truppen verursachte den Hannöversischen Unterthanen einen großen Kostenaufwand und eine sehr ansehnliche Vermeh-

rung ihrer, ohnehin schon beträchtlichen Landes-
 Schulden. Wer jenen zu vergüten und diese zu
 bezahlen schuldig sey? Diese Fragen sind beim
 Tribunal der öffentlichen Meinung zur Sprache
 gekommen und auf eine sehr verschiedene Art be-
 antwortet worden. *) Man hat jene Kosten auf
 das Land gelegt und behauptet, daß die Engli-
 sche Nation sie den Kurbraunschweigischen Unter-
 thanen vergüten müsse. Diese Behauptung legt
 nach den Beispielen des siebenjährigen Krieges,
 das Resultat dar, daß die Hannoveraner wegen
 der Kosten der Preussischen Occupation ihres Va-
 terlandes nie entschädiget werden sollen. Die
 im Jahr 1798 angeordnete Landesdefensions-
 Steuer ward daher stillschweigend verlängert. Die
 Kurbraunschweigischen Unterthanen zahlen sie noch
 gegenwärtig, ohne Mitleidenheit des Kurfürsten
 von Braunschweig, und werden wohl noch lange
 an den vielen Millionen Landesschulden zu zahlen
 haben, welche ihnen im Jahr 1801, wegen des
 Großbritannischen kaufmännischen Interesses,
 aufgebürdet worden sind.

So tadelfrei der Befehlshaber der ins Han-
 növerische eingerückten Königlich Preussischen

*) S. Deutsche National-Zeitung vom Jahr 1801. No.
 23. S. 455 — 458. und No. 36. S. 782 — 787.

Truppen der General-Lieutenant von Kleist und diese selbst sich betragen haben, so unartig war das Benehmen der Kurhannöverischen Regierungs-Mitglieder, des Adels, und mancher Kurbraunschweigischer Officiere in der Residenzstadt Hannover gegen den Königlich Preussischen Occupationscommissarium. Die Besetzung der Kurbraunschweigischen Lande durch die Königlich Preussischen Truppen machte aber vorzüglich einen sehr lebhaften Eindruck auf die, in ganz Deutschland bekannte regierende Hannöverische Secretarien-Regierung. Ihre Bemühungen sind seit dieser Zeit ganz leidenschaftlich dahin gegangen: einen ähnlichen Vorgang aus allen Kräften zu hintertreiben; sollte selbst daraus eine Französische Occupation des Hannöverischen erfolgen. Diese wäre, nach ihrer Meinung, nur ein vorübergehendes Ereigniß; aus jenem könne aber für sie eine fortdauernde Störung ihrer Regentenschaft auf die eine oder die andere Art erfolgen. Man ließ es sich daher eifrigst angelegen seyn, den Kurbraunschweigischen Unterthanen alles dasjenige was Preussisch ist, aufs äußerste verhaßt zu machen. Während der Preussischen Occupation der Hannöverischen Staaten, die in der That nichts anders als ein wohlthätiger Schutz gegen eine Russische oder Französische Eroberung derselben ausmachte, und von

den Kurbraunschweigischen Unterthanen billig aus diesem einzig richtigen Gesichtspuncte hätte angesehen werden sollen, blieb der Wohlstand des Hannöverschen Landes in stetem Wachsthum? Preußen ward also zum drittenmal, wie im siebenjährigen Kriege und im Jahr 1796, gegen den Willen der Hannöverschen Regierung, der Retter dieses Staats und der eigentliche Beförderer seines Nationalreichthums.

Mit dem, am 23ten März 1801, erfolgten Tode des Russischen Kaisers Paul des Ersten lösete sich die nordische Coalition, wie es mit allen großen Coalitionen unabhängiger Reiche bisher gegangen ist, gar bald von selbst auf, weil die Handlungsbilanz zwischen England und Rußland bekanntlich zum Vortheil dieses Reichs ausfällt; mithin Rußland Großbritannien nie entbehren kann, und weil die concentrirte Execution des nordischen Bundes gegen Großbritannien den ganzen Handel der Neutralen mit beiden kriegsführenden Mächten aufgehoben haben würde; daher er in sich selbst hätte zerfallen müssen. *) Das Hannöversche Ministerium nahm von den gänzlich veränderten Umständen die Veranlassung her, in einer, vom 14ten Jun. 1801 datirten,

*) S. Holst Ueber die bisherige allgemeine Sperre des Hamburgischen Handels. S. 8 und 9. (1801)

und dem Königlich Preussischen geheimen Directorialrath von Dohm zugestellten Note darauf anzutragen, daß der König von Preußen keinen Aufschub nehmen möchte, seine Truppen aus den Königlich Großbritannischen Deutschen Landen zurück zu ziehen. *) Diese Note bewirkte jedoch den beabsichtigten Zweck keinesweges. Die Königlich Preussischen Truppen blieben nach wie vor im Hannöverschen liegen, obgleich die Regierung dieses Landes durch eine, die Desertion derselben auf ihrem Rückmarsch betreffende Verordnung vom 2ten Septemb. 1801 die Hoffnung erregt hatte, daß die, unter Allerhöchster landesherrlicher Auctorität in einem Theile der Königlich Großbritannischen Deutschen Lande einstweilen aufgenommenen Königlich Preussischen Truppen, wie der Eingang dieser Verordnung, sonderbar genug — ganz in dem stolzen Ton der Hannöverschen regierenden Secretarien-Regierung — lautet, **) die Kurbraunschweigischen Staaten verlassen würden.

Die Association der nordischen Mächte — die Besetzung der Kurbraunschweigischen Staaten durch

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1801.

**) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1801, No. 149.

die Preussischen Truppen, und die Fortdauer der Occupation des Hannöverschen hatten inzwischen sowohl auf Großbritanniens Handlungsgeist, als auf den König der vereinigten Reiche Großbritannien und Irland und dessen Familie einen sehr lebhaften Eindruck gemacht. Die Deutschen Erbstaaten, wovon sich der Britische Minister Pitt, nach einer consequenten Politik, los machen wollte, die aber der König von England und der Prinz von Wallis nicht einmal, zur Einführung einer Secundogenitur, fahren zu lassen gesonnen waren, und die weise Toleranz des ersten Englischen Staatsbeamten gegen die katholischen Irländer, welche gegen die religiösen Begriffe des Britischen Monarchen angingen — beide Ursachen veranlaßten zuerst eine Kälte, und demnächst eine Entfernung zwischen dem König von England und seinem energischen Minister. Da dieser in seinen Meinungen nicht zu beugen war, und er seinen, durch die Fortsetzung des Krieges nur zu erreichenden großen Plan, welcher auf die feste Begründung der Allgewalt der Britten zur See und auf die größte Ausdehnung ihres Handels abzielte, wodurch er die ungeheuere Vermehrung der, in dem Französischen Revolutionskriege gemachten Englischen Nationalschuld unschädlich zu machen hoffte, nicht aufgeben wollte, so endigte sich

seine ministerielle Eigenschaft, wie die seiner Vorgänger, sobald sie dem Hofe zu St. James mißfällig geworden waren. Diese Beendigung war aber sehr verschieden von allen vorhergehenden Veränderungen des Großbritannischen Ministerii. Pitt blieb eigentlich die Seele des neuen Rathes des Großbritannischen Monarchen. Dennoch erfolgten durch das neue Britische Ministerium, welches man das Addingtonsche nennt, Annäherungen zwischen Großbritannien und Frankreich zu einem Frieden. Die Präliminarien zu demselben wurden zu London den 1sten Octob. 1801 gezeichnet, *) und nun schickten sich die Preußen erst an, das Hannöversche zu verlassen, welches von ihnen noch vor Weihnachten 1801 geräumt ward. Jener Friedenspräliminarien ungeachtet, ward von Kurbraunschweig kein besonderer Friedensschluß mit Frankreich unterhandelt. Auch ging eben so wenig ein Hannöverscher Gesandter nach Paris. Diese Unterlassungen machen den zweiten diplomatischen Fehler aus, welchen das Kurbraunschweigische Staatsministerium seit der Regierung Georg des Dritten in den neuesten Zeiten begangen hat. Dagegen ward aber eine Kurbraunschweigische Gesandtschaft, in den Perso-

*) S. National-Zeitung der Deutschen vom Jahr 1801. 43tes Stück. S. 938 und 939.

nen des Hannoverschen Kammerraths, Grafen von Münster und des Legationsraths Tatter, an den Russischen Hof nach St. Petersburg ernannt. Dieses Gesandtschafts = Personale mußte im Septemb. 1801 zuvörderst nach London kommen, und dort empfing es seine Instruction. Diese Kurbraunschweigische Gesandtschaft ward noch vor dem Ablauf des Jahrs 1801 bei dem dortigen Kaiserlichen Hofe accreditiret. Der Definitiv = Friedenstractat zwischen der Französischen Republik, dem Könige von Spanien und der Batavischen Republik auf der einen, und dem Könige der vereinigten Reiche Großbritannien und Irland, auf der andern Seite, ward am 25ten oder 27ten März 1802 zu Amiens geschlossen und unterzeichnet. Diesen Friedensschluß hat jedoch der König Georg der Dritte, als Kurfürst von Braunschweig, nicht eingegangen. Es ist in dem Friedensinstrumente dieser seiner Eigenschaft eben so wenig Erwähnung geschehen, als daß darin von des Königes von England Deutschen Staaten irgend ein Wort vorkommen sollte. *) Sie scheinen bei den Friedensunterhandlungen zu London und Amiens ganz verges-

*) S. den Hamburgischen unpartheißen Correspondenten vom Jahr 1802, Bd. 54.

sen worden zu seyn, ob es gleich dem Kurfürsten von Braunschweig, in seiner Eigenschaft eines Königs von Großbritannien, ein Leichtes gewesen wäre, in den Friedenspräliminarien zu London und in dem Friedensschlusse zu Amiens, die Acquisition des Hildesheimischen und des Osnabrückischen, zur Einverleibung in seine Deutschen Staaten, ohne allen Verlust eines Theils derselben, zu stipuliren, und dem diplomatischen Grundsatz eine unbestrittene Gewißheit zu verschaffen, daß die Deutschen Staaten des Königs von England in jedem Kriege zwischen Frankreich und England, als ganz verschieden von seiner Großbritannischen Krone, angesehen werden sollten, sobald sich nur der Kurfürst von Braunschweig innerhalb der Grenzen einer strengen Neutralität verhielte. Nichts wäre leichter gewesen, als diese beiden für das Hannöversche äußerst wichtigen Punkte zu erhalten; denn dem ersten Consul der Französischen Republik war und mußte an einem Frieden mit England alles gelegen seyn, weil seine damalige politische Existenz davon wesentlich abhing. Daß die Berücksichtigung der eben bemerkten zwei wichtigen Punkte unterlassen worden ist, macht den dritten und Hauptfehler aus, welchen das Kurbraunschweigische Staatsministerium zu London und Hannover, seit der Regierung Georg des

Dritten gegen dessen Deutsche Staaten begangen hat. Er ist lediglich darin zu finden, daß die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen, nachdem ihnen eine jede, durch ihre legitime Repräsentanten — den Hannöberischen Landständen auszuübende Mitwirkungs-Befugniß zu Krieg und Frieden entnommen worden ist, *) für eine Dependenz der That, ja den Worten **) nach erklärt worden sind, ob sie es gleich, in Gemäßheit der Theorie, nicht seyn sollten. Großbritannien endigte auf die, in dem Friedenstractate zu Amiens ausgemachte Art einen Krieg, in welchem es zwar seine Nationalschuld unendlich vergrößert hatte; dagegen aber Herr der Meere und des Handels geworden ist, und eine ungeheurere Macht im Orient und unschätzbare Reichthümer aus Indien gewonnen hat. Es sind also die Quellen, um die Zinsen der Britti-

*) S. die bei Häberlin: Ueber die Rechtsache des Herrn Hofrichters, auch Land- und Schatzraths von Berlepsch S. 68, 70 und 71 angezogenen Hannöberischen Regierungs-Rescripte vom 16. May 1793 und vom 14. Febr. 1794.

**) S. das Königlich Großbritannische und Kurfürstlich Braunschweigische Immediat-Rescript vom 2. Dec. 1796 in Häberlin Staatsarchiv 18tes Heft, S. 155 und 156.

schen Nationalschuld zu erhalten; noch zur Zeit in Großbritannien vorhanden. Sie werden auch so lange existiren, als das entschiedene Uebergewicht der Englischen Nation zur See und die Ausdehnung des Britischen Handels solchergestalt bleiben, wie sie jetzt sind. Möge Großbritannien durch die ungleiche Vertheilung seines, größtentheils aus dem Orient erworbenen Reichthums und durch die, nach aller Wahrscheinlichkeit bevorstehende Veränderung des Systems aller von Europa abhängenden Colonien den Keim seiner Zerstörung nur nicht in der Folge in sich selbst finden, und auf diese Art Indien durch die Zeit, welche öfters mehr als die Menschen thut, für die Grausamkeiten eines Lord Clive und eines Hastings *) gerächt werden.

IO.

Angabe des Bewegungsgrundes, warum Großbritannien den Frieden zu Amiens geschlossen hat.

Obgleich die, von Großbritannien in dem Französischen Revolutionskriege errungenen wichtigen Vortheile zur See und im Handel klar zu

*) S. Seidel a. a. D. 3. Abtheilung 1. Kap. S. 76 und 77.

Lage lagen, und obgleich in dem Frieden zu Amiens die, für die Englische Marine und den Brittischen Handel sehr günstige Insel der Dreifaltigkeit und der noch wichtigere Hafen zu Trinkonomale auf der Insel Ceylon *) gewonnen waren, womit die ungeheueren Kriegskosten des beendigten Krieges zwischen England und Frankreich, und die dadurch für die Brittische Nation unermesslich vermehrte Nationalschuld billig bilanciret werden müssen, so waren dennoch die Meinungen über den Vortheil oder den Schaden des Friedens zu Amiens für England in dem Großbrittannischen Parlamente sehr getheilet. Diese Verschiedenheit war jedoch bloß anscheinend, sobald man sich bemühet die Schlußfolge zu erforschen, nach welcher Großbrittannien mit Frankreich einen Frieden machte, und in Gemäßheit derselben den, von der Brittischen Regierung auf die Erneuerung des Krieges abzielenden Beschluß abstrahiret, welcher bei diesem Frieden von ihr schon vorläufig genommen war, und nach der politischen Lage der vereinigten Reiche von Großbrittannien und Irland nothwendig genom-

*) S. Branth Betrachtungen über den Einfluß des allgemeinen Friedens auf den Brittischen Handel S. 54 und 113.

men werden mußte, wenn man die innern und äußern Verhältnisse derselben vor Augen hat.

In Gemäßheit der Erfahrung, welche die Geschichte der Römischen Republik darbietet, wie sie zu der Regierung der Imperatoren überging, glaubte man in England, durch die Eingehung des Friedens zu Amiens, mit Frankreich ein politisches Experiment zu machen. Man war der Meinung, daß, sobald die Aufmerksamkeit des regsamen Französischen Volks von auswärtigen Gegenständen abgeleitet und die ungeheuere Masse seiner Streiter in Frankreich concentrirt wäre, die Französischen Generale der ersten Ordnung das Bild der Römischen Republik erneuern würden, als die Freiheit der Römer zu Grabe getragen war. Alsdann mußten, schloß man weiter, innere Unruhen in Frankreich entstehen — diese es von neuen in verschiedene Partheien theilen — Bürgerkriege dasselbe zerreißen — diese inneren Zerrüttungen seine Schwäche in Finanzrückzicht vermehren — beides dem Aufkommen der Französischen Marine hinderlich seyn, und seinen gelähmten Handel gänzlich zerstören. Würden sich diese Resultate in einer dauernden Festigkeit zeigen, so bliebe Großbritannien's Uebergewalt zur See und in seinem Handel entschieden gegründet. Um die Erhaltung beider Zwecke zu sichern, und um Ostindien zu decken, mußte Malta in

den Händen von Großbritannien bleiben, *) damit das Mittelländische Meer auf der einen Seite eben so gut geschlossen bliebe, als es Großbritannien auf der andern, durch den Besitz von Gibraltar, zu schließen im Stande sey. Unter diesen Voraussetzungen könnte es seine ungeheueren Abgaben, deren fortbauernde Zahlung eine Ausdehnung des Englischen Handels, wie er im Kriege war, schlechterdings verlange, aufbringen, und dadurch die Folgen desselben, in Ansehung der Besteuerung der untersten Volksklassen in England, wieder gutmachen. Sollten sich nun die eben angegebenen Voraussetzungen, als ein richtiger politischer Calcul zeigen, so bliebe Großbritannien mit Frankreich im Frieden. Würden sie sich aber, als unrichtig berechnet darlegen, so müßte England den Krieg gegen Frankreich erneuern, damit die Französische Marine nicht wieder aufkäme, und der Französische Handel in seiner bisherigen Unbedeutsamkeit verbliebe.

Nach diesem Plan würde zu verfahren seyn. Auf diese Art vertrage die Englische Ma-

*) Die Wichtigkeit von Malta für Großbritannien ist von George Orr. Esq. gezeigt worden. S. das Journal Minerva vom Jahr 1803, May-Stück S. 194—210.

tionalschuld eine noch stärkere Ausdehnung — der Nationalcredit sey solchergestalt durch die fortwauernde Ohnmacht Frankreichs zur See und im Handel gesichert — diese politische Abzehrung die idealische Hypothek jener, sonst unzählbaren Schuld und das sicherste Mittel, den Großbritannischen Nationalbankerot zu verhindern.

Es ist, nach allen diesen Rücksichten, kein zu gewagtes Urtheil, wenn man behauptet, daß das Großbrittannisch Abbdington-Pittsche Ministerium beim Friedensschlusse zu Amiens die Erneuerung des Krieges gegen Frankreich schon vorläufig beschlossen gehabt habe, sobald sich nämlich Bonapartes Regierung als eine solche zeigen würde, die Stärke genug hätte, um die tiefen Wunden der Französischen Revolution zu heilen. Jene Meinung gewinnt einen desto größeren Grad der Wahrscheinlichkeit, wenn man bedenkt, daß der erste Schritt, welchen der König von England und das Großbrittannische Parlament, nach der Unterzeichnung des Friedensschlusses zu Amiens, thaten, in der decretirten Nothwendigkeit bestand, armirt zu bleiben. Diesemnach wird man sich nothwendig überzeugen müssen, daß der Frieden zu Amiens nichts anders, als ein politisches Experiment gewesen sey, um die Festigkeit der Regierung des ersten Consuls der Französischen Republik zu prüfen,

und daß er folglich nur als ein Waffenstillstand angesehen werden müsse.

II.

Kurbraunschweigisches politisches Betragen nach dem zu Amiens geschlossenen Waffenstillstande, und vorzüglich bei dem im Hauptschlusse der außerordentlichen Reichsdeputation vom 25. Febr. 1803 angeordneten Provinzenwechsel in Deutschland.

Nach dem Abschlusse des Friedens zu Amiens, oder richtiger, des zwischen England und Frankreich getroffenen Waffenstillstandes, welche Ansicht das Kurbraunschweigische Staatsministerium, der Folgen wegen, billig äußerst besorgt, und daher zur Entfernung derselben sehr vorsichtig und thätig hätte machen sollen, blieb es bei seinem, die Hannöverschen Unterthanen gar nicht sichernden Betragen. Es suchte keine besondere Friedensübereinkunft mit Frankreich zu treffen. Kein diplomatischer Agent ward von Hannover nach Paris gesandt, um hier das Kurbraunschweigische Staatsinteresse wahrzunehmen, so wenig ein solcher bei der Großbrittannischen Krone zu dem eben angezogenen Zweck je accreditirt gewesen ist. Alle Vertheidigungsanstalten der Kurbraunschweigischen Staaten wurden völlig unterlassen. Das Hannöversische Militär ward ver-

ringert und auf den höchsten Friedensfuß gesetzt. Ja, was ganz unerklärbar ist, das Kurbraunschweigische Gouvernement verabsäumte nicht nur mit seinem nächsten, mächtigen und daher schützen könnenden Nachbar, dem Könige von Preußen, das Band einer Defensions-Verbindung anzuknüpfen, sondern es betrug sich sogar gegen denselben bei einem wichtigen Vorgange, nämlich bei der Bestimmung des Bisthums Hildesheim, zu einem Theile der Preussischen Entschädigung, und bei einem weit unwichtigeren Ereignisse, welches in der Anschlagung des Preussischen Adlers an den Stiftsgebäuden zu St. Peter in dem, in dem Fürstenthum Göttingen gelegenen Flecken Mörten, bestand, solchergestalt, als wenn man Hannoverischer Seits sein Uebergewicht dem König von Preußen fühlen zu lassen im Stande wäre. Noch unbegreiflicher blieb es, daß das Hannoverische Ministerium bei der, in dem Luneviller Frieden ausgemachten Entschädigung der Deutschen Erbfürsten durch die Secularisation der geistlichen Staaten in Deutschland, wessfalls, unter der Vermittelung Frankreichs und Rußlands, eine außerordentliche Reichsdeputation angeordnet war, nicht dafür sorgte, daß eine solche politisch-publicistisch = militärische Vertheidigungslinie um die Kurbraunschweigischen Staaten gezogen ward, welche es den Franzosen, wo nicht gänzlich un-

möglich machte; doch ihnen die Möglichkeit sehr erschwerte, ins Hannöverische zu bringen. Zur Erreichung dieses Zwecks hätte die Kurbraunschweigische Regierung es bei der Regulirung der Entschädigungs-Angelegenheit der Deutschen Erbfürsten durch eine geschickte Unterhandlung in die Wege leiten müssen, daß alle äußerste Grenzen des Westphälischen Kreises Preussisch geworden wären. Anstatt nun, daß das Hannöverische Ministerium alles hätte aufbieten sollen, um zu bewirken, daß dieser Reichskreis, auf die eben angegebene Art, gegen eine Französische Invasion ins Hannöverische, wozu Ösnabrück in der Folge gehören sollte, geschlossen worden wäre, und daß die Kurbraunschweigischen Staaten durch die vorliegenden Preussischen Lande eine mächtige, sie schützende Vormauer bekommen hätten, geschah eben das Gegentheil von demjenigen, was der Hannöverischen Regierung nach einer gesunden Politik, zu veranlassen, unstreitig oblag. Es ward von Frankreich und Rußland in dem Westphälischen Kreise eine Vertheilung, zur Entschädigung der Deutschen Erbfürsten, angeordnet, nach welcher der Herzog von Arenberg im niederen Theile des Bisthums Münster, das Amt Meppen und die Stadt Meppen und Hase-lüne, samt sechzehn Kirchspielen und im obern Theile von Münster die Grafschaft Recklinghausen,

der Herzog von Croy in Obergmünster, die Reste des Amtes Bevergen, der Fürst von Salm, die Aemter Bochholt und Alhaus, und die Rheingrafen von Salm, die Reste des Amtes Horstmar erhielten. *) Durch diese Einrichtung und Vertheilung ward den Franzosen auf beständig eine Marschroute vorgezeichnet, um in die Kurbraunschweigischen Staaten zu dringen, ohne daß sie die Territorien größerer Reichsstände und namentlich das Preussische irgend zu berühren brauchten.

Daß die Hannöversische Regierung das eben angegebene Resultat nicht entfernt habe, dessen Richtigkeit durch die Zeitfolge genugsam bestätigt worden ist, macht den von ihr gegen die Kurbraunschweigischen Unterthanen begangenen vierten Fehler aus.

12.

Ausbrechender neuester Großbritannienischer Krieg gegen Frankreich.

Mitlerweile, daß Frankreich, in Verbindung mit Rußland, über Deutschlands Staaten entschied, fing jenes Reich an, seine Marine her-

*) S. den Hauptschluß der außerordentlichen Reichsdeputation vom 25ten Februar 1803, §. 3.

zustellen, — sein Handel nahm zu — er bedrohte den Großbrittannischen mit einer nicht unbedeutenden Concurrenz — Frankreich suchte Großbritanniens Handel zu untergraben, und seine Plane auf die Englischen Besitzungen im Orient vorzubereiten. Alle diejenigen Voraussetzungen, unter welchen Großbrittannien den Amiensschen Waffenstillstand geschlossen hatte, (10) traten nicht ein — die Bonapartistische Regierung bekam eine Festigkeit, welche man ihr zu London nicht zuge-trauet hatte, und sie proclamirte feierlichst den Grundsatz:

„daß Großbrittannien kein Recht hätte,
 „sich über das Verfahren Frankreichs zu
 „beschweren, oder sich in die Proceuren
 „desselben in irgend einem Punkt zu mischen,
 „welcher nicht einen Theil der Stipulationen
 „des Tractates von Amiens ausmachte.“

Alle diese Ursachen, welche das wichtigste Interesse von Großbrittannien betrafen, bewirkten bei der Englischen Regierung den Entschluß, ihre Waffen von neuen gegen Frankreich zu kehren. Diese Absicht konnte für den Politiker und selbst für den denkenden Kaufmann, wenigstens in Petersburg, kein Geheimniß mehr seyn. Die Engländer machten nämlich, im Anfange des Jahrs 1803, in Rußland sehr ansehnliche Geschäfte für die Großbrittannische Marine und es

waren daher die Englischen Wechsel in Rußland schon im Januar g. J. in sehr starken Umlauf. Eine am 8ten März 1803 von dem Könige der vereinigten Reiche Großbritannien und Irland an das Britische Parlament erlassene Botschaft, kündigte der That nach, die Initiative des Krieges in demjenigen gesetzten Tone an, worin der Regent eines mächtigen und unabhängigen Volks reden mußte, das sich durch die Friedensworte des Chefs eines Staats nicht einschläfern lassen wollte, der nur Zeit zu gewinnen suchte, um seinen großen Plan gegen England auszuführen. Der erste Consul der Französischen Republik wandte dagegen alles an, um einen Bruch mit Großbritannien zu vermeiden. *) Seine Bemühungen waren aber vergebens. Es war nämlich für England die Frage des Seyns, oder Nicht = Seyns entstanden. Der Krieg ward also von Großbritannien an Frankreich im May 1803, nach dem neuesten Gebrauch des neuen Europäischen Völkerrechts, erklärt. Die Englische Regierung erkannte dadurch die Festigkeit der Bonapartistischen Regierung Frankreichs an.

*) E. Staats = Korrespondenz zwischen England und Frankreich No. 38. S. 99.

Wie beträgt sich die Hannoverische Regierung bei dem, im Jahr 1803 zwischen England und Frankreich ausgebrochenen Kriege? Cullinger Convention vom 2ten Junius 1803.

Alles dasjenige, was den erneuerten Feindseligkeiten zwischen diesen beiden großen Staaten voranging, — die Geschichte älterer, (1) und neuerer (6 u. 9) Zeit — die von dem Französischen Botschafter zu London, dem General Androssy dem Cabinette zu St. James gemachte Erklärung —

„daß der erste Consul der Französischen Re-
 „publik gesonnen sey, im Fall eines ausbre-
 „chenden Krieges, das Hannoverische
 „zu occupiren.“)

Die zur Erreichung dieser Absicht im Monat März geschehene Sendung des Französischen Generals Duroc nach Berlin und des Französischen Obersten Colbert nach Petersburg, — das sich zu gleicher Zeit zusammenziehende Corps Französischer Truppen bei Nimmwegen, welches den Namen der Armee von Hannover sofort annahm,

*) S. Historische Berichtigungen des öffentlichen Urtheils über die Französische Occupation des Kurfürstenthums Hannover daselbst veranlaßten militairischen Maßregeln. Erstes Heft S. 42.

und deren Oberbefehlshaber und das ganze dazu gehörende Personale öffentlich bekannt wurden — der Charakter des ersten Consuls der Französischen Republik, nach welchem er seine Drohungen zu erfüllen gewohnt ist — alle diese zusammentreffende Rücksichten mußten bei dem Regenten der Kurbraunschweigischen Staaten die lebhafteste Ueberzeugung des ihnen bevorstehenden feindlichen Ueberzuges erwecken. Um dieses nicht zu berechnende Unglück von den Hannöverschen Unterthanen abzuwenden, war nur die Betretung zweier Wege denkbar, weil sich zu der Zeit noch keine Macht des festen Landes entschlossen hatte, einen neuen Krieg mit Frankreich zu beginnen, und weil die Hannöverschen Staaten, sich allein überlassen, der Französischen Kriegsmacht schlechterdings nicht widerstehen konnten. Der eine dieser Wege war nach den Vorgängen, welche im Baseler Frieden, in dem ersten geheimen Artikel zur Additional = Convention des Baseler Friedens vom 17ten May 1795, in der Uebereinkunft zwischen Frankreich und Preußen vom 5ten August 1796, und in der Petersburger Convention vom 16ten December 1800 lagen, der: in Zeiten bei dem König von Preußen Schutz und Hülfe zu suchen. Der andere ging, nach dem Ausspruch des größten Lehrers aller Könige:

„wenn der Regent verbunden ist, selbst seine
 „Person, zum Wohl seiner Unterthanen,
 „aufzuopfern, so hat er eine noch größere
 „Verbindlichkeit auf sich, Verbindungen auf-
 „zugeben, deren Fortsetzung ihnen nach-
 „theilig werden würde“

dahin, entweder, daß der König von England, seiner Krone entsagte, oder daß er die Regierung der Kurbraunschweigischen Lande niederlegte, den Prinzen von Wallis zur Entsagung der Regentensfolge im Hannöverschen vermochte, und die Regierung seiner Deutschen Erbstaaten dem Herzog von York übergab. Die Betretung dieses letzten Weges wäre mit dem ersten sehr wohl zu verbinden gewesen, falls dieser etwa unübersteigliche Schwierigkeiten in Berlin gefunden haben sollte. Allein eine Niederlegung, entweder der Englischen, oder der Hannöverschen Regierung und die Entsagung der letzteren, ab Seiten des Prinzen von Wallis, zu Gunsten seines nachgebornen Bruders, des Herzogs von York war nicht nach dem Geschmack des Königes von Großbritannien und seines Thronfolgers. Den ersten Weg einzuschlagen, hatte man in London und zu Hannover sich selbst die größten Hindernisse erregt. Man war schon am Ende des Jahrs 1801 und in der Folge, ganz im Widerspruch mit der, beim Ausbruch des siebenjährigen Krieges zu Lon-

don angenommenen, durchaus richtigen Meinung, (1) damit umgegangen, eine entfernte und das Hannöverische nicht retten könnende Macht, sobald kein vorliegender großer Deutscher Hof einen thätigen Antheil an der Beschützung der Kurbraunschweigischen Staaten nahm — nämlich Rußland — für das Hannöverische zu interessiren. Nach gewissen Behauptungen soll der Kurbraunschweigische Gesandte zu Petersburg bei dem Russischen Hofe seine Unterhandlungen dahin angefangen und fortgesetzt haben:

daß der Kaiser aller Reußen, den König von Preußen abhalten mögte, im Fall eines Bruchs zwischen England und Frankreich, die Kurbraunschweigischen Staaten zu besetzen.

Dieser Unterhandlung sollen sogar in der Folge von Kurbraunschweig bei dem Petersburger Cabinette solche Motive untergelegt worden seyn, welche eine Spannung zwischen Rußland und Preußen gar leicht hätten bewirken können. Die Verwendung dieses Schutzengels des Hannöverischen, während der ganzen Französischen Revolution (6) und bei der Execution der Nordischen Coalition gegen England (9), soll sogar von Seiten Hannovers bei dem Russischen Hofe, gerade zu verboten worden seyn. Man behauptet ferner, daß der Preussische Gesandte zu Petersburg den ganzen Inhalt der Kurbraun-

schweigischen Negociation am Russischen Hofe erfahren habe, und daß er geschickt genug gewesen sey, die Gewitterwolken, welche der Hannöversische Gesandte dort gegen Preußen erregt hatte, vollkommen zu zerstreuen. Es wird endlich, als eine Folge der Bemühungen jenes Gesandten, angegeben, daß der anseht rühmlichst regierende Russische Kaiser, dem erhabenen Beispiele seines Herrn Großvaters (I) nachgeahmt habe. Er soll daher dem Berliner Cabinetministerio die Noten abschriftlich mitgetheilt haben, welche der Kurbraunschweigische Gesandte zu Petersburg daselbst übergeben hatte. Als demnächst am 4ten May 1803 der Flügeladjutant des Herzogs von Cambridge, der Major von der Decken, von dem Hannöversischen geheimen Cabinetministerio nach Berlin geschickt war, um die Gesinnungen des Preussischen Hofes zu erforschen, so soll dieser von dem Berliner Cabinetministerio keine andere Antwort, als die bloße abschriftliche Mittheilung der von dem Kurbraunschweigischen Gesandten zu Petersburg am Russisch Kaiserlichen Hofe übergebenen Noten erhalten haben, worin man sich Hannöversischer Seits, den Königlich Preussischen Schutz, und sogar eine Verwendung des Berliner Cabinets bei der Französischen Regierung für die Kurbraunschweigi-

ſchen Lande gerade zu verboten hatte. *) Das Kurbraunſchweigische Staatsminiſterium war hierauf bemühet, die widrigen Eindrücke, welche ſein älteres Betragen bei dem Königlich Preußiſchen geheimen Cabinetsminiſter Grafen von Haugwitz ganz natürlicher und nothwendiger Weiſe, veranlaßt hatte, durch ein beſonderes, an ihn gerichtetes Schreiben auszuſülſchen; allein man kam hiermit zu ſpät, weil die diplomatiſchen Unterhandlungen zwiſchen dem Cabinette zu Berlin und St. Cloud ſchon ſo weit vorgerückt waren, daß der König von Preußen die Beſetzung der Kurbraunſchweigischen Staaten von den Franzoſen geſchehen laſſen mußte, wenn er ſich mit ihnen nicht in einen Krieg einlaſſen wollte, wozu der Berliner Hof ſich wohl nicht beſtimmen konnte.

Aus dem eben Angeführten erhellet der fünfte und größte Fehler, welchen die Regierung der Kurbraunſchweigischen Staaten gegen ihre Unterthanen begangen hat. Er iſt die Quelle aller nachtheiligen Folgen, welche das Hannöveriſche demnächſt, in einer Reihe der unglücklichſten Ereigniſſe für deſſen Bewohner, betroffen haben. Mittlerweile, daß ſich das unglückliche

*) S. Heſſen = Darmſtädtiſche Land = Zeitung vom Jahr 1803, No. 84.

Schicksal der Kurbraunschweigischen Staaten so zu sagen von selbst entschied, ging bei dem Hannoverischen geheimen Cabinetsministerio, und dem Generalcommando der Kurbraunschweigischen Truppen zu Hannover ein landesherrliches Rescript aus London ein, welches einem Orakelspruche zu Delphi glich, und dahin lautete:

„man befinde sich zwar außer Stande, das
 „Ministerium und den Feldmarschall, in gegenwärtiger Krisis, mit bestimmten Verwaltungsbefehlen zu versehen; es verstehe sich indessen von selbst, daß, wenn einige Hoffnung da sey, durch Anstrengung aller Kräfte des Landes dessen Rettung von der bevorstehenden Gefahr bewirken zu können, keine derselben geschont werden müßte; so wie hingegen auf der andern Seite, wenn diese Hoffnung nur auf Erreichung eines minder wesentlichen Zwecks beschränkt wäre, auch die anzuwendenden Mittel und Kraftanstrengungen diesen Zwecken verhältnißmäßig angemessen einzurichten seyn würden. *)

Könnte man in London und in Hannover auf eine Russische Hülfe hoffen, obgleich von der

*) S. Historische Berichtigungen des öffentlichen Urtheils 2c. Erstes Heft, S. 62.

Hannoverschen Regierung nicht die mindesten
 Vorkehrungen getroffen wurden, um die nöthigen
 Bedürfnisse für eine Russische Armee an Munition
 und Lebensmittel aller Art herbeizuschaffen, und
 war man, nach der politisch = geographischen Lage
 der Kurbraunschweigischen Staaten, die einen
 langen und schmalen Strich Landes in Deutsch-
 land bilden, der die wichtigen Mündungen der
 Elbe und Weser in sich schließet, und auf wel-
 chem kein Krieg zu führen ist, ohne das Ge-
 biet anderer Staaten zu berühren, im
 Stande, eine kräftige Armaturanstalt anzuord-
 nen, und durch diese, von England aus, einen
 Krieg auf dem festen Lande in Bewegung zu brin-
 gen: so läßt sich, zumal da Frankreich überwie-
 gende Gründe hatte, um einen Krieg mit Groß-
 britannien vor der Hand aufs sorgfältigste
 zu vermeiden, darüber schlechterdings keine befrie-
 digende Auskunft ertheilen: warum Großbritannien
 beschloßen habe, schon im Monat May
 1803 die Feindseligkeiten gegen Frankreich zu er-
 neuern. Frankreich hatte ja keine Silber = Flotten
 aus der andern Hälfte der Weltkugel zu er-
 warten, welche die Britten, vor ihrem Einlaufen
 in Französische Häfen, hätten kapern können und
 jener Staat war zu einem See- und Landungs-
 Kriege schlechterdings noch nicht vorbereitet. Ei-
 nige Monate der Verzögerung mit der Grobrit-

tannischen Kriegeserklärung gegen Frankreich wären daher für England ganz unnachtheilig; für Hannover aber äußerst vortheilhaft und wünschenswerth gewesen. In der von dem Könige von Großbritannien nicht aufgeschobenen Kriegeserklärung gegen Frankreich und in der gänzlich unterlassenen Anordnung von Vertheidigungsanstalten im Hannöverschen liegt der von dem Kurfürsten von Braunschweig gegen seine Unterthanen begangene sechste Fehler. Die Russische Hülfe, womit man die Hannoveraner im Anfange des Jahrs 1803 zu beruhigen suchte, hat nie ernstlich gehofft werden können. So wenig sie gegründet war, wie es die Zeitfolge genugsam bestätigt hat, da bekanntlich erst am 11ten April 1805 der Tractat zwischen England und Rußland zu Stande gekommen ist, eben so zweckverfehlend waren alle im April und May 1803 getroffene Vertheidigungsanstalten der Kurbraunschweigischen Lande, nachdem sie von allen andern Staaten, und selbst von England, verlassen, allein da standen. In London muß man auf das Hannöversche gar keine Rücksicht genommen haben. Es ist dem Großbritannischen Handlungs-Interesse, welches Krieg gegen Frankreich verlangte, (10) offenbar aufgeopfert worden. Der Großbritannische Ambassador verließ den 12ten May 1803 Paris und nun gab der

erste Consul der Französischen Republik dem General Mortier den Befehl:

das Hannöversche, als eine Englische Provinz, zu erobern. *)

Am Abend des 25ten May 1803 traf das politische Todesurtheil für die Hannöverschen Unterthanen bei demselben ein. Nur eine schwache Französische Armee rückte, um den Hannoveranern die Französische Verachtung für ihren Regenten zu bezeigen, am 26ten May g. J. in die Grafschaft Bentheim ein. Sie machte die geringe Hannöversische Garnison auf dem Schlosse zu Bentheim zu Kriegsgefangene, passirte die Ems und trat über Meppen und Haselüne einen, durch Bitterung und Wege beschwerlich gewordenen Marsch an, **) um die Kurbraunschweigischen Staaten zu erobern. Kaum war die Nachricht des Ausbruchs der Französischen Armee von Hannover in der Residenzstadt der Kurbraunschwei-

*) Die Ordre heißt wörtlich also: Je Vous ordonne de conquerir le pays d'Hannovre comme Province d'Angleterre. S. Politisches Journal vom Jahr 1803, August-Stück S. 733.

**) S. den Bericht des General Mortier an den Französischen Kriegs-Minister im Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1803, No. 92.

gischen Staaten erschollen, so ernannte das geheime Cabinetsministerium und das General-Commando zu Hannover, in Gemäßheit der Regierungsinstruction vom 29ten August 1714 S. 9, drey Bevollmächtigte aus der Kurfürstlichen Civil- und Militair-Dienerschaft, um mit dem Oberbefehlshaber der Französischen Armee eine Capitulation zu schließen. Diese Deputirte reisten von Hannover am 29ten May — an eben dem Tage ab, an welchem die sogenannten Vertheidiger ihres Vaterlandes den Marsch zu ihren Positionen an der Weser angetreten hatten. Jene trafen das Französische Hauptquartier schon zu Bechte. Nichts hat die Franzosen in größere Verwunderung gesetzt, als den Bechtedamm unbesezt gefunden zu haben. Sie hatten geglaubt, hier einen nicht unbeträchtlichen Verlust an Menschen erleiden zu müssen, zumal da die Aussagen ihrer Kundschafter über die Besetzung dieses Passes sehr verschieden waren, welche Verschiedenheit daher, nothwendiger Weise, entstehen mußte, weil die Ordre zur Vertheidigung dieses, sowohl durch die Politik, als durch die Natur, wichtig gemachten Defile's von dem Generalcommando zu Hannover zweimal gegeben und zweimal widerrufen worden war.

Der General Mortier wollte den Kurbraunschweigischen Bevollmächtigten nicht einmal einen



Waffenstillstand, zur Fortsetzung der Unterhandlungen, bewilligen. Die Franzosen kannten das damalige politische System des festen Landes und Hanover auf das vollkommenste. Es war mithin für sie keine Ursache zur Unterhandlung vorhanden. Sie waren ihrer Sache gewiß. Die Hannöverschen Civil- und Militair-Deputirten kehrten mit der erhaltenen abschlägigen Antwort schleunig nach Hannover zurück. Nun erhielten sie von dem Kurbraunschweigischen Cabinetsministerium und dem Generalcommando zu Hannover eine uneingeschränkte Vollmacht, mit den Franzosen so gut, als sie könnten, zu capituliren. Mit dieser Instruction versehen, fanden sie den mittlerweile vorgerückten Feind in Sulingen. Hier ward am 3ten Junius 1803 eine Convention von Französischer und Kurbraunschweigischer Seite unterzeichnet, welche mit den zu Kloster Seven im siebenjährigen Kriege, und mit den zu Saratoga im Nordamerikanischen Freyheitskriege, geschlossenen Capitulationen nicht einmal verglichen werden kann. Ihr Inhalt ist bekannt*) und von der Beschaffenheit, daß es eben so gut gewesen wäre, wenn man sie einzugehen unterlassen hätte.

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1803, No. 94.

Was geschieht wegen Tragung der Kosten, die aus der Sulinger Convention für die Kurbraunschweigischen Unterthanen entstehen?

Während, daß diese Submission der Kurbraunschweigischen politischen Behörden unter die Befehle des Französischen Obergenerals zu Stande gebracht ward, verlegte die Hannöverische Regierung ihren Sitz, mittelst Patents vom 30ten May 1803, nach Lauenburg. Sie declarirte in demselben, daß der Minister von der Decken ohne alle Functionen und Auctorisationen zu Geschäfts-Verfügungen in Hannover zurück geblieben sey. *) Zu gleicher Zeit constituirte das Hannöverische Cabinetsministerium ein sogenanntes Landes-Deputationscollegium, um mit den Franzosen zu unterhandeln. Die Kurbraunschweigische Regierung erzeugte den Unterthanen, durch die Anordnung dieses Collegii, eben keinen sonderlichen Dienst. Sie veranlaßte durch seine Anwesenheit, daß die Lasten der Französischen Eroberung der Hannöverischen Staaten von dem Regenten ab, auf die Unterthanen gewälzet sind. Diese Anordnung sollte bewirken, daß keine landesherrliche

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1803, No. 90.

sondern nur landschaftliche, d. i. Landesschulden contrahiret würden. Dieses Resultat ist jedoch von keinem rechtlichen Gewichte. Denn indem der Regent durch das ihn repräsentirende Staatsministerium in Hannover ein Collegium organisirte, ist dieses angeordnete Institut ein landesherrliches, und kein landschaftliches geworden. Der Regent war der Gewaltgeber — der Mandant — und das von ihm niedergesezte Collegium — es mochte Landesdeputationscollegium heißen, oder einen andern Namen führen, da der Name die Sache nicht verändern kann — der Gewaltnehmer — der Mandatar, — welcher den Gewaltgeber repräsentirte, und folglich mit ihm für eine und dieselbe moralische Person gehalten werden muß.

Alle Lasten, welche die Hannöverschen Unterthanen betroffen haben, und alle Schulden, die während der Französischen Eroberung der Kur- braunschweigischen Lande gemacht worden sind, müssen wenigstens von dem Landesherrn, und von den Unterthanen, nach den Kräften ihres gegenseitigen Vermögens, mit gleichen Schultern getragen werden, wenn sie jenem nicht allein zur Last fallen, da er durch die, von seiner Englischen Hannöverschen Regierung begangenen und bisher gerügten sechs Fehler an dem Unglück der Kur- braunschweigischen Unterthanen schuld ist. Uebrig-

gens ist die mehrere Schonung, welche dem Lande wiederfahren ist, mehr der Großmuth des Französischen Kaisers und dem Biedersinn der Französischen Generale, als dem Wirken des Landes-Deputations-Collegii beizumessen (S. 15. am Ende.) Den Franzosen war es sehr gleichgültig, durch welche Behörden sie ihre Forderungen bekamen.

15.

Elb-Convention vom 5ten Julius 1803 und ihre Folgen.

Nach der abgeschlossenen Eulinger Convention waren die Französischen Truppen bis an die Mündungen der Elbe und der Weser vorgeedrungen. Ihre Befehlshaber wollten sich so fort aller Englischen Waaren, die sich in Hamburg und in Bremen befanden, bemächtigen. Die Ausführung dieser Absicht ward jedoch durch die Königlich Preussische Dazwischenkunft und Verordnung hintertrieben. Dagegen nahmen die Franzosen das, der Kaiserlichen freien Reichsstadt Hamburg zuständige Amt Ritzbüttel und den darin befindlichen wichtigen Elb-Hafen, Ruxhafen am Ausflusse dieses Stroms in Besitz, um allen Großbritannienischen Schiffen das Einlaufen in die Elbe zu verwehren; folglich den Britten diesen Deutschen Fluß zu ver-

schließen. Der König von Preußen ließ dagegen dringende Vorstellungen machen. Allein diese waren vergebens. Großbritannien schritt darauf zu einer Maßregel, die dem Handelsverisch beinahe eben so schädlich, als die Französische Eroberung desselben war, die dem ganzen Handel von Deutschland den größten Schaden zugefügt, und alle neutralen Mächte beleidigt hat. England ordnete nämlich, um dem Preussisch-Schlesischen Leinwandshandel einen empfindlichen Schaden zuzufügen — also aus Rache gegen den König von Preußen, daß er sich des Handelsverischen nicht angenommen hatte, — eine strenge Blokade der Elbe und Weser an. Es ergiebt sich aus dieser Verfügung, daß der Wohlstand des Handelsverischen und die Milderung seiner Leiden in England mit gleichgültigen Augen angesehen worden sind, und daß die Kurbraunschweigischen Unterthanen zum Opfer des merkantilen Englischen Interesse haben dienen müssen. Denn der Großbritannienische Handel verlor durch diese Maßregel nichts, und der Consument mußte die Englischen Waaren, welche andere Wege gingen, nur desto theurer bezahlen.

Obgleich die Sulinger Convention oder Submission ein gültiger Staatsvertrag war, und folglich keiner Ratification des Königs von England bedurfte, so wollte dennoch Bonaparte diese diplo-

matische Uebereinkunft nicht eher genehmigen, als bis sie in London ratificirt seyn würde. Hier erfolgte, aus theils zutreffenden, theils nicht zutreffenden Gründen, eine geradezu verneinende Antwort. *) Bonaparte nahm von ihr die Gelegenheit her, dem General Mortier den Befehl zu ertheilen, die Hannöverische Armee jenseits der Elbe zu entwaffnen, und sie als Kriegsgefangene nach Frankreich zu schleppen. Er brach daher mit seinem ganzen, ungefähr 16000 Mann starken Corps, in der Nacht vom 20. auf den 21. Jun. 1803 nach der Elbe auf, und foderte von Lüneburg den Feldmarschall Grafen von Wallmoden auf, sich zu ergeben. **) So schlecht die politischen und militärischen Vertheidigungsanstalten gewesen waren, um die Hannöverischen Staaten gegen eine Französische Eroberung zu schützen, eben so wenig hatte man sich bemüht, im Lauenburgischen für die Rettung des Hannöverischen Corps zu sorgen. Dieses brannte von Muth, die demselben durch die Sülzinger Convention geraubte militärische Ehre herzustellen. Das Locale seiner Position schien einen glücklichen Ausgang eines Kampfes zu versprechen.

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1803. No. 117.

**) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1803. No. 117.

Dagegen soll, wenn man anders öffentlichen Nachrichten trauen darf, *) bei der Französischen Armee eben keine große Neigung verspüret worden seyn, den Uebergang der Elbe zu forciren. Wer sich leicht überzeuget, daß die Zernichtung der Hannöverschen Armee — die Auflösung der Hannöverschen Regierung — und die Eroberung aller Kurbraunschweigischen Staaten durch die Franzosen — zur absoluten Nothwendigkeit geworden sey, und daß kein anderes Mittel existiret habe, um das Ende des Hannöverschen Staats zu verhindern, den kann man auf die künstliche Darstellung verweisen, welche in dem zweiten Hefte der, aus Staatspapieren entworfenen „historischen Berichtigungen des öffentlichen Urtheils über die, durch die Französische Occupation des Kurfürsten-

*) Die Französischen Soldaten hatten große Furcht vor den Hannoveranern, und waren betrübt, wenn sie die Trommel zum Ausmarsch schlagen hörten. Die, so etwas Deutsch sprachen, drückten sich gewöhnlich so aus: Le foudre! solle marschiren: Is n'ist gut. Der Franzos komm vor die Wasser, muß vor die Hannoveriens Kanon caput. N'ist gut für uns, n'ist gut für die Bürger. S. Tagebuch der Vorfälle seit dem Ausbruche der Feindseligkeiten zwischen dem Könige des vereinigten Reichs Großbritannien und der Französischen Republik im Hannöverschen, Erstes Hest. S. 34 und 35.

thums Hannover daselbst veranlaßten militärischen Maßregeln“, im zweiten und dritten Abschnitte, von dem Vertheidiger des Grafen von Wallmo den dem Publiko geliefert worden ist. Es bleiben dennoch die gegründetsten Bedenklichkeiten darüber vorhanden: ob bei einer, allerdings möglichen, und einen glücklichen Ausgang versprechenden Vertheidigung jenseits der Elbe nicht Preussische oder Englische, oder Russische Hülfe über die Ostsee für das Hannöverische und dessen Militär zu erwarten gewesen wäre? In Ansehung der zu erwartenden Preussischen Hülfe scheint die Absendung des Preussischen Majors von Krusemark in das Hannöverische Hauptquartier zu Lauenburg, welcher daselbst, mit dem Hannöverischen Gesandten zu Berlin, dem geheimen Kriegsrath vom Ompteda, einen Tag nach dem Abschluß der Elb-Convention angelangt ist, und die nicht wenig über ihre Schließung betroffen gewesen seyn sollen, um so mehr eine sehr entscheidende Vermuthung zu begründen, als die Besetzung der Oberelbe durch Französische Truppen einen noch größern Gefahrstand für die Preussische Monarchie herbeiführt, wenn das freundschaftliche Verhältniß zwischen Preußen und Frankreich eine Veränderung erlitten haben sollte. In Ansehung eines Großbrittannischen Beistandes, welcher, wenigstens den Hannöverischen

Truppen, angebeihen konnte, ist aber nicht zu vergessen, daß die Transportschiffe bereits in Commission gesetzt waren, welche sie über Rostock oder Travemünde nach England zu bringen beordert waren, *) und daß daher ein ausdrücklicher landesherrlicher Befehl ergangen war, sich in keine weitere Capitulation mit den Franzosen einzulassen. Immerhin blieb in Betracht eines Russischen thätigen Beistandes nicht außer Acht zu lassen, daß die Herzoglich-Mecklenburg-Schwesinsche Landesgrenze von dem Kampfplatz der Hannöverschen Armee mit den Franzosen keine fünf Minuten entfernt war. In Gemäßheit dieser wohl zu beherzigenden Umstände konnten sich die Hannöverschen Truppen beim unglücklichen Ausgange einer Bataille ins Mecklenburgische zurück ziehen, um in Rostock eingeschifft zu werden. Dieser Rückzug durfte den Hannöverschen Truppen, welche ihn zudem allenfalls erzwingen konnten, nicht verweigert werden. Der Französische General Mortier hätte aber wohl Anstand nehmen müssen, ihnen auf ihrer Retirade zu folgen, wenn er nicht die Initiative zu einem Landkriege hätte geben wollen, worin nicht nur das heilige Rös-

*) S. die Großbritannienische Parlaments Verhandlung in No. 81. des Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1804.

mische Reich, sondern auch Rußland sofort ver-
 flochten worden wäre. Ein solches Resultat
 herbeizuführen, dazu hatte der Französische Ge-
 neral Mortier von seiner Regierung keinen Auf-
 trag; diese hingegen überwiegende Gründe, einen
 Landkrieg im Norden zu vermeiden. Alle diese,
 gewiß nicht außer Acht zu lassende Rücksichten,
 kamen aber bei dem Feldmarschall Grafen von
 Wallmoden-Gimborn nicht in Anschlag. Da auf
 alles dasjenige, was der Elb-Convention voran-
 gegangen ist, in der merkwürdigen Druckschrift:
 Historische Berichtigung des öffentlichen Urtheils &c.
 im 2ten Hefte Seite 186 und 187 deutlich genug
 hingewinkt wird, so müssen die Bewegungsgrün-
 de, welche diese Capitulation veranlaßt haben,
 um so mehr mit Stillschweigen übergangen wer-
 den, als die Zeitsfolge nur im Stande ist, den
 Schleier zu lüften, der auf diesem, nicht wohl
 zu erklärenden Ereignisse, noch zur Zeit ruhet.
 Mitten in einem starken Gewitter ward am 5ten
 Julius 1803 auf der Elbe eine Capitulation von
 dem General Mortier und dem Grafen von Wal-
 moden-Gimborn gezeichnet, welcher die Elemente
 ihre Mißbilligung bezeigten. Denn ein dicker
 Tropfen Regen verwischte (und das auf ewig)
 den Namen des Kurbraunschweigischen
 Feldmarschalls dergestalt, daß ein neues
 Exemplar auf dem festen Lande geschrieben und

unterzeichnet werden mußte. Diese Capitulation, welche nicht bloß militärischen Inhalts ist, weil sie ein ganzes Herzogthum der Botmäßigkeit der Franzosen unterwarf, besteht bekanntlich aus neun Artiteln, wovon der dritte, *) so wie der zweite der Sulinger Submission abermals das Bekenntniß darlegt, daß die Kurbraunschweigischen Staaten eine Dependenz von England seyn sollen. Die Regierung derselben lösete sich, durch die Zerstreung ihrer Mitglieder, von selbst auf. Vom 26ten May bis zum 5ten Julius 1803 war die Französische Republik also, ohne daß es ihr einen Mann, oder einen Schuß gekostet hätte, Meister von beinahe siebenhundert Deutschen Quadrat-Meilen Deutschen Landes — von mehr, als einer Million Deutscher Einwohner — von mehr, als fünf Millionen Thaler jährlicher Einkünfte — von mehr, als zwei Tausend Kanonen —

*) Die Hannöverische Armee wird aufgelöst; die Truppen kehren über die Elbe und in ihre Heimath zurück. Sie verpflichten sich vorher auf ihr Ehrenwort, gegen Frankreich oder dessen Allirte nicht eher die Waffen wieder zu führen, als bis sie in gleichen Graden gegen eben so viel Französisches Militär ausgewechselt worden, die im Laufe dieses Krieges von den Engländern zu Gefangenen gemacht seyn möchten. S. den Hamb. unparth. Correspondenten vom Jahr 1803. No. 117.

von allem, was zur Armatur und Mobilmachung einer Armee gehört — von drei Tausend, acht und sechzig der schönsten und besten Cavallerie Pferde. Eine Armee, welche seit Jahrhunderten existirte, und ihrem Fürsten und ihrem Vaterlande stets treu und tapfer in allen Kriegen und bei allen Gelegenheiten gedient hatte, war auf einmal verlassen, aufgelöst, und zerstreuet. Es ereignete sich für sie ein Schicksal, welches wohl nie einer Armee widerfahren ist. Der größte Theil derselben ward brodblos, und theilte das traurige Schicksal, welches nunmehr für seine Landesleute und ihre Kindesfinder begann. Die Armuth eines blühenden Landes war auf lange, sehr lange Zeit gewiß. In England ward eine starke Englisch-Hannöversische Legion errichtet, welche den Kurbraunschweigischen Landen beträchtliche Ausfälle in ihrer, fast gänzlich auf Personen berechneten Staatskassen-Einnahme verursachte. Die Folge davon war die, daß die zurückbleibenden Hannoveraner mit desto stärkeren Steuerbeiträgen belastet werden mußten. Nachdem in London am 27sten Junius 1803 ein Exposé *) über die Occupation des Hannöverschen durch die Franzosen erschienen war, welches bei

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1803. No. 109.

dem Inhalte der sichtbaren Schwäche der darin vorgetragenen Gründe, nur desfalls geschrieben, und ins große Publikum gebracht zu seyn scheint, um den, in Großbrittannische Kriegsdienste getretenen Herzog von Cambridge, in den Augen der Brittischen Nation zu rechtfertigen, brachte der Kurbraunschweigische Gesandte bei der allgemeinen Reichsversammlung zu Regensburg am 20sten August 1803 daselbst eine feierliche Vermahnung gegen jede, aus der Elb-Convention erwachsende Verbindlichkeit ein. Der Inhalt dieser Reclamation *) war aber von der Beschaffenheit, daß sie, nur zum Schein geschehen zu seyn, das Ansehen hatte. Sie kam nicht einmal zur reichstägigen Dictatur. Sie ward von Kaiser und Reich gar nicht beachtet. Vermuthlich aus dem oben (9), bei dem Vorfall vom Jahr 1801, angeführten Grunde, und weil im Jahr 1803 noch keine Macht des festen Landes entschlossen zu seyn schien, einen dritten Coalitionskrieg gegen Frankreich zu beginnen. Die gehoffte Russische Hülfe für die Kurbraunschweigischen Staaten und Unterthanen blieb aus, und binnen den drittehalb Jahren, daß sie von den Franzosen erobert waren, wurden sie an den Rand des Ver-

**) S. den Hamburgischen unpartheischen Correspondenten vom Jahr 1803, No. 140.

derbens gebracht. Nach öffentlichen Nachrichten, soll sich der Schaden, den sie erlitten haben, auf mehr, als 26 Millionen Thaler belaufen, und die Residenzstadt Hannover hat allein fünf mal hundert Tausend Reichsthaler eigene Schulden contrahiret. Ja die Franzosen würden, durch die Hülfe des sogenannten Landesdeputations-Collegii, das ganze Kurfürstenthum Braunschweig in Metallwerth verwandelt, nach Frankreich exportirt haben, wenn der König von England durch ein, an alle seine Deutschen Gesandtschaften den 11ten November 1803 erlassenes Rescript *) die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen nicht öffentlich creditlos und dadurch dem unbesonnenen Schuldenmachen dieser Behörde ein wohlthätiges Ende gemacht hätte.

*) S. von Berlepsch, Wer darf die Einwohner der Kurbraunschweigischen Staaten während der Französischen Occupation derselben mit Rechtsbestande besteuern? und können bei dieser Gelegenheit allgemeine Schulden auf das Hannöversche rechtsverbindlicher Weise gemacht werden, S. 69 und 70.

Organisirung des dritten Coalitionskrieges gegen Frankreich. Ende desselben durch den Preßburger Frieden. Folgen die daraus, in Ansehung des Hannöverschen entstehen.

Alle von Großbritannien angewandten Bemühungen, um einen dritten Coalitionskrieg gegen Frankreich auf dem festen Lande in Thätigkeit zu bringen, blieben so lange ohne Erfolg, bis sich der Kaiser von Oestreich, im Anfang des Herbstes 1805, entschlossen hatte, daran Theil zu nehmen. Diese Thatsache beweiset aufs Klarste, daß die Kurbraunschweigischen Unterthanen auf eine Russische Hülfe nicht eher rechnen konnten. (I) Nur alsdann stand ihnen durch diese große nordische Macht zu helfen, wenn entweder Oestreich, oder Preußen in der dritten Coalition des festen Landes gegen Frankreich den ersten Angriff that. Eben so ausgemacht, als diese Wahrheit ist, eben so evident war es auch, daß eine jede Entfernung der Kurbraunschweigischen Staaten von Preußen den Hannöversischen Unterthanen entscheidend nachtheilig werden mußte. Diese weise Monarchie und die Anhänger derselben, Kursachsen und Kurhessen, blieben standhaft bei dem von ihnen einmal ergriffenen

System einer bewaffneten Neutralität aus allen Kräften. Preußen sah sehr richtig ein, daß Frankreich, durch einen jeden Krieg auf dem festen Lande an Macht zunahm, und noch zur Zeit zunehmen mußte. Es war also klar, daß Großbritannien, durch die von ihm unterhaltenen Continentkriege, das Französische Uebergewicht auf dem festen Lande von Europa, zum höchsten Nachtheil so vieler Millionen Europäischer und vorzüglich Deutscher Unterthanen, erschaffen und begründet hatte, — daß es einen furchtbaren Französischen Kaiser gemacht — daß England durch Frankreich, Könige und Fürsten abgesetzt, und sie um ihre Länder gebracht hatte, — daß durch die von Großbritannien angefachten und unterhaltenen Continentkriege andere Könige und andere regierende Dynastien entstanden waren, und daß theils unmittelbar große Summen Geldes in die Französische Schatzkammer flossen, theils, daß mittelbarer Weise ein Theil der Englischen Subsidien dahin refluirten, mithin, daß die Continentkriege den Französischen Finanzen vortheilhaft werden mußten. Preußen folgte daher dem Beispiele des großen Kurfürsten von Brandenburg, welcher im dreißigjährigen Kriege — ein Krieg, der mit dem Französischen Revolutionskriege und seinen Folgen die größte Ähnlichkeit hat — be-

waffnet neutral geblieben war. *) Preußen und seine Anhänger zeigten einen festen und fortgesetzten Willen, die von ihnen ergriffene bewaffnete Neutralität gegen einen Jeden, der sie beleidigen würde, unter Beobachtung einer sehr vorsichtigen Politik, mit den Waffen in der Hand, kräftig zu behaupten. Höchst weise und menschenfreundlich muß man dieses politische System nennen, weil es für ganz Europa sehr wichtig bleibt, daß verbundene Mächte von entschiedenem und entscheidendem Gewichte in ihrer vollen Kraft und Stärke alsdann noch vorhanden seyn mögen, wenn der Europäische Continentcoloss — Frankreich — durch seine Ueberstärkung — durch eine politische Hypersthenie — schwach werden dürfte. Dieser Zeitpunkt scheint der einzige zu seyn, in welchem die Hoffnung gegründet bleibt, daß durch den Französischen Revolutionskrieg und durch die Großbritannische merkantile Politik so sehr verrückte Gleichgewicht in dem Staatenverein des festen Landes von Europa herzustellen. Oestreich eröffnete den dritten Coalitionskrieg des festen Landes gegen Frankreich. Da aber die zu London angeordneten Maßregeln, um ihn zu führen, theils nicht gut genommen, theils nicht gut combinirt waren,

*) S. Schillers Geschichte des dreißigjährigen Krieges 4tes Buch S. 315.

theils nicht gut ausgeführt worden sind, indem alle Theilnehmer an der dritten Coalition gegen Frankreich zu spät auf dem Kampfplatze eintrafen, so nahm der dritte Continentkrieg, nach der Bataille bey Austerlitz und dem Preßburger Frieden, wenigstens für einen Theil des festen Landes von Europa, ein schleaniges Ende. Mittlerweile waren aber in den Kurbraunschweigischen Staaten Russische, Schwedische, Großbritannische und Englisch Hannöverische Truppen versammelt, welche eine Armee von mehr, als 50,000 Mann ausmachten. Dennoch blieb die Festung Hameln in Französischen Händen, und alle die ebengenannten Landesvertheidiger mußten endlich, nachdem sie den Kurbraunschweigischen Unterthanen große Kosten und Unannehmlichkeiten, aller Art, verursacht hatten, einer nach dem andern ganz leise nach Rußland, Schweden und England zurückkehren. Unterdessen, daß diese Rückmärsche eintraten, sind die Kurbraunschweigischen Staaten, nach einer, zwischen Frankreich und Preußen geschlossenen Uebereinkunft, von der letzten Macht in Verwahrung und Verwaltung genommen, und durch ein ansehnliches Preussisches Truppencorps von 23 Bataillons Infanterie, 25 Escadrons Cavallerie, und 7 Batterien Artillerie besetzt worden.

Diejenigen öffentlichen Documente wurden

auch nach und nach bekannt, derer in der Einleitung zu dieser Druckschrift Erwähnung geschehen ist. Ehe die Königlich Preussische Verwaltungscommission aber ihre Functionen antrat, ist den 10ten Februar 1806, ein Ausschreiben des Hannöverschen Staatsministerii, welches vom 26ten October 1805 bis den 15ten Februar 1806; also sehr kurze Zeit — nur Ein und Achtzig Tage wieder regiert hat, an sämtliche Obrigkeiten der Hannöverschen Lande ergangen. Nach dem Inhalt desselben wird dem allgemeinen Landesdeputationscollegio zu Hannover und sämtlichen landschaftlichen Deputationscollegien in den verschiedenen Provinzen der Auftrag ertheilt, alle und jede von ihnen, während der Französischen Occupation besorgten Angelegenheiten von neuen zu respiciren. *) Diese Anordnung zielt dahin ab, die Kosten, welche die ergriffenen Maßregeln veranlassen werden, abermals auf die alleinigen Schultern der Kurbraunschweigischen Unterthanen zu wälzen, wie es im Jahr 1801 (9) und in den Jahren 1803, 1804 und 1805 (14) geschah, wobei die ihnen bereits von einem Mitgliede der Kalenberg Grubenhagenschen Landschaft gemach-

*) S. den Hamburgischen unpartheiischen Correspondenten vom Jahr 1806. No. 27.

te *) Aussicht überlassen bleibt, daß das Großbrittannische Parlament sie, wegen aller Leiden entschädigen werde, welche sie bei der Gelegenheit erduldet haben, daß England sein merkantiles Interesse verfolgte, und die ihnen noch bevorstehen können, da Großbritannien sein monopolisirendes Handlungs- und das dadurch nöthig gewordene politische und Kriegssystem nicht aufgeben wird. (10)

Die Hoffnung, daß die Britische Nation die Kurbraunschweigischen Unterthanen entschädigen werde, ist eine bloße Chimäre, wie es die Erfahrung älterer (1 und 2) und neuerer (9) Zeiten klar darlegt. Hat England die Hannoveraner wohl wegen der Nachtheile entschädiget, die ihnen im siebenjährigen Kriege zugefügt worden sind? Auf keine Art. Sind ihnen die Kosten wohl vergütet worden, die für sie daher entstanden sind, als die Preußen, bei der Execution der nordischen Coalition gegen Großbritannien, im Jahr 1801 die Kurbraunschweigischen Staaten besetzt hatten? Nein keinesweges. Die Hannoverischen Unterthanen bezahlen noch an diesen ihnen, bloß durch die Englische Nation, zugezogenen Lasten. Diese bekümmert sich wenig um Hannover. Im Eng-

*) S. Nationalzeitung der Deutschen vom Jahr 1801. No. 36 S. 782 bis 787.

lischen Parlament ist von dem Meierhofe des Königs Georg des Dritten, wie die Britten das Hannoversche nennen, nie die Rede gewesen. Man kann auch nicht sagen, daß die Kurbraunschweigischen Staaten für Englands Interesse geblutet haben. Sie sind demselben völlig fremd geblieben. Ist auch einmal der Friede zwischen Frankreich und Großbritannien geschlossen, so bekümmert sich die Englische Nation sehr wenig um das Interesse seiner Allirten. Das beweiset ihr, gegen den König von Preußen beym Ende des siebenjährigen Krieges beobachtetes Verhalten. (1.) Zudem ist Hannover nicht einmal ein Bundesgenosse von England.. Es existiret kein Staatsvertrag, wodurch es verpflichtet seyn sollte, die Kurbraunschweigischen Lande zu entschädigen. Großbritannien hat zudem, nach der Beendigung des Krieges mit Frankreich, der Schulden genug. Es wird also keine neue machen, die seinem Interesse alsdann fremd seyn müssen. In der leidigen Aussicht, daß die Kurbraunschweigischen Unterthanen von der Englischen Nation werden entschädiget werden — ein wahres politisches Betäubungsmittel, womit die leichtgläubigen Hannoveraner beruhiget werden sollen, — besteht das neue Gute, wodurch die Kurbraunschweigischen Unterthanen, in Gemäßheit der Großbritannienischen Proclamation vom 14ten November

1805 veranlaßt werden sollen, daß durch die Schuld ihrer Regierung entstandene und überstandene Böse zu vergessen. Kann man Gerächten trauen, so soll der Plan, wodurch diese Absicht hat erreicht werden sollen, dahin gegangen seyn:

daß die, zur Besetzung des Hannöverschen bestimmte Englisch Hannöversische Legion eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Jahren hindurch von der Großbritannischen Nation hat bezahlt werden sollen; wogegen die Kurhbraunschweigischen Unterthanen alle gewöhnlichen, zum Unterhalt des Hannöverschen Militärs bestimmten, und die in der Verordnung von 1793 angeordnete Landes-Defensionssteuern, behuf Tilgung der, durch die Französische Eroberung der Hannöverschen Lande entstandene Schulden fortwährend würden zu bezahlen haben. *)

Ein jeder kann nach dieser, auf eine fortwährende unausstehliche Steuerbedrückung, ohne Mitleidenheit des Regenten, abzielenden Idee über das Gute urtheilen, wodurch die Hannoveraner in jenem landesherrlichen Patente zu Gedulds-

*) Sollte Frankreich die Realisirung dieses Plans wohl zugegeben haben?

übungen, vorzüglich aber zur Anwendung aller Kräfte, bei der Fortsetzung eines Krieges ermuntert worden sind, der, von ihrer Seite, noch die größte Anstrengung erfordern würde, ob er gleich sie billig nichts angehen sollte. Jene Proclamation enthält also wenig Tröstliches für die Kurbraunschweigischen Unterthanen. Auch ist ihr Eingang:

daß es nämlich dem Könige der vereinigten Reiche Großbritannien und Irland endlich gelungen sey, durch die Anstrengung seiner Allirten, Frankreich zur Räumung des Hannöverschen zu nöthigen,

theils ungegründet gewesen, theils hat ihn die Zeitfolge sehr bald widerlegt. Das landesherrliche Patent vom 14ten November 1805 muß übrigens, in jeder Hinsicht, als zu voreilig angesehen werden. Nur das bleibt aus seinem Inhalte wahr und gegründet, daß Großbritannien das Hannöversche zu schützen nicht im Stande ist, und daß der Fall öfters eintreten kann, daß widrige Winde, wie in der Königlichen Proclamation vom 14ten Nov. 1805 ausdrücklich angeführt worden ist, eine Englische Hülfsleistung verzögern müssen. Das eben beurtheilte landesherrliche Patent hat daher im Hannöverschen eben so wenig etwas Gutes gewirkt, als die öffentliche Bekanntmachung des Kurbraunschweigischen

schen Staats- und Cabinetministers Grafen von Münster vom 3ten Februar 1806 gebilliget werden mag. Dieses diplomatische Actenstück war überhaupt unnöthig und ungewöhnlich, und ist gemeinschädlich. Sein Inhalt reizt auf der einen Seite die Hannoverischen Unterthanen zum Haß und zum Widerwillen gegen die, in Ansehung ihrer getroffenen Königlich Preussischen Maßregeln, ob sie gleich in dieser öffentlichen Bekanntmachung für unabwendbar erklärt werden. Auf der andern Seite enthält sie eine Menge von ungegründeten gehässigen und beleidigenden Beschuldigungen gegen den König von Preußen, die, wenn sie auch von jenem menschenfreundlichen Monarchen und seinem erleuchteten Cabinetministerio mit Großmuth übersehen werden sollten, dennoch den Hannoveranern eine unfreundliche und üble Begegnung der nun einmal in die Kurbraunschweigischen Lande eingerückten Preussischen Truppen leicht zuziehen können. Auf der dritten Seite scheint in dieser von Münsterschen Bekanntmachung das Geständniß zu liegen, daß der König von Preußen längst entschlossen gewesen sey, die Hannoverischen Staaten zu besetzen, und daß man die Anwendung dieser wohlthätigen Absicht von London aus bisher hintertrieben habe. Es ist also dem Hannoverischen Publico und dem ganzen Norden von Deutschland bekannt gemacht

worden, daß der König von Preußen vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges von England gegen Frankreich geneigt gewesen sey, das Hannöverische und das ganze nördliche Deutschland auf eine folgerechte Art zu schützen; daß man aber zu London diesen Schutz nicht gewollt, und lieber in die Französische Eroberung des Hannöverischen und in alle nachtheilige Folgen, welche daraus für Niederdeutschland und die Grenznachbarn des Hannöverischen erwachsen sind, eingewilligt habe. Hieraus folgt der Beweis derjenigen Thatfachen, welche im Jahr 1803 das Unglück der Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen nach sich gezogen haben, und die oben (13), als der von Kurbraunschweig begangene fünfte und größte Fehler gegen seine Unterthanen angegeben worden sind.

Endlich möchte auf der vierten Seite in der öffentlichen Bekanntmachung des Kurbraunschweigischen Staatsministers Grafen von Münster vom 3. Febr. 1806 das darin liegende Bekenntniß des Hannöverischen Ministerii angetroffen werden, daß der Kurbraunschweigischen Regierung das Schicksal des ganzen nördlichen Deutschlands und der Grenznachbarn des Hannöverischen völlig gleichgültig bleibe, sobald sie in der Handhabung ihrer Regierungsrechte — wäre es auch nur auf eine Zeitlang — behindert wird. Eine

Folgerung, welche sich aus dem ganzen Kurbraunschweigischen Betragen seit 1793 (4—13) genugsam ergibt, weil sie bemühet gewesen ist, zu Gunsten Englands, den Kriegesschauplatz ins nördliche Deutschland zu ziehen. Die Münstersche Proclamation vom 3. Febr. 1806 hat mithin, in Gemäßheit der, aus derselben ausgehobenen wichtigsten Stellen, gemeinschädliche und widrige Eindrücke erwecken müssen. Sie ist vorzüglich daran schuld, theils, daß im Hannöversischen eine große Unzufriedenheit über den gegenwärtigen Zustand der Dinge und eine noch größere Besorgniß wegen der Zukunft entstanden ist, theils daß man durch den Inhalt dieses wichtigen diplomatischen Actenstücks die Aufmerksamkeit von ganz Niederdeutschland, und von allen Grenznachbarn der Kurbraunschweigischen Lande rege gemacht habe, deren Wohlfahrt der Regentenschaft eines, durch Englischen Einfluß lediglich bestimmten Ministerii aufgeopfert werden soll, gesetzt, daß man in Hannover im Stande wäre, das Schicksal der einen Hälfte von Deutschland zu entscheiden. Es ist also kein Wunder, daß im Hannöversischen Publiko über das Königlich Preussische Patent vom 27sten Januar 1806 nicht nur sehr verschiedene Urtheile entstanden sind, sondern auch, daß die Bekümmerniß fast aller Classen der Kurbraunschweigischen

schen Unterthanen veranlaßt worden ist. Es sind daher Fragen aufgeworfen worden, die den Gegenstand des täglichen Gesprächs ausmachen.

III.

Beantwortung der ersten Frage:

Haben die Kurbraunschweigischen Unterthanen Ursache, sich über die in Ansehung ihrer am 27. Januar 1806 getroffenen Königlich Preussischen Entschließungen zu freuen?

Es ist demnach folgender, die Gegenwart betreffender Satz zuerst zu untersuchen und zu beantworten:

Haben die Kurbraunschweigischen Unterthanen Ursache, sich über die in Ansehung ihrer am 27. Jan. 1806 getroffenen Königlich Preussischen Entschließungen entweder zu freuen, oder zu betrüben?

Der erste Theil dieser Frage ist schlechterdings zu bejahen und der zweite durchaus zu verneinen.

Um die Richtigkeit der Beantwortung des ersten Satzes zu beweisen, ist es nöthig gewesen,

eine zusammengedrückte Zuriickerinnerung aus der Vergangenheit vorangehen zu lassen. Die Geschichte der Schicksale, welche die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen unmittelbar, und ihre Grenznachbarn und das ganze nördliche Deutschland, mittelbarer Weise, seit der stattgefundenen Personalverbindung des Kurfürsten von Braunschweig mit dem Könige von Großbritannien und dem Beherrscher beider Indien, in den neuesten Zeiten und vorzüglich seit der Regierung Georg des Dritten getroffen haben, legt nachstehende, nicht zu leugnende Resultate dar. Das erste derselben bestehet darin:

1) Preußen hat das Hannöversische, seine Grenznachbarn, und ganz Niederdeutschland dreimal, nämlich im siebenjährigen Kriege, (1) vorzüglich aber im Französischen Revolutionskriege (6) und bei der Execution des nordischen Bundes vom 16. December 1800 (9) geschützt. Es hat alle Nachtheile, welche aus einem, im nördlichen Deutschlande entstandenen Kriege für die Kurbraunschweigischen Lande und für seine, durch die geographische Lage derselben, d. i. durch die Natur mit ihnen innigst verbundenen Grenznachbarn erwachsen seyn würden, von ganz Niederdeutschland entfernt. Preußen ist also der mächtige und wohlthätige Retter der Hannöverschen, der Herzoglich Braunschweigischen, der

Mecklenburgischen, der Holsteinischen, der Oldenburgischen, der Kur- und Herzoglich Sächsischen, der Kurhessischen Staaten und der wichtigen Handelsstädte Hamburg, Bremen und Lübeck gewesen. An dieses erste Resultat schließt sich unmittelbar das zweite an: Alle diese Länder und Unterthanen sind durch den Königlich Preussischen Schutz zu einem solchen Wohlstande gekommen, als ein gleicher Nationalreichthum in diesen Staaten noch niemals anzutreffen gewesen ist. Diese Wahrheit beruhet in der Notorität und braucht also nicht bewiesen zu werden. Ihr allein muß man es zuschreiben, daß die Hannoversischen Unterthanen fähig gewesen sind, die Drangsale, welche sie seit 1803 — 1805 erlitten haben, zu überstehen, und daß ihre Grenznachbarn nicht mehr gelitten haben, als ihnen die Nachtheile der Französischen Eroberung des Hannoversischen auf mancherlei Art empfindlich geworden sind. Preußen war, und das ist das dritte Resultat, entschlossen, den Kurbraunschweigischen Staaten und Unterthanen, bei dem im Jahr 1803 ausgebrochenen Kriege zwischen England und Frankreich, seinen wohlthätigen Schutz abermals angedeihen zu lassen, sein, seit dem Baseler Frieden angenommenes beglückendes System einer bewaffneten Neutralität, auf eine consequente Art fortzusetzen, und dadurch den erworbenen National-

reichthum des Hannoverschen, seiner Grenznachbarn und von ganz Niederdeutschland, nicht nur zu erhalten, sondern auch den Wohlstand aller dieser Länder durch einen blühenden Handel zu vermehren. Der Beweis dieses Resultats liegt in der öffentlichen Bekanntmachung des Kurbraunschweigischen Staatsministers Grafen von Münster vom 3ten Febr. 1806, wenn man damit die oben (13) angeführten Thatsachen verbindet, welche durch jene diplomatische Aeußerung erwiesen sind. Der König von Großbritannien, als Kurfürst von Braunschweig, hat aber seine Deutschen Staaten, die Nachbarn derselben und ganz Niederdeutschland, durch die von ihm, von seiner Regierung und dem Generalcommando zu Hannover begangenen sechs Regierungsfehler, ins Verderben gestürzt, den Wohlstand derselben untergraben, den Fortgang desselben gehindert und alle jene Länder der Gefahr ausgesetzt, daß das nördliche Deutschland der Schauplatz eines Krieges hat werden sollen, woraus nicht zu berechnende höchst nachtheilige Folgen hätten entstehen müssen. Aus diesem allen ergibt sich das vierte Resultat, welches die Geschichte des Hannoverschen liefert. Es muß aus den, von dem Kurbraunschweigischen Gouvernement begangenen sechs Regierungsfehlern zusammengesetzt werden. Will man in dieser Hinsicht auch darauf keine

Rücksicht nehmen, daß die Hannöverischen Lande im ersten Pariser Frieden (1) in den Ereignissen, die denselben gefolget sind (3, 4, 5), in der Sulinger Submission (Artikel 2), in der Elb-Convention (Artikel 3) und durch die von dem Englischen General Don an das, in der Elb-Convention aufgelöste Hannöverische Kriegsvolk erlassene Proclamation für eine Englische Dependenz, der That nach, erklärt worden sind, so bleiben nachstehende Regierungsfehler dennoch unleugbar, a) daß der Kurfürst von Braunschweig, nach dem Abschluß des Lüneviller Friedens keinen besondern, das Hannöverische betreffenden Frieden mit Frankreich geschlossen, und nicht versucht habe, einen Hannöverischen Gesandten bei der Französischen Regierung zu accreditiren.

b) Daß der Regent der Kurbraunschweigischen Länder, nach den am 1sten October 1801 zu London unterzeichneten Friedenspräliminarien zwischen England und Frankreich keinen besondern Kurbraunschweigischen Frieden mit Frankreich eingegangen, und die Annahme eines Hannöverischen Gesandten zu Paris erwirkt habe, (9)

c) Daß von dem Könige von Großbritannien in dem, mit Frankreich geschlossenen Frieden zu Amiens nicht ausgemacht worden sey, daß die Deutschen Staaten des Königs von England

in jedem Kriege zwischen Frankreich und England von jener Macht als ganz verschieden von seiner Großbritannischen Krone angesehen werden sollten, sobald sich nur der Kurfürst von Braunschweig innerhalb der Grenzen einer strengen Neutralität verhielte. (9)

d) Daß die Regierung zu Hannover nicht dafür gesorgt habe, daß alle äußerste Grenzen des Westphälischen Kreises bei dem, unter Russischer und Französischer Vermittelung angeordneten Provinzenwechsel in Deutschland, Preussisch geworden sind, daß jener Reichskreis auf diese Art nicht geschlossen worden sey, und daß sie es zugegeben habe, daß durch die getroffene Einrichtung in Westphalen den Franzosen eine beständige Marschroute vorgezeichnet worden ist, um in die Kurbraunschweigischen Staaten zu bringen, ohne daß sie die Territorien größerer Reichsstände und namentlich das Preussische, irgend zu berühren brauchen. (9)

e) Daß der Kurfürst von Braunschweig bei dem vom König von Großbritannien beschlossenen neuesten Kriege gegen Frankreich in Zeiten keine Preussische Hülfe gesucht, vielmehr den Preussischen Schutz verboten und die Großbritannische Krone, oder die Regierung des Hannoverschen nicht niedergelegt habe (13), da er doch voraussehen konnte, daß er die Kurbraunschweigischen

Staaten zu schützen unvermögend seyn würde, und

f) daß der König von Großbritannien den gegenwärtigen Krieg gegen Frankreich zu voreilig erklärt und eine, sowohl dem Hannöverschen, als dem ganzen Norden von Deutschland höchstschädliche Blokade der Weser und Elbe anzuordnen, kein Bedenken gefunden habe (14 u. 15).

So ausgemacht alle diese Regierungsfehler des in einer Person vereinigten Königs von Großbritannien und Kurfürsten von Braunschweig sind, welche das Unglück des Hannöverschen bewirkt haben, eben so erwiesen bleibt das, aus der Geschichte der Vergangenheit sich darlegende fünfte Resultat. Es geht dahin: daß die eben bezeichnete Regentenperson nicht fähig gewesen ist, die Kurbraunschweigischen Staaten und Unterthanen, seine Nachbarn und das ganze nördliche Deutschland gegen eine Französische Invasion zu sichern. Als bloßer Kurfürst von Braunschweig konnte er seine Deutschen Staaten gegen eine Eroberung derselben nicht schützen, das beweiset die Sulinger- und Elbconvention. Als bloßer König von Großbritannien war er nicht im Stande, dieses Unglück von ihnen abzuwenden, das beweiset der Zustand, welcher vom Jahr 1803 an bis in den Herbst 1805 ganz Europa

vor Augen gelegen hat, und die in der Großbrittannisch = Hannöverschen Proclamation vom 14ten Nov. 1805 liegende Wahrheit, daß widrige Winde, und man kann mit völliger Evidenz hinzufügen, öfters die Jahreszeit eine Englische Hülfe für das Hannöverische unmöglich machen.

Als König von Großbrittannien und Kurfürst von Braunschweig in Verbindung mit seinen hohen Alliirten — Rußland und Schweden — hat sich die Unmöglichkeit gezeigt, das Hannöverische von den Franzosen zu säubern, und diese Staaten und das ganze nördliche Deutschland vor einem Ueberzuge der Französischen Kriegsmacht zu sichern; das legt, die von dem Französischen General Barbou seit dem Sept. 1805 fortwährend besetzt gewesene Festung Hameln, deren Besatzung die Hannöverischen Unterthanen haben verpflegen müssen, und zu welchem Ende den Franzosen die Aemter Grohnde, Erzen und Ohfen angewiesen worden sind, und die diplomatische Bekanntmachung des Kurbraunschweigischen Staats- und Cabinetministers Grafen von Münster vom 3ten Febr. 1806, und alles dasjenige, was sich in Gemäßheit derselben, nach dem Abschluß des Preßburger Friedens zugetragen hat, klar zu Tage. Dennoch sollte nach dem Willen des

Königes von Großbritannien und seiner, durch Englischen Einfluß lediglich bestimmten Hannöverischen Minister, der König von Preußen nicht ins Mittel treten, obgleich nach dem Preßburger Frieden der Zustand der öffentlichen Angelegenheiten, dem leidenschaftslosen Beobachter desselben klar vor Augen lag; daher nicht bloß auf die Englisch-merkantile Politik, sondern auch auf die nicht beschäftigte fürchterliche Kriegsmacht von Frankreich, und seiner bekannten und noch nicht bekannten Bundesgenossen und auf das Schicksal der andern Hälfte von Deutschland zurück zu sehen war. Den Kurbraunschweigischen Staaten, seinen Grenznachbarn und dem ganzen nördlichen Deutschlande würde folglich nur die Wahl übrig geblieben seyn, entweder den Schauplatz eines Continentskrieges ins nördliche Deutschland versetzt, oder die Hannöverischen Lande und Unterthanen einer neuen Französischen Eroberung preis gegeben zu sehen. Diese würde dem Hannöverischen, dem ganzen nördlichen Deutschlande und seinen Grenznachbarn nach der, in den Jahren 1803, 1804 und 1805 gemachten und hell vor Augen liegenden Erfahrung schon schädlich genug gewesen seyn, zumal, da vorauszusehen stand, daß eine zweite Französische Eroberung der Kurbraunschweigischen Lande von der ersten sehr verschieden hätte ausfallen müssen. Die Versetzung

des Schauplatzes eines Continentkrieges in das nördliche Deutschland, in welchem die Spuren des dreißigjährigen Krieges noch nicht einmal ganz verwischt sind, würde aber, selbst bei dem glücklichsten Ausgange desselben, unabsehbare schädliche Wirkungen hervorgebracht haben, welche die Kurbraunschweigischen Unterthanen zuerst, am vorzüglichsten, und von mehr als einer Seite betroffen haben würden. Beides — eine zweite Französische Eroberung des Hannoverschen und die Versetzung des Schauplatzes eines Continentkrieges in die zweite Hälfte von Deutschland — ist durch die zwischen Frankreich und Preußen getroffene Vereinbarung und die daraus gefolgte Preussische Verwahrung und Verwaltung der Kurbraunschweigischen Lande beseitiget worden. Die zusammen gezogene Französische Nordarmee und das Königlich Preussische Patent vom 27sten Jan. 1806 lassen darüber keinen Zweifel zurück, denn es heißt in demselben sehr bestimmt:

„ das Kriegsfeuer und seine unglücklichen
 „ Folgen hätten das nördliche Deutschland
 „ und insonderheit die Kurbraunschweigischen
 „ Lande augenblicklich zu überziehen ge-
 „ droht — — — — —
 „ es sey kein anderes Mittel übrig ge-
 „ wesen, um dieses Unglück abzuwenden,

„als die Kurbraunschweigischen Staaten,
 „bis zur Abschließung des allgemeinen Frie-
 „dens, in Preussische Verwahrung und Ver-
 „waltung zu nehmen. Bloß in dieser Ab-
 „sicht sey eine dahin führende Uebereinkunft
 „mit Frankreich abgeschlossen worden, nach
 „welcher das Hannöverische von Französi-
 „schen, oder mit ihnen vereinigten Truppen
 „nicht wieder besetzt, vielmehr von densel-
 „ben gänzlich geräumt werden soll-
 „ten, dieses Uebereinkommen habe die Ruhe
 „und Sicherheit des nördlichen Deutschlan-
 „des und der Kurbraunschweigischen Staa-
 „ten selbst zum Zweck.

Es ist folglich durch die, zwischen Frankreich
 und Preußen abgeschlossene Convention nichts wei-
 ter geschehen, als was der Baseler Friede, seine
 Additional-Convention vom 17ten Mai 1795, der
 zu derselben gehörende, und das Hannöverische
 betreffende erste geheime Artikel und die zwischen
 Frankreich und Preußen den 5ten August 1796
 eingegangene Uebereinkunft besagen, und was
 durch diese diplomatischen Vereinigungen bewir-
 ket worden ist. Haben aber alle Maßregeln,
 welche, in Gemäßheit dieser Staatsverträge, ge-
 nommen worden sind, nicht zum offenbaren Besten
 der Hannöverischen Unterthanen abgezweckt? Sind
 sie ihnen schädlich, oder vortheilhaft gewesen?

Woher ist der blühende Zustand des Hannöverschen, des ganzen nördlichen Deutschlands, von Kurachsen und Hessen in den Jahren von 1795 bis 1803 entstanden? Diese sämtlichen Fragen beantwortet der einfältigste Bürger und Bauer im Hannöverschen, im ganzen nördlichen Deutschlande, in Sachsen und in Kurhessen sehr richtig. Die Wahrheit liegt hier zu hell am Tage, als daß die Aeußerungen Engländer und Hannöverscher Minister, und Aftterminister sie irgend zu verdunkeln im Stande seyn sollten. Macht die neuere Vereinbarung zwischen Frankreich und Preußen, welche den Französischen Kaiser und den Preussischen Monarchen von der edelsten Seite zeigen, die begangenen Regierungsfehler der Hannöverschen Regierung auf die Zukunft nicht wieder gut? Ja! das Preussische Patent vom 27sten Jan. 1806 entfernt für das Hannöversche, für das ganze nördliche Deutschland, und für alle seine Grenznachbarn, alle Nachtheile, und veranlasset die größten Vorthelle aller Art. Sollten mithin die Kurbraunschweigischen Unterthanen nicht Ursache haben, sich über die, in Ansehung ihrer, getroffenen Königlich Preussischen Entschliessungen zu freuen? Wer könnte so leidschaftlich gestimmt seyn, um hier der Evidenz zu widersprechen! Doch es sind noch mehrere Gründe vorhanden, um die Freude aller vernünft-

tigen, nicht anglisirten Hannoveraner zu erwecken. Der menschenfreundliche König von Preußen versichert nämlich in dem Schutz- und Beglückungspatente des Hannöverschen zwei sehr wichtige Punkte: Der erste ist der: er wolle den Friedensetat der ins Hannöversche eingerückten Preussischen Truppen aus seinen Cassen berichtigen, und vom Lande nichts weiter, als die mehreren Kosten des Kriegsetats für selbige verlangen. Der zweite: er wolle dafür sorgen, daß die Einkünfte des Landes, während seiner Administration, nach Abzug der Verwaltungskosten, allein zu dessen Nutzen verwandt werden sollen.

Aus dem ersten Theile dieses Versprechens folgt, daß eine sehr beträchtliche Summe Preussischer Einkünfte aus der Geldcirculation der Preussischen Staaten gesetzt, und in den Geldumlauf des Hannöverschen gebracht werde. Wer entdeckt nicht hier einen fühlbaren Nachtheil für die Preussischen Staaten und einen entschiedenen Gewinn für die Kurbraunschweigischen? Würde sich dieses Resultat wohl ergeben haben, wenn das Hannöversche zum zweitenmal von den Franzosen erobert worden wäre?

Was verlangt der König von Preußen dagegen von den Einkünften der Kurbraunschweigischen Lande? Nichts weiter, als die mehreren Ko-

sten des Kriegsetats für die eingerückten Preussischen Truppen. Würden sich die Franzosen wohl mit dieser geringen Foderung begnügen haben, wenn sie die Hannöverschen Lande zum zweitemal erobert hätten? Kann jener von dem König von Preußen verlangte Zuschuß nicht aus den Kurfürstl. Braunschweigischen Domainen, aus den Hannöverschen Klosterkammer-Gütern, aus den Kurbraunschweigischen Territorial-Einkünften und aus den, von den Kurbraunschweigischen Unterthanen in Friedenszeiten aufzubringenden Steuern erfolgen? Ueber die Bejahung dieser Frage kann nicht das mindeste Bedenken entstehen, da die zweite Königlich Preussische Versicherung nicht außer Acht zu lassen ist, nach welcher die Einkünfte der Kurbraunschweigischen Staaten, während der Preussischen Administration derselben, nach Abzug der Verwaltungskosten, zum alleinigen Nutzen des Hannöverschen verwandt werden sollen. Hieraus folgt, daß man in Berlin des Aufkommens eines Ueberschusses aus den Einkünften der Kurbraunschweigischen Lande schon versichert gewesen sey, und daß man daher die Nothwendigkeit, von den Unterthanen neue Steuern zu erheben, bereits verneinet habe. Würden die Hannoveraner bei einer zweiten Französischen Eroberung der Kurbraunschweigischen Lande wohl mit dem Aufbringen neuer

Steuern verschont geblieben seyn? Gewiß nicht. Würde man in Paris, bei einer zweiten Eroberung der Kurbraunschweigischen Lande, an eine nützliche Verwendung eines Ueberschusses der Hannöverschen Staatseinkünfte für das Wohl des Landes wohl irgend gedacht haben?

Beide Fragen verneinen sich von selbst. Wären die Franzosen zum zweitenmal ins Hannöversische gekommen, so hätten neue Kriegscontributionen bezahlt werden müssen. An einen Ueberschuß der Hannöverschen Staatseinkünfte wäre nicht zu denken gewesen; folglich hätte eine nützliche Verwendung für das Land nicht existiren können. Ungeheure Summen Geldes würden aus Hannover nach Paris gewandert seyn, da der Kurfürst von Braunschweig das Schuldenmachen des Landesdeputations-Collegii, binnen den 81 Tagen der Regentenschaft in seinen Deutschen Staaten, ratificiret, und mithin das Rescript vom 11ten November 1803, wodurch er das Hannöversische creditlos machte, (15 am Ende) der That nach für wirkungslos erkannt hat. Der Zustand der Kurbraunschweigischen Lande würde, bei einer zweiten Französischen Eroberung derselben, eine ganz andere Gestalt bekommen haben, als der gewesen ist, wie die Franzosen sie zum erstenmal eingenommen hatten. Er

würde sehr verschieden von dem gegenwärtigen gewesen seyn.

Ist endlich nicht die gegründetste Hoffnung vorhanden, daß der König von Preußen aus den Einkünften der Kurbraunschweigischen Domainen, Klosterkammer-Gütern und Territorial-Prästationen den Kriegsetat der ins Hannöversche eingerückten Königlich Preussischen Truppen stehen, und daß er die Einkünfte der landschaftlichen Cassen zum Abtragungsfond der Schulden bestimmen werde? Sollte sich diese Hoffnung auch nicht bestätigen, ob sie gleich darauf gegründet ist, daß die landesherrlichen Einkünfte bei einer nur irgend verbesserten Administration, — und an dieser ist nicht zu zweifeln, — sich sehr vermehren können, und daß die Hannöverschen Unterthanen an einem Kriege zwischen England und Frankreich nicht schuld sind; daher es unbillig seyn würde, sie für die sechs Regierungsfehler ihres Gouvernements büßen zu lassen: so ist dennoch der neue Kostenaufwand, welcher durch die wohlthätige Preussische Verwahrung und Verwaltung der Kurbraunschweigischen Lande entsteht, schlechterdings nicht in Vergleichung mit demjenigen Schaden zu bringen, der aus einer zweiten Französischen Eroberung des Hannöverschen entstanden seyn würde. Da es nun eine unwiderlegbare Wahrheit bleibt, daß man zwischen zwei Uebeln

stets das geringste zu wählen habe, und da der gegenwärtige Zustand der öffentlichen Angelegenheiten des Kurbraunschweigischen ein weit minderes und geringeres Uebel ist, als eine zweite Französische Eroberung desselben gewesen seyn würde, so läßt es sich nicht verkennen, daß die Hannoveraner die größte Ursache haben, sich über die, in Ansehung ihrer, getroffenen Königlich Preussischen Entschlüssen zu freuen, und jeden traurigen Gedanken von sich völlig zu entfernen. Der Abzug der Russischen, Schwedischen, Großbritannischen und Englisch Hannöversischen Truppen aus ihrem Vaterlande muß sie auf's stärkste davon überzeugen, daß man zu St. Petersburg, zu Stockholm, und zu London selbst, die, in Ansehung des Kurbraunschweigischen, getroffenen Preussischen Verfügungen, aus dem bisher entwickelten und einzig richtigen Gesichtspuncte angesehen habe. Mögen auch einige, nur Englisch und nicht Hannöversisch denkende Kurbraunschweigische Minister und Aulsterminister hiemit nicht einstimmen und das Wohl der Hannöversischen Unterthanen dem merkantilen Interesse Englands vorziehen, nach welchem die Kurbraunschweigischen Lande einem Kriege im nördlichen Deutschlande aufzuopfern gewesen wären, so mögen sich diese an den unwandelbaren Grundsatz des allgemeinen Staatsrechts erinnern, daß die

Unterthanen nicht des Regenten, sondern der Regent ihrentwegen vorhanden sey, zumal wenn dieser das Oberhaupt zweier von einander ganz unabhängigen Länder ist.

Die richtige Beantwortung der aufgestellten ersten Frage, welche die Gegenwart betrifft, möchte also durch die bisher angeführten Gründe satzsam erwiesen worden seyn. Die Kurbraunschweigischen Unterthanen haben keine Ursache, sich über die, in Ansehung ihrer am 27sten Jan. 1806 getroffenen Königlich Preussischen Entschlüsse zu betrüben. Es sind vielmehr überwiegende Ursachen vorhanden, welche sie zur lebhaftesten Freude und zur ehrerbietigen Dankbarkeit gegen den König von Preußen und dessen Cabinetsministerium verbinden. Sie sind zur Hebung dieser Gefinnungen um so mehr verpflichtet, da kein einziger vernünftiger Grund vorhanden ist, der sie, wegen der Zukunft beunruhigen dürfte. Sie haben von der gegenwärtigen Preussischen Verwahrung und Verwaltung ihres Vaterlandes nicht die mindeste nachtheilige Folge zu erwarten. Diese Behauptung führt von selbst zur Untersuchung und Beantwortung der, im Hannöversischen Publico vorzüglich rege gewordenen zweiten Frage.

IV.

Müssen die Kurbraunschweigischen Unterthanen wegen der wahrscheinlichen Folgen, die aus den, in Ansehung ihrer, in dem Königlich Preussischen Patente vom 27ten Januar 1806, getroffenen Entschliefungen entstehen können, entweder bekümmert seyn, oder sind sie berechtigt, einer glücklichen Zukunft entgegen zu sehen?

Der erste Theil dieser eben aufgestellten Frage ist zu verneinen, und der letzte zu bejahen.

Daß die Hannoveraner auf der einen Seite mit ihrem bisherigen Zustande nicht zufrieden seyn können, ist wohl keinem gegründeten Zweifel unterworfen, weil sie, als eine Großbritannienische Dependenz, seit der Regierung Georg des Dritten, der That nach behandelt worden sind — weil sie von England nicht haben geschützt werden können *) — weil sie allen Nachtheilen, die in der Personalverbindung ihres Regenten liegen,

*) S. das öffentlich bekannt gemachte Memoire des Preussischen Kabinettsministerii an den Lord Harrowby. Berlin den 22ten December 1805. Ein merkwürdiges Actenstück zur neuern Geschichte.

ausgesetzt gewesen und geblieben sind — weil sie diese, seit der Regierung Georg des Dritten, in überschwenglichem Maße empfunden haben — weil sie durch jene Vereinigung für ein fremdes Interesse entvölkert worden sind, — weil sie, durch die Folgen dieser unnatürlichen Vereinbarung, von einer Schuldenlast in die andere, und von einem Steuerdruck zu dem andern in der Maße haben übergehen müssen, daß der größte Theil der Kurbraunschweigischen Unterthanen in die größte Armuth versunken ist, und daß das ganze Land ein Jahrhundert nöthig haben wird, um die Folgen der Verbindung mit England, wenigstens seit dem Anfange des Französischen Revolutionskrieges, zu verschmerzen, und weil die Kurbraunschweigischen Unterthanen nicht den mindesten Vortheil von allen Großbritannischen Siegen (2. 3. 9. 10.) genossen haben.

So gewiß alles eben Hergesetzte ist, eben so ausgemacht bleibt es auch auf der andern Seite, daß, wenn die Hannoveraner einen Blick in die Zukunft werfen, sie sich von dieser nicht viel Gutes versprechen dürfen, sobald der Zustand ihrer öffentlichen Angelegenheiten der bleibt, wie er bisher gewesen ist. Die Kriege zwischen England und Frankreich werden in diesem Jahrhunderte nicht aufhören. Denn nicht zu gedenken, daß alle Kriege neuerer Zeit Kriege über den

Handel gewesen sind, und daß alle Tractate durch einen merkantilen Geist ihre Bestimmung erhalten haben, *) so zeigt der Bewegungsgrund des neuesten Krieges zwischen England und Frankreich, (10 u. 12) daß England vor der Hand Kriege mit Frankreich werde führen müssen. Hieraus folgt, daß den Hannoveranern nach einem, zwischen diesen beiden großen Mächten geschlossenen Frieden, dasselbige Schicksal bevorstehe, welches ihnen die Geschichte älterer und neuerer Zeiten deutlich genug ankündigt. Also ist Entvölkerung, Schulden, Steuerdruck und noch größere Armuth in Zukunft ihr Loos, ohne daß das Hannoverische je hoffen dürfte, von der Englischen Nation für alle die Leiden entschädiget zu werden, die sie wegen eines ganz fremden Interesses bereits empfunden haben, und die sie noch werden empfinden müssen. Aus beiden eben entwickelten Wahrheiten legt sich also zu Tage, daß die Kurbraunschweigischen Unterthanen angelegentlich wünschen müssen, daß die, in der Person ihres Regenten stattfindende Verbindung mit Großbritannien aufhöre, daß der Kurfürst von Braunschweig von dem Könige der vereinigten Reiche Großbritannien und Irland völlig getrennt werde,

*) S. Hume History of England. London XXV. Vol. Vol. 12 mit der Fortsetzung von Smollet, Cornish und Lloyd den 11ten Band S. 56.

und daß das Hannöverische in keiner näheren Verbindung mit Großbritannien stehen möge, als sich andere Länder mit dieser mächtigen Insel befinden.

Dieser Wunsch, welchen man keinem, sein Vaterland wirklich liebenden Hannoveraner übel zu nehmen im Stande ist, kann aus dem gegenwärtigen Zustande desselben vielleicht in Erfüllung übergehen. Diese, aus dem Königlich Preussischen Patente vom 27ten Januar 1806, möglicher Weise, sich ergebende Folge, würde ein wahres Glück für die Kurbraunschweigischen Unterthanen seyn, sobald man sich einen Blick in die Zukunft erlaubt. Die Natur scheint diese Trennung vorzubereiten, da nach dem tödtlichen Hintritt des Königs, Georg des Dritten, und des Prinzen von Wallis ohne männliche Nachkommenschaft, die Krone England auf dessen Prinzessin Tochter und die Kurbraunschweigische an den zweyten Sohn des Königes von England, an den Herzog von York, fällt. Nach aller Wahrscheinlichkeit hört also die Personalverbindung des Englischen und Hannöverschen Regentenamts in dreyßig bis vierzig Jahren von selbst auf. Dennoch kann in diesem Zeitraum das Hannöverische mehreremal zu Grunde gerichtet werden. Sollte man, nach dieser, nur zu wahren Ansicht, nicht hoffen dürfen, daß die Humanität der entscheidenden Höfe in Europa der Zeit etwas vorgreifen, und nicht zugeben wer-

den, daß eine Million Hannoveraner und ihre Nachkommen der eitlen Ehre zweier, zum Regentenamte berufener Personen aufgeopfert werden. Die erhabene Denkart des großen Kaisers der Franzosen scheint die Bürgschaft dieser Voraussetzung zu gewähren. Zwar mögten einige dafür halten, so wenig diese Ansicht auch gegenwärtig richtig ist, daß Hannover immerhin ein Compensationsgegenstand für den Verlust der Franzosen in ihren Colonien bleibe, und daß England, durch die Anhänglichkeit des Königes und der Königl. Familie an die Kurbraunschweigischen Lande, zum Frieden mit Frankreich werde gezwungen werden können; *) daher Hannover mit London verbunden verbleiben müsse. Kann man von diesem Gesichtspuncte ausgehen, so müssen die Hannoveraner ihre Besorgniß wegen einer stattfindenden Veränderung in der Person ihres

*) Diese Ansicht ist desfalls anseht nicht mehr zutreffend, weil Frankreich noch keine Colonie verloren hat, und weil dieses mächtig gewordene Reich nicht Ursache hat, von Großbritannien den Frieden zu erkaufen. Die Acquisitionen von Venedig und seiner Dependenzen, das von Frankreichs Einfluß abhängende Neapel und Sicilien, der leicht wieder herzustellende Glanz einer Seemacht in Süden von Europa, und die Macht Frankreichs auf dem festen Lande werden Großbritannien zum Frieden bestimmen müssen, weil es nun nicht mehr auf Malta ankömmt.

bisherigen Regenten und wegen der für sie daraus entstehenden unangenehmen Folgen fahren lassen. Sie haben daher keine Ursache wegen der Zukunft besorgt zu seyn. Diese bleibt alsdann dasjenige, was die Vergangenheit dargelegt hat. Sollte aber Frankreich überwiegende Gründe haben, um Großbritannien von allem Zusammenhang mit dem festen Lande zu trennen, und es von dem unmittelbaren Einfluß auf Niederdeutschland auszuschließen, woran es, nach der Geschichte des, durch England angesponnenen dritten Coalitionskrieges gegen Frankreich, nicht fehlen möchte, wenn man die, zwischen England und Schweden geschlossenen Tractate vor Augen hat, und nicht aus der Acht läßt, wozu die Festung Stralsund für das Hannöverische Militär bestimmt gewesen ist, so kann zwar an der beschlossenen Trennung des Hannöverischen von England nicht weiter gezweifelt werden — eine Trennung, welche die Ruhe von Deutschland schlechterdings zu erheischen scheint, — die das ganze nördliche Deutschland und seine Nachbarn wünschen müssen, wenn sie aus ihrer bisherigen prekären Lage heraustreten wollen, und welche Preußen herbeizuführen gezwungen ist, wenn es nicht in jedem Kriege zwischen Frankreich und England seine ganze Kriegsmacht mobil machen und seinen Staaten schaden will. Es folgt jedoch aus jener Nothwend-

digkeit noch keinesweges, daß die Königlich Großbrittannische Familie von der Regentenschaft des Hannöberischen werde ausgeschlossen seyn. Läßt es sich, bey der nothwendig gewordenen Trennung des Hannöberischen von England nicht annehmen, daß dasjenige, was die Natur erst in zwanzig bis vierzig Jahren will, schon gegenwärtig eintreten, und daß eine Secundogenitur, mit der ausdrücklichen Bestimmung, werde eingeführt werden, daß die Krone England und der Braunschweigische Kurhut in einer Person und auf einem Kopfe nie und in ewigen Zeiten nicht wieder vereinigt werden sollen. Auf diese sanfte Art würde Hannover und London getrennet seyn. Dieses glückliche Ereigniß wünschet ein jeder Hannoveraner, der nicht zur Hannöberischen Alsterminister-Regierung gehört. Er muß diese Trennung wünschen, weil es die Geschichte vergangener Zeiten zu deutlich zeigt, daß das Hannöberische Staatsinteresse dem Großbrittannischen jeder Zeit untergeordnet gewesen sey, und daß die Hannoveraner ohne allen Nutzen für sie, ihren Stiefbrüdern aufgeopfert worden sind. Das Großbrittannische und Hannöberische Interesse befindet sich in einem steten Widerspruch. England muß nach demjenigen, was über den wahren Bewegungsgrund des geschlossenen Friedens zu Amiens und des jetzigen Krieges oben (10 u. 12) angeführet

worden ist, Krieg mit Frankreich, anjelt und in Zukunft, wollen. Seine, durch unterhaltene Continentkriege, entstandene ungeheuere Schuldenlast erfordert leider! für Großbritannien ein monopolisirendes Handlungs- und das daraus nothwendig gewordene politische und Kriegessystem. Kein Land bedarf aber der Ruhe und des Friedens mehr, als die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen. Beide Staaten stehen demnach in einem ganz unnatürlichen Verhältniß — in steter Collision, woraus sich von selbst die Folge ergibt, da das kleinere Interesse dem größeren untergeordnet bleibt, daß Hannover bey allen Siegen von Großbritannien zur See unglücklich seyn und werden müsse. Denn bei einem zwischen England und Frankreich entstandenen Kriege kann Hannover keinen Frieden für sich schließen, weil es eine Dependenz von Großbritannien geworden ist. Es muß also bis dahin, daß Großbritannien mit Frankreich Frieden schließet, alle Nachtheile des Krieges empfinden, das heißt mit andern Worten, es muß fünf, oder sechs Jahre hindurch ausgefogen werden. Allein auch angenommen, daß der König von Großbritannien und der Prinz von Wallis durch dasjenige, was von ihnen in Zeiten zu thun, unterlassen worden ist (13) ihre Familie um die Regierung der Kurbraunschweigischen Lande gebracht haben, und daß die Verhandlungen unter

den entscheidenden großen Höfen von Europa bereits so weit gediehen seyn sollten, daß das Haus der Guelfen sein altes Stammgut verlieren müßte, weil Frankreich dem Einflusse von England auf einen Kurfürsten von Hannover, der aus der Königlich Großbritannischen Familie genommen seyn würde, noch immer entgegen sieht, so bleibt der Fall dennoch denkbar, daß der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, unter gewissen Austauschungen Herzoglich Braunschweigischer Lande gegen Preussische Staaten in Deutschland, zum Kurfürsten und Regenten der Hannoverischen Lande und Unterthanen werde erhoben werden. Dieser Regentenwechsel ist dasjenige, was die mehrsten Kurbraunschweigischen Unterthanen wünschen, weil sie Augenzeugen des Glücks sind, dessen Braunschweig's Einwohner genießen, und weil sie schon längstens die Vortheile beneidet haben, deren diese glückliche Unterthanen theilhaftig geworden sind, wenn die Hannoveraner dagegen ihren bisherigen unglücklichen Zustand mit dem der Herzoglich Braunschweigischen Unterthanen vergleichen. Sollte jedoch der eben auseinandergesetzte Fall nicht eintreten, und es nun einmal bestimmt seyn, daß die Kurbraunschweigischen Lande und Unterthanen Preussisch werden müssen, ob sie es gleich im Jahr 1801 nicht geworden sind, da Preußen die Hannoverischen Staaten, bei der Execution der

Petersburger Convention vom 16ten December 1800, in Verwahrung und Verwaltung genommen hatte, (9) haben sie denn wohl Ursache über diesen Regentenwechsel bekümmert zu seyn? Nein gewiß nicht. Man fürchtet sich im Hannöverschen nicht sowohl vor der Regierung des Königs von Preußen, als vor den Folgen, welche aus der Vereinigung der Kurbraunschweigischen Lande mit der Preussischen Monarchie, nach den Grundsätzen der Einheit entstehen müssen, welche diese beseelt. Diese Besorgnisse vereinigen sich in folgenden fünf Hauptpuncten, denen man im Hannöverschen entschieden zuwider ist.

- 1) Verlust der persönlichen Freiheit durch eine einzuführende Zwang = Militärconscription, und der damit innigst verbundenen Cantons-Einrichtung,
- 2) einzuführende Preussische Aelise,
- 3) daraus folgende Einschränkung der Freiheit des Handels und Wandels,
- 4) Veränderung des Münzfußes, und
- 5) Erhöhung des Stempelpapiers.

Allein alle diese Einrichtungen, wenn sie auch eingeführet werden sollten, sind nicht hinlänglich, um bei den Kurbraunschweigischen Unterthanen eine gegründete Bekümmerniß wegen der Zukunft zu erwecken. Denn so viel das einzuführende Militär-Zwangssystem betrifft, so werden sie

demselben in Zukunft nicht entgehen, wenn sie auch mit England vereinigt blieben. Nicht zu gedenken, daß die Einführung einer Militärconscription der Unterthanen, nach der gegenwärtigen Verfassung des Europäischen Staatenvereins, zur unumgänglichen Nothwendigkeit wird, und daß ein gemäßigtes Militär-Zwangssystem unter den gehörigen Voraussetzungen und Bestimmungen keinesweges schädlich, sondern selbst vortheilhaft ist, so zeigt die Geschichte der Regierung Georgs des Dritten, als Kurfürsten von Braunschweig, daß die Hannoveraner ihre persönliche Freiheit, durch Einführung einer Militärconscription, zum Vortheil von England, im Jahr 1796 schon haben verlieren sollen. Zu diesem Behuf sollte die hannoversche Kriegsmacht auf 20,000 Mann gebracht werden. Die ganze Verhandlung über diesen Plan kann man in Hatzberlins Staats-Archiv, siebenzehntes Heft von S. 3 bis 21, und vorzüglich achtzehntes Heft, von S. 145 bis 176 nachsehen.

Auch würde es wenige Bekanntschaft mit der Geschichte solcher Einrichtungen verrathen, wenn man nicht annehmen wollte, daß der eben nachgewiesene Militär Conscriptionsplan in Zukunft würde sehr erweitert worden seyn. Ein jeder kann sich aber folgende, nun entstehende zwei Fragen leicht beantworten: Werden die hannov-

verischen Lande zwanzig und mehre Tausend Mann zum Kriegsdienste stellen, wenn sie Preußisch werden? Ist es einerlei für eigenes, oder fremdes, für das merkantile Großbrittannische Interesse, die Waffen zu tragen? Die erste Frage ist zu verneinen, und die letzte beantwortet sich von selbst dahin, daß es ein großer Unterschied sey, wenn man für eigenes Interesse streitet, oder sich der Gefahr ausgesetzt sieht, für das Englische Interesse, in West- oder Ostindien zu bluten. Werden die Hannöversischen Staaten Preußisch, so haben sie zur Preußischen Armee keine zwanzig Tausend Mann, sondern eine weit geringere Anzahl Recruten zu stellen, und diese werden für das mit der Preußischen Monarchie verschmolzene Hannöverische Staatsinteresse; also für den eigenen Wohlstand der Hannoveraner — für eine und dieselbe Einheit — die Waffen tragen.

Die Kurbraunschweigischen Unterthanen haben demnach keine Ursache, sich vor der Einführung des Militär-Zwangsystems zu fürchten, wenn sie Preußisch werden. Sie werden demselben in Zukunft nicht entgehen, wenn sie auch Englisch bleiben sollten. Ihre Militärconscription wird eine größere Ausdehnung bekommen, als der erste Eingang zu derselben gemacht ist. Sie hätten nicht für ihr eigenes, sondern für ein

fremdes, ihnen nichts angehendes Interesse streiten müssen. Werden sie hingegen Preussisch, so entsteht eine milde Militärconscription für ein eigenes, d. i. für das, mit dem einer großen Monarchie innigst verwebte Interesse, welche die Kurbraunschweigischen Unterthanen zu schützen fähig ist. — Ein Fall, der nie existirt hat, so lange Hannover dem Scepter des Königs von Großbritannien unterworfen war.

So wenig die Kurbraunschweigischen Unterthanen, im Fall ihrer Vereinigung mit der Preussischen Monarchie, den Verlust ihrer persönlichen Freiheit durch ein einzuführendes Militär-Zwangssystem zu beklagen Ursache haben, eben so wenig brauchen sie eine einzuführende Preussische Accise zu fürchten. Diese Besorgniß beruht auf einer Unbekanntschaft mit der eben angegebenen Preussischen Steuereinrichtung. Eine allgemeine Accise trifft nicht sowohl den Landmann, als vorzüglich den städtischen Consumenten. Sie muß in den Städten auf alle Artikel ausgedehnt seyn, um der Defraude Einhalt zu thun. Der Landmann fühlt sie nicht in dem Maße auf dem Lande. Er muß nur dasjenige veraccisen, was er zur Stadt bringt, da er alsdann die bezahlte Accise durch den erhöhten Kaufpreis wieder erstattet bekommt, welchen der städtische Käufer und Consument bezahlt. Der Städter ist aber, nach der

Preussischen Acciseeinrichtung dadurch erleichtert, daß die stärksten Accisen auf Gegenstände des Luxus liegen, und daß die andern sehr gering angelegt sind, da alles der Accise unterworfen bleibt. Nun vergleiche man die bisherige Steuer- einrichtung im Hannöverschen, nach welcher der Landmann, Mahl- und Schlachtlicent auf dem Lande in übertriebener Maße bezahlen muß. Die Gegenstände des ersten Bedürfnisses, als Brod, Fleisch und Branntwein sind bei der Hannöverschen Licenteinrichtung deswegen außerordentlich stark belegt, weil die zum Luxus gehörenden Artikel geringe versteuert werden, und da es an einem allgemeinen Licenttariff in den Städten ermangelt, wodurch die Defraude begünstigt wird, und woher die nothwendige Folge erwächst, daß der entstehende Ausfall am Licent- aufkommen durch andere Steuerarten gedeckt werden muß, wodurch der redliche Accisent leidet. Man sehe desfalls dasjenige nach, was der Beurtheilung des Publicums vor Augen liegt. *) Ueberhaupt ist die Accise nur ein Mittel, um indirecte Steuern zu erheben. Eine Steuerart,

*) S. von Berlepsch pragmatische Geschichte des landschaftlichen Finanz- und Steuerwesens der Fürstenthümer Calenberg und Göttingen.

die sich für große Monarchien am besten schickt, und die das wohlthätigste Steuersystem für das Publicum festsetzt, da ein jeder seinen Steuerbeitrag zu verringern im Stande ist, wenn er seinen Luxus einschränkt. Will man daher über den Schaden oder den Vortheil richtig urtheilen, welchen die Hannoverischen Steuercontribuenten durch eine einzuführende allgemeine Preussische Accise empfinden werden, so muß man das ganze Maß ihrer Steuerzahlungen nicht aus den Augen verlieren. Dieses ist so ansehnlich, daß die Hannoveraner, rücksichtlich ihrer Steuerzahlungen, gewinnen müssen, wenn auch eine Preussische Accise eingeführt werden sollte. Diese kann zudem nicht ausbleiben, gesetzt, daß die Kurbraunschweigischen Unterthanen Englisch bleiben sollten, weil sie mit directen Steuern nicht mehr belegt werden können, und weil die Vermehrung ihrer Steuerzahlungen bei ihrer enormen Schuldenlast nothwendig wird; daher man zur Einführung eines allgemeinen Licenttariffs seine Zuflucht wird nehmen müssen. Die Hannoveraner haben übrigens, im Fall daß sie Preussisch werden, in Ansehung ihrer Besteuerung zwei Punkte wohl zu beherzigen, woraus ihr Vortheil, in Ansehung desjenigen folgt, was in allen Ländern den Unterthanen am mehesten am Herzen liegt, nämlich das Geben. Der erste ist der:

daß das Preussische Steuersystem feststehend ist, und daß folglich der Preussische Unterthan nicht alle zehn Jahre in demselben Veränderungen zu erwarten habe. Er bezahlt ferner, und das ist der zweite sehr wichtige Punct, in Kriegeszeiten nie Kriegessteuern an den Preussischen Staat, weil dieser stets einen gesammelten Schatz vorrätzig hat, aus welchem die Kosten eines Krieges bestritten werden. Dagegen wechselt in den Kurbraunschweigischen Landen der Steuerfuß in fortschreitender Höhe, wenigstens alle zehn Jahre. Ist auch eine Steuerart einmal eingeführt worden, so wird sie, nach der dem ganzen Hannöverschen Publico vor Augen liegenden Erfahrung nie wieder abgeschafft. Das im Hannöverschen verhaßte Köpfgeld, welches dem Preussischen Unterthan völlig unbekannt ist, sollte nicht lange bezahlt werden, und es wird noch immer entrichtet. Es war versprochen worden, daß die im Jahr 1798 eingeführte sogenannte Landes-Defensionssteuer, nach sechs Jahren, mithin im Jahr 1804 ihr Ende nehmen würde, und sie wird fortbauernß erhoben. Auch ist das Aufhören beider Hülfssteuern nicht abzusehen. Sie werden vermuthlich nie wieder abkommen, weil sich die Schuldenlast des Hannöverschen bis ins Uebertriebene vermehrt hat. Diese wird die Einführung einer allgemeinen Accise in den Städten

nothwendig machen; die Kurbraunschweigischen Unterthanen können mithin derselben nicht entgehen, wenn das Hannöverische auch Englisch bleibt. Eine alte Steuer — der Schatz — womit zum Theil die Krone England für das Hannöverische Regentenhaus gewonnen worden ist, wird seit beinahe zweihundert Jahren bezahlt. Die Geschichte des Hannöverischen Steuerwesens legt es unwidersprechlich dar, daß temporell angelegte Steuern, perpetuirliche Abgaben geworden sind, und daß kein Unterthan in ganz Deutschland mit so vielen Steuerbeiträgen belastet ist, als der Hannöverische, weil die Krone England immer neue Steuernothwendigkeiten für ihre Stieffinder herbeizuführen gewußt hat. Sobald das Hannöverische Preussisch wird, hört dieser unglückliche Zustand auf. Es wird alsdann ein Steuertariff eingeführt und bei demselben bleibt es unverändert und beständig. Die Hannoveraner müssen folglich, wenn sie, rücksichtlich der Besteuerung, ihre gegenwärtige Lage mit einer möglich künftigen vergleichen, bei einem Regentenwechsel und bei der daraus folgenden neuen Verfassung gewinnen, sollte gleich eine Preussische Accise eingeführet werden. Diese trifft zudem mehr den reichen und wohlhabenden Staatsbürger, als die ärmere und größere Classe derselben. Jene Steuerart muß also die Kurbraunschweigischen

Einwohner nicht mißmüthig machen. Noch weniger haben sie Ursache, die Besorgniß zu schöpfen, daß die Freiheit des Handels und Wandels in den Kurbraunschweigischen Provinzen, durch die Einführung eines Zwang = Militärsystems und durch die Anordnung einer allgemeinen Preussischen Accise, werde eingeschränkt werden. Eine solche Folge ergibt sich auf die Freiheit des Handels und Wandels nur in kleinen Staaten, wo sich die ganze innere Verwaltung um die Neigung des Regenten dreht, einige acht bis zehntausend Mann Soldaten halten zu können, wenn gleich solchen Ländern ihr Flächengehalt, ihre Bevölkerung, ihre Staatseinkünfte und ihr unbedeutendes politisches Gewicht anrathen, sich auf die Haltung einer bloßen Polizeimiliz zu beschränken. In denjenigen kleinen Staaten, worin dieser einzig richtige Gesichtspunct nicht beachtet wird, und ein unnatürlicher Militärzustand zu finden ist, da muß freilich alles zusammen gezwängt werden, um ein Corps von Kriegsvolk zu halten. Dann geht die Freiheit des Handels und Wandels für alle unmontirte Unterthanen verloren. Allein in großen Monarchien, die nach der neuen Ansicht von Europa billig nur stehende Heere halten sollten, braucht man durch eine eingeführte Militärconscription und durch eine allgemeine Accise für den Verlast oder die Beschränkung der

Freiheit im Handel und Wandel nichts zu fürchten.

Frankreich, England, Rußland, Oestreich und Preußen liefern für diese Wahrheit den Beweis. Im Preussischen hat ein sehr geschäftiger Handel und Wandel bekanntlich statt. Warum sollte beides im Hannöverschen verloren gehen, oder beschränket werden, wenn die Kurbraunschweigischen Staaten Preussisch werden? Es läßt sich für den Verlust oder die Beschränkung der Freiheit des Handels und Wandels — diese belebende Kraft eines jeden Staats — kein genügender Grund anführen, wenn die Hannöverschen Lande dem Scepter des Königs von Preußen unterworfen werden sollten. Vielmehr dürfte sich das Gegentheil dieser Besorgniß zeigen. Durch die Einverleibung des Hannöverschen in die Königlich Preussischen Staaten wird die Verbindung aller dieser Länder eröffnet. Der wechselseitige Verkehr nimmt eben dadurch zu. Die Hindernisse, welche auf der Weser durch das Mindensche Stapelrecht, und auf der Oberelbe durch Magdeburg anjetzt vorhanden sind, fallen alsdann weg, und die Communication zwischen Hamburg und Lübeck — zwischen der Nord- und Ostsee durch die Stecknitz — wird unter der Preussischen Regierung bald dasjenige werden, was sie billig seyn sollte, und was sie bisher

nicht gewesen ist. Die Freiheit im Handel und Wandel muß mithin gewinnen, wenn die Kurbraunschweigischen Staaten Preussisch werden. Sie wird sich aber verlieren, wenn dieser Fall nicht eintreten sollte, da das Hannöverische an jetzt von allen Seiten vom Preussischen Territorio eingeschlossen ist. Die Vereinigung der Kurbraunschweigischen Staaten mit der Preussischen Monarchie ist also von allen denjenigen zu wünschen, die unmittelbarer oder mittelbarer Weise bei dem jetzt abgehandelten wichtigen Gegenstande irgend interessirt sind. Der, in Ansehung der Scheidemünzen leichtere Münzfuß, welcher in den Königlich Preussischen Staaten eingeführt ist, kann ferner keine Besorgniß erwecken, daß die Kurbraunschweigischen Unterthanen durch jene Münzsorten werden gefährdet werden. Sie cursiren schon jetzt auf den Grenzen des Hannöverischen, welches von allen Seiten durch das Preussische Gebiet eingeschlossen ist. Auch bleibt es für ein Land immer vortheilhaft, wenn in demselben nur ein Münzfuß existirt. Dieser Fall tritt im Hannöverischen nicht ein, in welchem beinahe alle Münzfüße angetroffen werden, und das überdem einen solchen hat, der in keinem andern Lande, als eben in den Kurbraunschweigischen Staaten cursiret. Dieser ist das sogenannte silberne Cassengeld. Eine

Münzsorte, wobei der Hannöverische Staat alle Jahr bedeutende Summen einbüßet. Die zwei gute Groschenstücke sind bekanntlich nicht von gleichem Gewicht, und daher entsteht es, daß die leichteren in Umlauf kommen, und die schwereren, von den Wechslern gesammelt, eben so geschwind in den Schmelztiegel gebracht werden, als sie die Münzstädte verlassen. Durch diese Operation wird das Cassengeld selten, und dieser Zustand verursacht es, wie es einem jeden Hannoveraner bekannt ist, daß der Zahler an öffentlichen Abgaben und gutherrlichen Gefällen das Cassengeld mit schwererem Aufgelde einwechseln müsse. Die Bedrückung der Unterthanen, welche aus dem silbernen Cassengelde erwächst, war daher im Jahr 1793 eine Landesbeschwerde. *) Ihr ist dadurch abgeholfen worden, daß die Conventionsmünze mit einem verhältnißmäßigen Aufgelde in allen öffentlichen und Privatrecepturen gegenwärtig angenommen wird. Eine gleiche Einrichtung dürfte statt finden, wenn die Preussischen Scheidemünzen für das Hannöverische Landesmünzen werden. Die Kurbraunschweigischen Staaten müssen dabei gewinnen, weil alsdann alle Einwechselung der schweren Münzsorten

*) S. Häberlin Staatsarchiv, zehntes Heft. S. 160.

aufhört, die nie hintertrieben werden kann, wenn ein Land auf allen Seiten von solchen Gebieten umschlossen ist, in welchen ein leichterer Münzfuß statt hat. Dieser Fall tritt gegenwärtig ein, wenn das Hannöversche Englisch bleibt. Er hört aber auf, sobald es Preussisch wird. Die Schwächung seines Staatsvermögens durch seine Münzsorten findet also nicht weiter statt. Diese Folge ist für das Ganze ein bedeutender Gewinn. Ein erhöhtes Stempelpapier gibt lechlich keinen entscheidenden Grund ab, um die Bekümmerniß der Kurbraunschweigischen Unterthanen wegen der Zukunft rege zu machen, wenn sie Preussisch werden sollten.

Diese indirecte Steuerart trifft einentheils nur die begüterten, die reichen und wohlhabenden Staatsbürger, nicht aber die größere Classe derselben, den Bürger und den Bauer. Anderntheils steuert sie der im Hannöverschen unterschieden anzutreffenden Prozeßsucht, wobei der Unterthan verarmt. Auch ist das Stempelpapier nichts neues in den Kurbraunschweigischen Staaten, in welchen nur eine sehr große Verschiedenheit desselben, wenn man eine Provinz gegen die andere vergleicht, angetroffen wird. Eine solche Ungleichheit sollte billig nicht vorhanden seyn. Sie beweiset eine Prägravation des einen Landesbistriets gegen den andern. Das Princip der

Einheit, welches einen jeden Staat, wenn er ein Ganzes ausmacht, eigentlich beleben sollte, wird im Hannöverschen bei der indirecten Stempel- papiersteuer vermißt. Eine laxen Verwaltung dieses Zweiges öffentlicher Einkünfte findet nur statt. Das ist aber Bedruck des Ganzen, und ein Verwaltungsfehler, welcher aufhören wird, wenn die Hannöverschen Lande mit den Preussischen Ländern, einen Staat — ein Ganzes — bilden werden.

Diejenigen Besorgnisse, welche im Hannöverschen die Furcht erwecken, daß den Kurbraunschweigischen Unterthanen aus ihrer Vereinigung mit der Preussischen Monarchie, Nachtheile bevorstünden, werden durch dasjenige entfernt worden seyn, was bei jedem der bemerkten fünf Punkte an und ausgeführt worden ist. Die Einführung eines Militär-Zwangsystems, einer allgemeinen Accise, eines zu erhöhenden Stempelpapiers und eines zu veränderten Münzfußes werden, bei dem äußerst verschuldeten Zustande der Kurbraunschweigischen Staaten, nach dem höchsten Gesetze, nämlich nach dem der Nothwendigkeit erfolgen müssen, wenn sie auch nicht Preussisch werden sollten. Sie sind, nach der neuen Ländervertheilung im nördlichen Deutschland auf allen Seiten mit Preussischem Gebiete umschlossen, und hieraus folgt zum Theil dasje-

nige, was eben angeführet worden ist, theils wird eine Beschränkung der Freiheit des Handels und Wandels der Hannoverischen Unterthanen eintreten, wenn sie, entweder eine Dependenz von England bleiben, oder einen besondern Regenten aus dem Hause Braunschweig erhalten. Die Hannoveraner haben daher keine Ursache wegen der Folgen bekümmert zu seyn, die aus ihrer Vereinigung mit der Preussischen Monarchie entstehen können, weil diese, theils unausbleiblich sind, theils alsdann erst eintreten werden, wenn sie nicht Preussisch werden sollten. Sie werden aber zum Theil vermieden, wenn der Gegensatz statt findet. Die Kurbraunschweigischen Unterthanen sind vielmehr berechtigt, einer glücklichen Zukunft entgegen zu sehen, wenn sie dem Preussischen Scepter unterworfen werden. Alsdann gehören sie einer großen Monarchie an. Diese kann sie einzig und allein gegen auswärtige Feinde schützen und es bewirken, daß sie nicht alle drei, oder fünf Jahre von den Franzosen erobert und ausgefogen werden. Eines solchen Schutzes konnten sie sich bisher nicht erfreuen. Sie hatten folglich keine Sicherheit für Leben, Gesundheit, Eigenthum und Vermögen. Der öffentliche und der Privatcredit der Hannoveraner ist daher verschwunden. Sie werden ihn sofort wieder erhalten, wenn sie Preussisch werden.

Der Werth der liegenden Gründe wird sich erhalten und noch mehr steigen. Die Kurbraunschweigischen Unterthanen werden durch die Einverleibung in eine große Monarchie alle die Vortheile genießen, welche diese im Innern gewähret. Denn in großen Monarchien ist nur persönliche und bürgerliche Freiheit, und Gleichheit vor dem Gesetz zu finden. Aehnliche Regierungsfehler, als sich in den Kurbraunschweigischen Landen, während der unglücklichen Regierung Georgs des Dritten zugetragen haben, können nicht mehr entstehen. Die Hannöversische Minister- und Altermister-Regierung — das in den Kurbraunschweigischen Staaten so sehr verhaßte Regierungs-Secretarien-Regiment — wird aufhören. Der künftige Landesherr, der, wie es jedem Preussischen Unterthan bekannt ist, seine Staaten, wenigstens alle zwei Jahre, bereiset, wird sich selbst vom Zustande des Landes unterrichten. Er wird die Bedürfnisse desselben kennen lernen, und die Verwaltungsfehler entdecken und abändern. Eine größere Cultur, dessen die Hannöversischen Staaten so sehr fähig sind, wird ihren ununterbrochenen Fortgang gewinnen. Durch eine bessere Verwaltung der Domainen und der Klosterkammer-Güter *) aus deren Verein-

*) Viele Zeitpächter derselben bezahlen vom Morgen

zelung und Veräußerung alle Landesschulden, mit Vermehrung der Geldcirculation, der Bevölkerung, und der Industrie, leicht getilget werden können, werden die Wunden bald geheilet seyn, welche dem Lande seit den Jahren 1803 bis 1805 geschlagen worden sind. Mangel an Getreide oder eine Uebertheuerung des Preises der Brodfrüchte werden nie eintreten, denn im Preussischen werden, bei wohlfeilen Zeiten, die Staatsmagazine gefüllet und alsdann geöffnet, wenn der Kornpreis zu hoch steigt — das sicherste Mittel, besser wie alle Kornsperrn, um, unter Belebung der Landescultur, den Preis der Brodfrüchte in dem gehdrigen Gleichgewicht solchergestalt zu halten, daß der Bebauer des Feldes für seine Mühe belohnt werde; der Städter und der Arme aber durch zu hohe Kornpreise nicht leiden.

Manufakturen und Fabriken, woran es im Hannöverschen so sehr ermangelt, werden entstehen, und die rohen Landesproducte in den Kurbraunschweigischen Staaten selbst verarbeitet werden. Das Fürstenthum Hildesheim wird dem Lüneburgischen, dem es alle Jahr an Brodfrüch-

des besten Landes acht gute Groschen Pacht, da ein jeder anderer Pächter mit Freuden acht Reichsthaler zahlen würde.

ten ermangelt, damit aushelfen. Die Hannö-
verischen Landstände werden dasjenige werden, was
sie im Preussischen sind. Die ungeheuern jähr-
lichen Landtagskosten werden den Hannoveranern
nicht mehr zur Last fallen, und es wird eine
Ausgabe aufhören, welche den Kurbraunschweigi-
schen Bauern und Bürgern, keinen wahren
Vorthail mehr verschafft. Eine bessere Gesetzge-
bung tritt sofort ein, als das Hannöverische
Preussisch wird. Das Preussische allgemeine
Landrecht — das vollkommenste Gesetzbuch, wel-
ches die vereinigten Kräfte der geistreichsten, ge-
lehrtesten und erfahrensten Männer hervorgebracht
haben, bestimmt alsdann gesetzliche Kraft. Ein
Wunsch, welchen fachkundige Männer im Han-
növerischen schon öffentlich zu erkennen gegeben
haben. *) Es liegt am Tage, wie wenig Er-
hebliches für eine verbesserte Gesetzgebung in den
Hannöverischen Staaten, seit der Regierung
Georgs des Dritten, geschehen sey. Die mehr-
sten Proceßordnungen sind — kaum sollte man
es glauben, und dennoch ist es wahr — aus der
ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts.

*) S. von Rülting: Ein Hundert und achtzehn Ent-
scheidungen des Kurhannöverischen Oberappellations-
Gerichts zu Celle aus den neuesten Zeiten in der
Vorrede. S. IV — VII. (1805)

An einer Untergerichtsordnung, wenn man das Brem- und Verdensche ausnimmt, fehlt es gänzlich, und der Mangel einer Vormundschaftsordnung und einer genauen Untergerichtstaxe war 1793 eine Landesbeschwerde. *) Ein jedes Untergericht hat im Hannoverschen seine besondere Sporteltaxe, welche die Diener der Gerechtigkeit unvermerkt erhöhen. An einer Concursordnung fehlt es gänzlich und das Hypothekenwesen der kanzleisäßigen Personen ist in gar keiner Ordnung. Die Criminalsachen werden noch größtentheils nach der, mit Blut geschriebenen peinlichen Halsgerichtsordnung Kaisers Carls des Vten entschieden. Welche Vernachlässigungen in der inneren Verwaltung der Kurbraunschweigischen Staaten!!! Wie sehr sind sie gegen andere Länder zurück!!! Alle diese Mängel hören, wie mit einem Zauberschlage auf, sobald die Kurbraunschweigischen Lande Preussisch werden. Mit welcher Sorgfalt und Schonung wird sich der menschenfreundliche König von Preußen nicht eines Landes annehmen, in welchem die geliebte Königin von Preußen geboren ist, dessen Einwohner in der Geistescultur gewiß nicht zurück geblieben sind, und die daher in Zukunft mit der größten

*) G. Häberlin Staats-Archiv, zehntes Heft. S. 160 und 173.

Vorsicht zu behandeln seyn werden, und das unter seinen ehemaligen Mitbürgern, den, um die Preussische Monarchie, um das ganze nördliche Deutschland, um Kursachsen und Kurhessen, und um das Hannöverische so hoch verdienten Minister Carl August von Hardenberg zählt, dessen edle Denkungsart allgemein bekannt ist, und der, um das Hannöverische zu beglücken, dessen Departementsminister werden mußte.

Hannoveraner aller Stände und Denkungsart! freut euch demnach über die, in Ansehung Eurer getroffenen Königlich Preussischen Entschließungen, die Euch zum vierten mal retten; verbannet alle Furcht, daß daraus für Euch widrige Folgen entstehen können; sehet einer glücklichen Zukunft entgegen und wünschet, daß der ganze Inbegriff Eures Landes an denjenigen Regenten fallen möge, der Euch in Zukunft beherrschen wird. Eine jede Zerstückelung Eures Gebiets würde für Euch den größten Nachtheil verursachen. Fürchtet nur, daß ihr halbe Engländer bleibet, und daß dadurch der Mißstand herbei geführt werden mögte, daß Ihr, so lange Eure unnatürliche Verbindung mit Großbritannien statt finden wird, Französische Besatzung bekommen werdet. Dieser Fall ist nicht unmöglich, weil Frankreich, nach der ausdrücklichen Erklärung seines mächtigen Kaisers, dessen Worte

noch immer in Erfüllung gegangen sind, ohne Garantie keinen Frieden schließen will.

V.

S c h l u ß.

Hannoveraner! Ihr macht mit den, an euch grenzenden Völkerstämmen des westlichen, nördlichen, und nordwestlichen Deutschlands eigentlich Eine Nation aus. Eure geographische Lage, ein gleiches Klima, eine gleiche Sprache, gleiche Religion, gleicher Nationalcharakter, gleiche Sitten und Gebräuche, gleiches Handels- und politisches Interesse, und gleiche Gefahr verbinden Euch zur Beobachtung eines und desselben festen politischen Systems. Ihr und Euer Regent könnet nicht verlangen, daß Eure Nachbarn wegen Eurer Verbindung mit England, der steten Gefahr der Versetzung des Kriegesschauplatzes ins nördliche Deutschland und allen daher entstehenden traurigen Folgen ausgesetzt bleiben sollen. Ihr und Euer Regent könnet nicht begehren, daß die an Euch grenzenden Gebiete anderer Fürsten und Stände des Deutschen Reichs leiden sollen, wenn das Hannöverische in wenig Jahren von den Fran-

zosen abermals erobert seyn wird. Was haben
 nicht Eure Grenznachbarn in dem Zeitraum von
 1803 bis 1805 gelitten! Mußten die freien Reichs-
 städte, Hamburg, Bremen und Lübeck, wegen
 der Vereinigung des Hannöverschen mit Groß-
 britannien, nicht nur ihren Wohlstand dahin
 werfen sehen, sondern auch, durch das sogenannte
 Hannöverische Landes-Deputationscollegium, zu
 Anleihen großer Summen gezwungen werden? Es
 ist eine, von Euch und Eurem Regenten gemachte
 übertriebene Forderung, wenn Ihr, der Wirkung
 nach, verlanget, daß die Preussische Monarchie
 ihre ganze Kriegsmacht, bloß Eurentwegen, alle
 Augenblicke mobil machen, und daß der Preus-
 sische Staat, auf diese Art, große und vergebli-
 che Kosten anzuwenden genöthiget seyn solle. Ihr
 müßt also von England getrennt wer-
 den. Das verlangt das Interesse des ganzen
 nördlichen Deutschlands, welches vom Baseler,
 bis zum Lüneviller Frieden, bloß wegen der un-
 natürlichen Verbindung Hannovers mit London,
 große Kosten hat anwenden müssen. Das ver-
 langt die Wohlfahrt der Preussischen Monarchie
 gebietend (15) welche mehr, als einmal bloß
 Eurentwegen, Ihr Hannoveraner! der Gefahr
 ausgesetzt gewesen ist, mit seinem natürlichen Bun-
 desgenossen mit Frankreich in Streitigkeiten, ja
 vielleicht gar in Kriege verwickelt zu werden.

Frankreich will einen dauerhaften — einen langen Frieden. Alle Veranstaltungen, welche das große Genie seines mächtigen Kaisers vorbereitet, kündigen diese für die Menschheit tröstliche Wahrheit an. Die Berührungspuncte mit großen Monarchien sollen vermieden werden. Es sollen Mittel-Mächte entstehen, welche der Erhaltung der allgemeinen Ruhe von Europa nie nachtheilig seyn können. Das südliche Deutschland wird sich an Frankreich, das nördliche an Preußen schließen müssen. So will es eine menschenfreundliche Politik. Nur dadurch werden Kriege vermieden werden, und Deutschland aufhören, der Kampfplatz großer Mächte zu seyn. Frankreich will in Ernst in England nicht landen. Gegenwärtig braucht es diese Drohung nicht mehr zu realisiren. Der dritte Coalitionskrieg gegen dasselbe hat dem Kaiser der Franzosen der Mittel genug in die Hände gegeben, um Großbritannien zum Frieden zu bestimmen. Frankreich kennet sein und das ganze Europäische Interesse viel zu gut, um noch jetzt in England landen zu wollen, weil es dieses heroisch = zerstörenden Mittels nicht mehr bedarf, um Großbritannien zu nöthigen, seine Forderungen in Ansehung der Beherrschung der Meere und rücksichtlich seines Handelsmonopols herunter zu stimmen. Der Englische Handel ist nun einmal in der ganzen Welt verbreit-

tet. Er gleicht dem Blute, welches in dem Staatskörper der civilisirten Welt strömt, und bis in die feinsten Theile desselben gelanget. Sollte nun eine Französische Landung in Großbritannien glücken, so würde sie mit einem Tumult in London gleichen Schritt halten. Dieser würde die Londoner Bank und den ganzen merkantilen Theil von Großbritannien treffen. Beides würde, nach dem Aussage, welchen man über die Beurtheilung des nächsten Erfolgs des Krieges zwischen Frankreich und England in einem beliebten Journale findet, und der auf sehr richtige Praemissen gebauet ist, *) eine Beute des Londoner Pöbels werden. Hierdurch würde dem ganzen merkantilen Theile der Welt ein solcher electrischer Schlag einer allgemeinen Verwirrung und Zerrüttung gegeben werden, daß die nächsten Folgen derselben einen Bankrot, wenigstens von ganz Europa, nach sich ziehen müßte, dessen Folgen Frankreich sehr stark empfinden würde. Der Kaiser Napoleon kann also eine Landung in England nicht ernstlich wollen, sondern er drohet nur damit, um England in seiner bisherigen Unthätigkeit zu erhalten, und es zur Mäßigung zu nöthigen.

*) S. von Archenholz Minerva Jahrgang 1803
November = Stück C. 359.

Soll und muß Preußen, nach dem gegenwärtigen Zustande des Europäischen Staaten-Vereins, wovon Deutschland einen Theil ausmacht (daher es auf seine veraltete Reichsverfassung nicht mehr ankommen kann) der natürliche Vereinigungspunct der Militär- und Finanz-Kräfte des nördlichen Deutschlands seyn und der mächtige Schutz- und Schirm-Herr desselben werden: so ist es durchaus nothwendig, daß alles fremdartige Interesse aus dem Deutschen Nordischen Bunde verbannt seyn müsse, daß Kurbraunschweig von allem fremdartigen Einflusse, oder, wie es in der Bekanntmachung des Grafen von Münster vom 3ten Febr. 1806 heißt, von allem fremden Nexus befreiet werde, und daß jedes Hinderniß beseitiget sey, welches es dem Centralpuncte dieses föderativen Systems — dem Berliner Cabinetsministerium — sonst unmöglich macht, die Kräfte der neuen Union von Nieder-Deutschland — der Allianz mit Abhängigkeit — ihrem Zwecke gemäß zu leiten. Die Föderation des nördlichen Deutschlands verlangt also die Trennung der Kurbraunschweigischen Staaten von Großbritannien gebietend. Die entscheidenden Mächte des festen Landes haben, nach dem Natur- und Völkerrechte, *) die Rechtsbefugniß sie

*) S. Gufeland Lehrsätze des Naturrechts, 4ter Theil,

zu erzwingen. Der König Georg der Dritte muß darein willigen, wenn ihm seine Deutschen Unterthanen wirklich lieb sind — wenn Er sich der ewigen Wahrheit erinnert — daß der Regent der Unterthanen, und die Unterthanen nicht des Regenten wegen, vorhanden sind, und daß der gekrönte Weltweise von Sanssouci allen Regenten die anwendbare Pflicht ans Herz gelegt hat:

„Verbindungen aufzugeben, deren
 „Fortsetzung ihren Unterthanen
 „nachtheilig werden würde,

und wenn Er nicht durch die That dasjenige bestätigen will, was Friedrich der Einzige von Ihm, bei Gelegenheit des Nordamerikanischen Freiheitskrieges, öffentlich dahin behauptet hat:

le Roi d'Angleterre se roidissoit contre les obstacles, qu'il voioit naître sous ses pas. Peu sensible aux malheurs, qui retomboient sur son peuple, il n'en devenoit que plus ardent pour l'exécution de ses projects. Frédéric II. Roi de Prusse O. P. H. de mon temps. Tom. V. pag. 134.

3te Abtheil. §. 685. C. 339 bis 360. — von Martens Einleitung in das positive Europäische Völkerrecht, 3ter Band, 2tes Heft, St. §. 67. (3) C. 81.

- 9) Coalition des Norden in der Petersburger Convention vom 16ten December 1800 gegen Großbritannien. Preußen rettet das Hannöverische zum drittenmale. Friede zu Amiens. Hannover beendet seinen Kriegszustand gegen Frankreich nicht 62
- 10) Angabe des Bewegungsgrundes, warum Großbritannien den Frieden zu Amiens geschlossen hat 78
- 11) Kurbraunschweigisches politisches Betragen nach dem zu Amiens geschlossenen Waffenstillstande, und vorzüglich bei dem, im Hauptschluß der außerordentlichen Reichsdeputation vom 25ten Februar 1805, angeordneten Provinzenwechsel in Deutschland 83
- 12) Ausbrechender neuester Großbritannienischer Krieg gegen Frankreich 86
- 13) Wie beträgt sich die Hannöverische Regierung bei dem, im Jahre 1803 zwischen England und Frankreich ausgebrochenen Kriege? Sulinger Convention vom 3ten Junius 1803 89
- 14) Was geschieht wegen Tragung der Kosten, die aus der Sulinger Convention für die Kurbraunschweigischen Unterthanen entstehen? 101
- 15) Elbconvention vom 5ten Julius 1803 und ihre Folgen 103
- 16) Organisirung des dritten Coalitionskrieges gegen Frankreich. Ende desselben durch den Preßburger Frieden. Fol-

Seite
gen, die daraus, in Ansehung des Hannö-
verischen, entstehen 114

III. Beantwortung der ersten Frage: Haben die Kurbraunschweigischen Unterthanen Ursache, sich über die, in Ansehung ihrer, am 27sten Januar 1806 getroffenen königlich Preussischen Entschliessungen zu freuen? 126

IV. Beantwortung der zweiten Frage: Müssen die Hannöverischen Unterthanen, wegen der wahrscheinlichen Folgen, die aus den königlich Preussischen Maßregeln entstehen können, bekümmert seyn? 144

V. Schluß 173

KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

00 A .10 .20 .30 .50 .70 M 1.00 1.30 1.60 B 1.90

black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.